

FoDEx-Studie

# Niedersächsischer Demokratie-Monitor

NDM 2021

Julian Schenke, Annemieke Munderloh  
Simon T. Franzmann, Steffen Kühnel

Nr. 8  
(2021)

Politische Einstellungen in Niedersachsen  
während der Corona-Pandemie

FoDEx

# Inhalt

Auf einen Blick	1
Vorbemerkung: Zum Forschungszyklus	3
1 Wie sind wir vorgegangen? (Stammdaten)	7
2 Soziodemographische Merkmale der Befragten	9
3 Ergebnisse	15
3.1 Politisches Interesse, Problemwahrnehmung und Bewertung der Politik	15
3.2 Institutionenvertrauen	22
3.3 Demokratiezufriedenheit	25
3.4 Verschwörungsglaube	28
3.5 Regionale Unterschiede im Demokratierückhalt	33
3.6 Alle in der Mitte? Die ideologische Selbstverortung der niedersächsischen Bevölkerung	36
3.7 Corona-Krise	41
4 Fazit und Ausblick: Polarisierende Zufriedenheit?	49
Quellen und Literatur	51
Abbildungsverzeichnis	53
Anhang: Fragebogen	55
Autor*innen	74

# Auf einen Blick

**D**er „Niedersächsische Demokratie-Monitor“ (NDM) hat als Längsschnittstudie die Aufgabe, mehrheitskulturelle politische Mentalitätstrends in Niedersachsen zu identifizieren und zu dokumentieren. Dafür werden turnusmäßig repräsentative Umfragen in der niedersächsischen deutschsprachigen Wohnbevölkerung durchgeführt (erstmalig 2019) und daran anschließend in qualitativen Vertiefungsstudien die unterhalb der Einstellungsebene liegenden politisch-kulturellen Sinnbezüge und Ordnungsideen, also konkret: Mentalitäten und Gesinnungen, erforscht. Für die vorliegende Studie wurden von April bis Juni 2021 nun zum zweiten Mal Umfragedaten erhoben, die im Folgenden präsentiert und mit den Daten von 2019 in Beziehung gesetzt werden. Auf diese Weise können Veränderungen und Konstanten in den Einstellungen der Niedersachsen sowie zentrale Fragen nach dem Vertrauen der Bevölkerung in Demokratie, Politik und Institutionen, aber auch Ängste und Hoffnungen – hier vor allem im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Pandemie – eruiert werden.

Die Studie fragt im Anschluss an die erste Erhebung von 2019 danach,

- ob die in den Vorgängerstudien festgestellte Konsensmenge bezüglich des Verhältnisses der Niedersachsen zu politischen Vorgängen, ihrem Demokratieverständnis und der Beurteilung gesellschaftlicher Probleme sich weiter vergrößert hat oder ob regionale Differenzen nun verstärkt zum Vorschein kommen,
- wie hoch das politische Interesse der Befragten ist und wie sie Politik bewerten,
- wie stark sie Institutionen und der Demokratie vertrauen,
- wie sich die Befragten selbst politisch verorten,
- wie sie auf die Corona-Krise blicken,
- welche Rückschlüsse sich aus diesen abgefragten Items insgesamt für die Einstellungsdisposition der Niedersachsen (insbesondere im Vergleich zu 2019) ergeben.

Wir kommen zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Niedersachsen zeigen weiterhin ein großes politisches Interesse, indem sie politische Vorgänge genau verfolgen (was jedoch nicht mit persönlichem politischem Engagement gleichbedeutend ist); als dringlichstes Problem sehen sie die Corona-Krise an, vor allem im Hinblick auf gesellschaftlichen Zusammenhalt; das Thema Klima ist nur noch für eine spezifische Gruppe vordringlich.
2. Im Vergleich zu 2019 vertrauen noch mehr Befragte darauf, dass die Probleme, die sie selbst als von gesamtgesellschaftlich zentraler Bedeutung identifizieren, von der Politik gelöst werden können.
3. Die Corona-Krise hat nicht wie befürchtet zu einer Vertrauenskrise des politischen Systems geführt; ganz im Gegenteil: Das

Vertrauen in Politik und Institutionen ist während der Pandemie in Niedersachsen sogar leicht gestiegen. Es ist nur eine Minderheit, die die staatliche Politik der Corona-Bekämpfung als störend empfindet bzw. offen ablehnt. Die größte Sorge hegen die Niedersachsen insgesamt davor, dass die Pandemie den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden könnte.

4. Die Hälfte der Befragten zeigt sich zufrieden mit der Demokratie; wir sehen sowohl einen Anstieg der Zufriedenheit als der Unzufriedenheit mit der Demokratie im Vergleich zu 2019.
5. Es zeigen sich regionale Unterschiede in der Unterstützung der Prinzipien der repräsentativen Demokratie; sie ist am stärksten in der Region südlich von Hamburg ausgeprägt und am geringsten in den Regionen um Braunschweig, Wolfsburg, Goslar und Göttingen. Dies ist aber ein Befund auf der Basis einer sehr groben Regionseinteilung und vor der Durchführung weitergehender Analysen vorsichtig zu interpretieren.
6. Der Anteil derjenigen, die zum Verschwörungsglauben neigen, ist im Vergleich zu 2019 konstant geblieben, wobei auffällt, dass Jüngere und formal höher Gebildete eher resilient sind; der Anteil derer, die glauben, dass der Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungen unterschätzt werde (was die Vertiefungsstudie aus dem Jahr 2020 bereits nahelegte), ist indes sehr hoch.
7. Die meisten Niedersachsen verorten sich selbst auf einer Links-Rechts-Skala in der Mitte. Nur wenige Befragte geben an, rechts der Mitte positioniert zu sein.
8. Die Niedersachsen sind gespalten, wenn es um die Bewertung der politischen Maßnahmen während der Corona-Pandemie geht: Während die eine Hälfte der Befragten zufrieden mit der staatlichen Corona-Bekämpfung ist, ist die andere Hälfte entsprechend unzufrieden. Allerdings liegt hierin keine klare eindimensionale Polarisierung. Denn die Gruppe der mit der Corona-Politik Unzufriedenen unterscheidet sich intern nochmals deutlich in den Motiven. Dies zeigt sich schon daran, dass gleichzeitig eine deutliche Mehrheit der Befragten prinzipiell staatliche Vorgaben bei der Pandemiebekämpfung dezidiert als gerechtfertigt ansieht und nicht grundsätzlich opponiert.

# Vorbemerkung: Zum Forschungszyklus

**W**ie groß ist das Vertrauen der niedersächsischen Bevölkerung in die Demokratie? Wie bewertet sie staatliche, politische und zivilgesellschaftliche Institutionen? Welche gesellschaftspolitischen Probleme, Ängste und Hoffnungen gibt es und wie viel Vertrauen setzen die Bürger\*innen Niedersachsens in die Problemlösungskompetenz von Regierung, Politik, Behörden, Gerichten, Öffentlichkeit? Und wie blicken die Niedersachsen in die Zukunft?

Aktuelle wissenschaftliche Antworten auf diese Fragen zu liefern, ist die Aufgabe des an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX) angesiedelten und in Kooperation mit dem Methodenzentrum Sozialwissenschaften (MZS) der Georg-August-Universität Göttingen erstellten *Niedersächsischen Demokratie-Monitors* (NDM), der ersten Längsschnitt-Studie dieser Art in einem westdeutschen Bundesland. Das Ziel des NDM ist, die politische Mehrheitskultur Niedersachsens zu erschließen, zentrale Mentalitätsströme zu identifizieren, und in Zukunft auch zu fundierten Aussagen über Längsschnittentwicklungen zu gelangen. Der NDM veröffentlicht in Zwei-Jahres-Zyklen einerseits statistisch repräsentative, andererseits qualitativ vertiefende Daten. Diese multimedialen Verklammerung erlaubt es, Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe vertiefend auszuleuchten und den Fragebogen für darauffolgende repräsentative Umfragen anzupassen. Bisher sind erschienen:

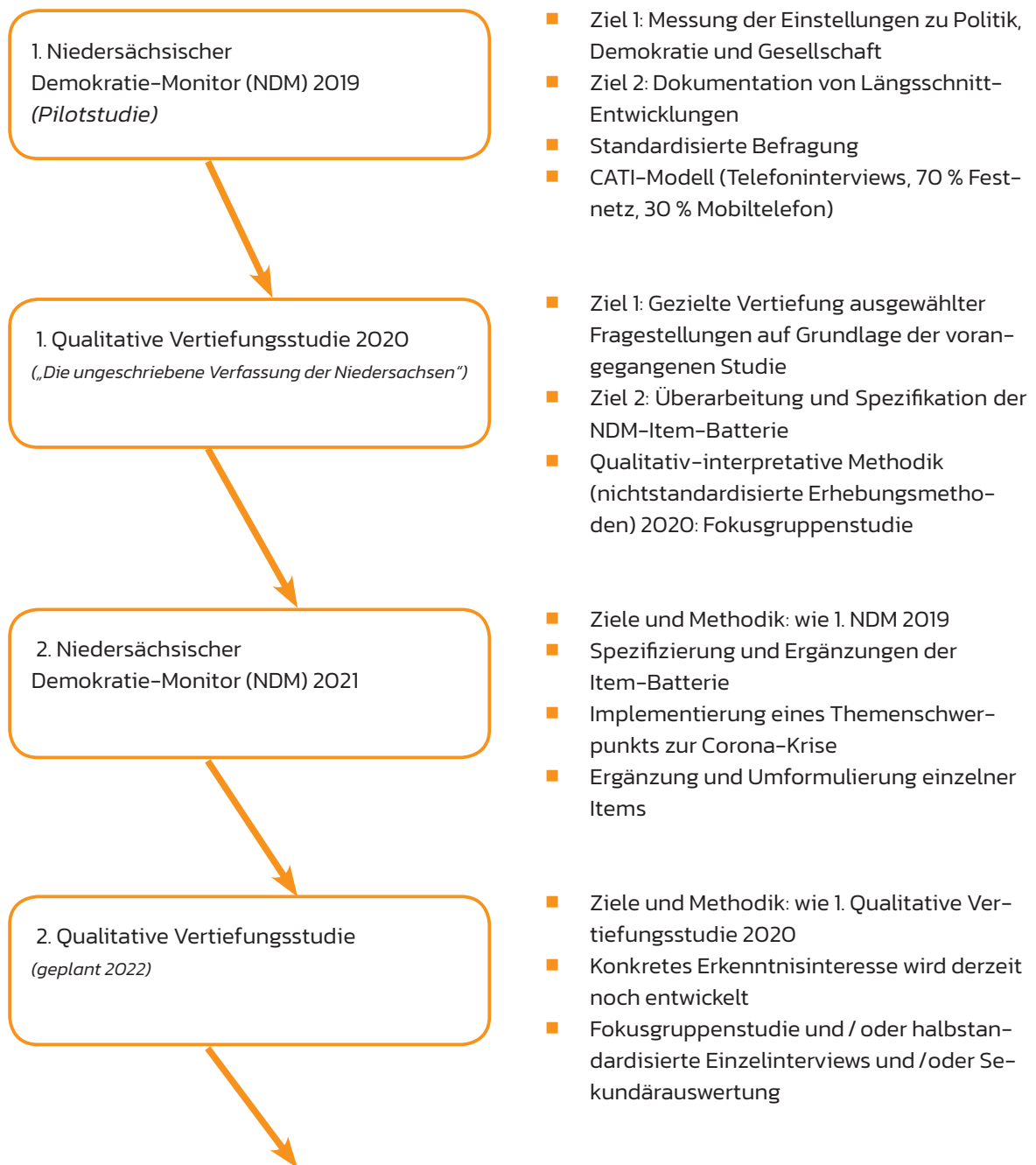
- Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermizaki, Epraxia: Niedersächsischer-Demokratie-Monitor. NDM 2019. FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 2, Göttingen 2019.
- Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM). FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 5, Göttingen 2020.

Die vorliegende Studie baut auf diesen bereits publizierten Resultaten des ersten Erhebungszyklus auf und referiert Ergebnisse einer neuen repräsentativen Erhebung. In ihrer methodischen Anlage entspricht sie weitestgehend dem NDM 2019, dennoch wurden infolge verschiedener Einsichten der qualitativen Vertiefungsstudie Änderungen an der Item-Batterie vorgenommen. Neben Umformulierungen betrifft das vor allem die Ergänzung einzelner Items zur politischen und ideologischen Verortung, zum Institutionenvertrauen sowie zum Verschwörungsglauben,<sup>1</sup> ferner die Fortlassung einiger Detailfragen zum Demokratiebegriff (Zuordnung von Kernelementen der Demokratie, Vorteile und Nachteile dieser Regierungsform) – einerseits, weil die 2019 dokumentierten Un-

<sup>1</sup> Hier gab der in den Fokusgruppendifkussionen von 2020 auffällige Orientierungsanker von Lobbyis und Lobbyisten als Inbegriff der Manipulation politischer Prozesse durch mächtige Wirtschaftsinteressen den entscheidenden Hinweis, ein entsprechendes Item aufzunehmen (s. u.).

terschiede im Demokratieverständnis durch die in der qualitativen Vertiefung von 2020 herausgearbeiteten politisch-sozialen Deutungsmuster aufgelöst werden konnten; andererseits, um Platz für ein Monitoring der aktuellen Gesundheitskrise zu schaffen. Ein neuer Themenschwerpunkt widmet sich nun der Sichtweise der niedersächsischen Bevölkerung auf die Herausforderungen der seit über anderthalb Jahren andauernden SARS-CoV-2-Pan-

demie und wirft einen Blick auf die Frage nach den Auswirkungen dieser Krisensituation auf das Institutionen- und Demokratievertrauen im zweitgrößten Flächenland der Bundesrepublik. Ein grundsätzliches Interesse von FoDEx liegt in der regionalen Verteilung von Einstellungsmustern. Im Kontext der NDM-Studien aber legte die qualitative Vertiefungsstudie von 2020 nahe, dass hinsichtlich der grundlegenden politisch-sozialen Deutungsmuster (Ver-



hältnis zu politischen Vorgängen, Demokratieverständnis, Gerechtigkeitsauffassungen) eine ausgeprägte Übereinstimmung zwischen den Niedersachsen besteht, während sich regionale Differenzen zwischen den Großregionen Weser-Ems (Oldenburg/Osnabrück, relativ schwache AfD-Wahlergebnisse) und Raum Braunschweig (Braunschweig/Salzgitter, relativ starke AfD-Wahlergebnisse) nur gering ausgeprägt sind. Wir haben dieses Jahr in Bezug auf die

Grundprinzipien der Unterstützung der repräsentativen Demokratie noch einmal nach regionalen Unterschieden gesucht und sind fündig geworden: der Raum Braunschweig sowie die Region um Göttingen herum weisen deutlich geringe Werte auf als dies im Bereich Lüneburgs der Fall ist.

### Strukturdaten der NDM-Studien im Vergleich

NDM 2019	NDM 2020	NDM 2021
<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Standardisierte Befragung</li> <li>■ Repräsentative Stichprobe der niedersächsischen, deutschsprachigen Wohnbevölkerung</li> <li>■ 1.001 Befragte</li> <li>■ CATI-Erhebung mit Dual-Frame-Ansatz (70 % Festnetz, 30 % Mobilfunk)</li> <li>■ Durchschnittliche Interviewdauer: 26,1 Minuten</li> <li>■ Gewichtung nach Maßgabe der amtlichen Bevölkerungsstatistik</li> <li>■ Erhebungszeitraum: 09.11.2018–04.12.2018</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Qualitative Fokusgruppenstudie</li> <li>■ Maximal kontrastiver Vergleich zwischen den Großregionen Weser-Ems und Raum Braunschweig</li> <li>■ Zufällige Stichprobe aus Einwohner*innen der vier Städte Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig und Salzgitter</li> <li>■ Acht ca. zweistündige Fokusgruppen mit jeweils sechs bis neun Personen (insgesamt 60 Personen)</li> <li>■ 16,5 Stunden Gesprächsmaterial, 632 Seiten Transkript</li> <li>■ Erhebungszeitraum: November 2019 – Februar 2020</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Standardisierte Befragung</li> <li>■ Repräsentative Stichprobe der niedersächsischen, deutschsprachigen Wohnbevölkerung</li> <li>■ 1.001 Befragte</li> <li>■ CATI-Erhebung mit Dual-Frame Ansatz (70 % Festnetz, 30 % Mobilfunk)</li> <li>■ Durchschnittliche Interviewdauer: 25,6 Minuten</li> <li>■ Gewichtung nach Maßgabe der amtlichen Bevölkerungsstatistik</li> <li>■ Erhebungszeitraum: 30.04.2021–13.06.2021</li> </ul>





# Wie sind wir vorgegangen? (Stammdaten)

**D**ie Auswahlgesamtheit der vorliegenden Studie beruht auf der deutschsprachigen Wohnbevölkerung des Bundeslandes Niedersachsen ab 16 Jahren in Privathaushalten (am Ort der Hauptwohnung), unabhängig von der jeweiligen Nationalität. Angestrebt wurde eine für Niedersachsen repräsentative Stichprobe mit 1.000 Fällen (realisiert: 1.001) aus der deutschsprachigen Wohnbevölkerung; die Befragung erfolgte mithilfe computergestützter, standardisierter, deutschsprachiger Telefoninterviews (CATI) in einem Dual-Frame-Ansatz (70 Prozent der Stichprobe über Festnetz, 30 Prozent über Mobilfunk). Für die Erhebung wurde die BIK ASCHPURWIS + BEHRENS GmbH beauftragt. Als Auswahlgrundlage diente die ADM-Telefonauswahlgrundlage 2020. Um die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft und Verweigerungsneigung von Personen bestimmter demographischer Merkmalsgruppen auszugleichen, wurden auf Basis der Verteilung von Alter, Geschlecht und Bildung im Mikrozensus 2019 entsprechende Gewichtungen gesetzt.

Wie bei Telefonumfragen üblich, zeigen sich aufgrund unterschiedlicher Erreichbarkeit und Teilnahmebereitschaft Abweichungen der Stichprobe gegenüber der amtlichen Statistik (basierend auf Hochrechnungen des Mikrozensus 2021) vor allem bei der Bildungsverteilung und in geringerem Maße auch bei Alter und Geschlecht. Die Gewichte sind so gebildet, dass nach der Gewichtung die in der Stichprobe beobachteten re-

lativen Häufigkeiten der Kombinationen von Alter, Geschlecht und Schulbildungsabschluss mit den entsprechenden Anteilen in der Population übereinstimmen.

Die Interviews wurden zwischen dem 30. April und dem 13. Juni 2021 durchgeführt und dauerten im Schnitt ca. 25,6 Minuten.<sup>2</sup> Die Auswertung der Daten erfolgte von Julian Schenke in Zusammenarbeit mit Annemieke Munderloh und unter wissenschaftlicher Leitung von Simon T. Franzmann (Direktor des Instituts für Demokratieforschung der Georg-August Universität Göttingen) sowie Steffen Kühnel (Emeritierter Leiter des Methodenzentrums Sozialwissenschaften an der Georg-August Universität Göttingen).

<sup>2</sup> Ein möglicher Einfluss der Entwicklungen innerhalb des Befragungszeitraums auf manche der hier vorgestellten Ergebnisse ist nicht auszuschließen. In die Phase zwischen dem 30. April (Beginn der Befragung) und dem 13. Juni 2021 (Ende der Befragung) fallen sowohl sinkende Inzidenzwerte und sukzessive Lockerungen als auch ein spürbarer Fortschritt der Impfkampagne, insgesamt zeigt sich eine deutliche Entspannungstendenz nach etwa 7 Monaten des Lockdowns. Wie das COSMO COVID-19 Snapshot Monitoring belegt (vgl. Universität Erfurt: COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring. Akzeptanz aktueller Maßnahmen, 16.07.2021, URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/politik/20-akzeptanz/> [eingesehen am 30.08.2021]), variiert die Akzeptanz der Eindämmungsmaßnahmen je nach Infektionszahlen und Risikowahrnehmung.



## 2 Soziodemographische Merkmale der Befragten

**D**ie dieser Studie zugrundeliegende Stichprobe von 1.001 zufällig ausgewählten Personen aus der deutschsprachigen Wohnbevölkerung Niedersachsens wurde nach Maßgabe der amtlichen Statistik des Mikrozensus 2019 hinsichtlich Alter, Geschlecht<sup>3</sup> und Bildungsstand gewichtet (Abweichungen sind stets gekennzeichnet). Gewichtungen sind in quantitativen Untersuchungen gängige Mittel, um Unterschiede zwischen den erreichten, befragten Personen und der tatsächlichen Bevölkerungsverteilung auszugleichen, sodass repräsentative Aussagen getroffen werden können. Unter- beziehungsweise überrepräsentierte Gruppen werden dabei stärker respektive schwächer gewichtet, um unverzerrte Schätzungen zu erhalten. Ungewichtet sind die Befragten unseres Samples tendenziell älter, häufiger weiblich und gebildeter als der aktuelle errechnete Durchschnitt.<sup>4</sup>

Wenn die Fallzahlen zwischen den einzelnen Angaben und Grafiken voneinander abweichen, liegt das daran, dass manche der Befragten nicht jede Frage beantwortet haben oder bei bestimmten Variablen und Visualisierungen nicht jede Antwortkategorie in die Analyse eingegan-

<sup>3</sup> Den Befragten wurden die Auswahlmöglichkeiten männlich, weiblich und divers vorgegeben. Keine\*r der Befragten wählte divers.

<sup>4</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2019. Fachserie 1, Reihe 3, 2020, S. 60 f.

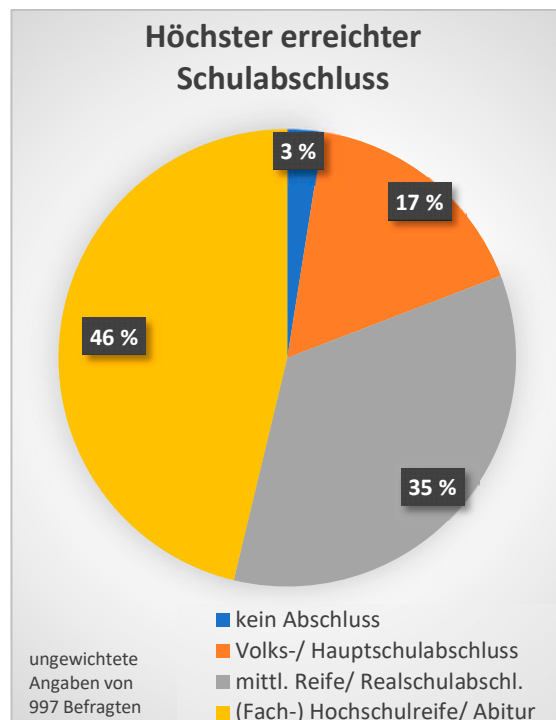


Abbildung 1: Höchster erreichter Schulabschluss

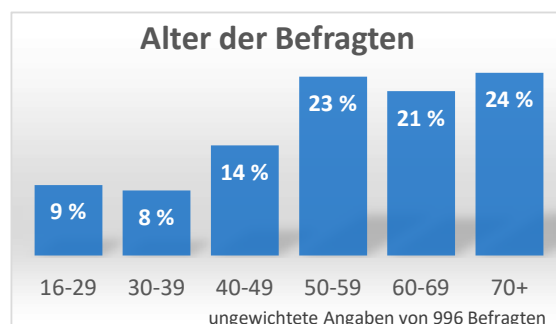


Abbildung 2: Alter der Befragten

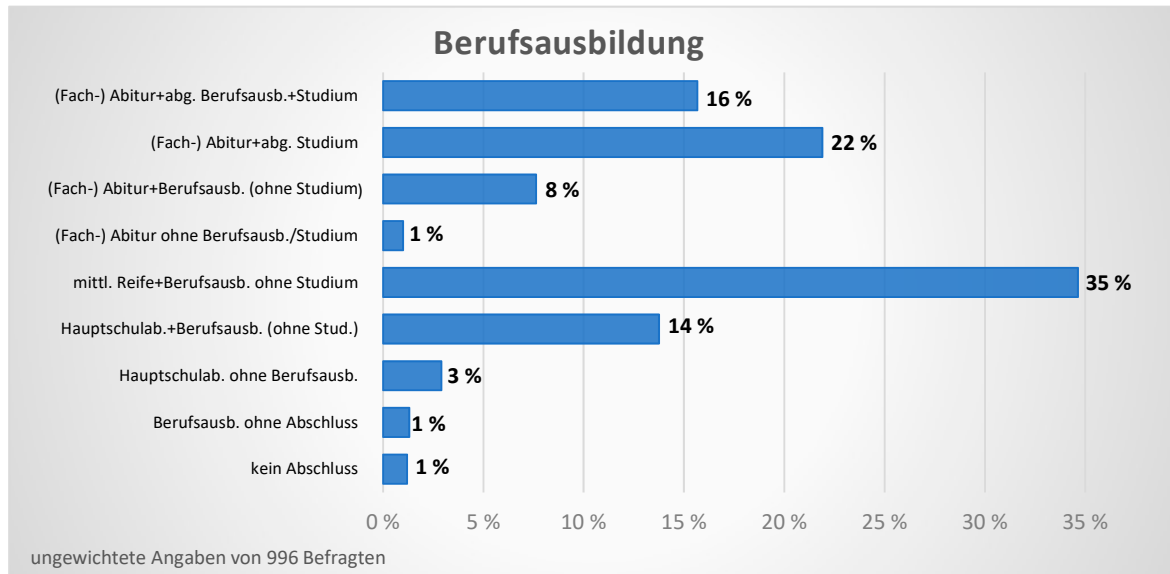


Abbildung 3: Berufsausbildung

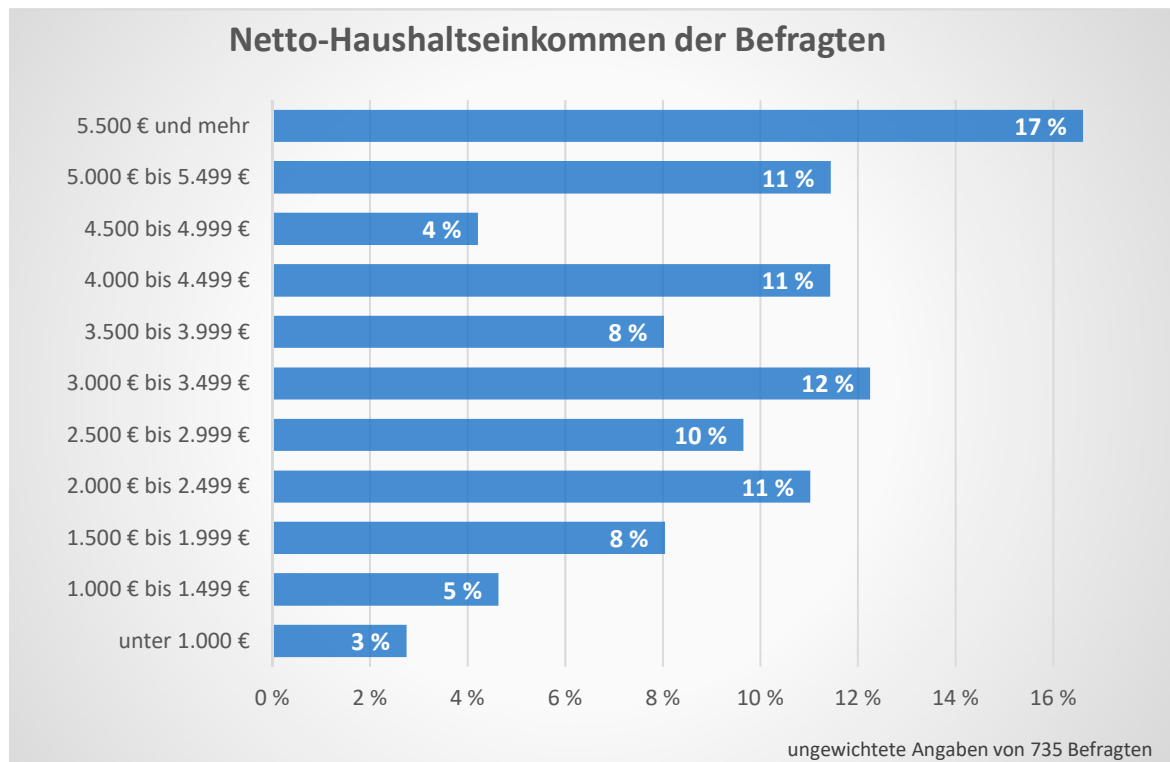


Abbildung 4: Netto-Haushaltseinkommen der Befragten

gen ist – so wurden Personen, die auf eine Frage „weiß nicht“ geantwortet haben, in der Regel nicht mit einbezogen. 46 Prozent der Interviewten, beinahe die Hälfte, verfügt über eine allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife, weitere 35 Prozent über einen Realschulabschluss bzw. die mittlere Reife; 57 Prozent der Befragten

haben eine Berufsausbildung abgeschlossen, 38 Prozent – mehr als ein Drittel – ein Studium oder beides absolviert. In Übereinstimmung mit den Hochrechnungen des Mikrozensus 2019<sup>5</sup> sind

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 60.

mit 56 Prozent etwas mehr als die Hälfte unseres Samples in Vollzeit (39 Prozent) oder Teilzeit (17 Prozent) erwerbstätig, die große Mehrheit von ihnen (68 Prozent der Erwerbstätigen) im Angestelltenverhältnis, 17 Prozent Selbstständige oder Freiberufler\*innen, 7 Prozent Beamt\*innen und 7 Prozent Arbeiter\*innen. Unter den Nichterwerbstätigen finden sich etwa 71 Prozent Rentner\*innen; zu je 4 bis 5 Prozent vertreten sind Studierende, Schüler\*innen, Hausfrauen bzw. Hausmänner. 93 Prozent der Befragten sind in Deutschland geboren.

Auch das Netto-Haushaltseinkommen unseres Samples liegt über dem im Mikrozensus angegebenen Durchschnitt: Während dort etwa 17 Prozent der Haushalte monatlich über 4.500 € und mehr verfügen,<sup>6</sup> sind es hier 32 Prozent. Zwar sind diese Zahlen mit Zurückhaltung zu interpretieren, da insgesamt 266 Personen, etwas mehr als ein Viertel, die Angabe gänzlich verweigert haben; für die Situation der Menschen während der SARS-CoV-2-Pandemie ist jedoch relevant, dass in 91 Prozent der Haushalte der Befragten eine oder zwei Personen zu diesem Einkommen beitragen und in immerhin 20 Prozent von ihnen seit Beginn der Krise Einbußen durch Kurzarbeit hingenommen werden mussten bzw. müssen.

Unverkennbar ist die noch immer sichtbare protestantische Prägung der niedersächsischen Bevölkerung: Mit 44 Prozent bilden die Angehörigen der evangelisch-lutherischen Konfession (ergänzt durch 3 Prozent Freikirchler\*innen) die größte Gruppe im Sample, gefolgt von 31 Prozent Konfessionslosen und 17 Prozent Angehörigen der römisch-katholischen Kirche. 2 Prozent gehören anderen christlichen Religionsgemeinschaften an, 3 Prozent einer der nicht-christlichen Religionsgemeinschaften. Angehörigen nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften misstrauen die Befragten tendenziell stark (mehr dazu weiter unten), jedoch folgt an dritter Stelle direkt starkes Misstrauen auch christlichen Religionsgemeinschaften gegenüber. Welche Rolle die Religion im privaten Alltag der Menschen spielt, erscheint allerdings fraglich: 77 Prozent derjenigen, die einer Glaubensgemeinschaft angehören, engagieren sich nicht oder nur selten in

6 Vgl. ebd., S. 34.

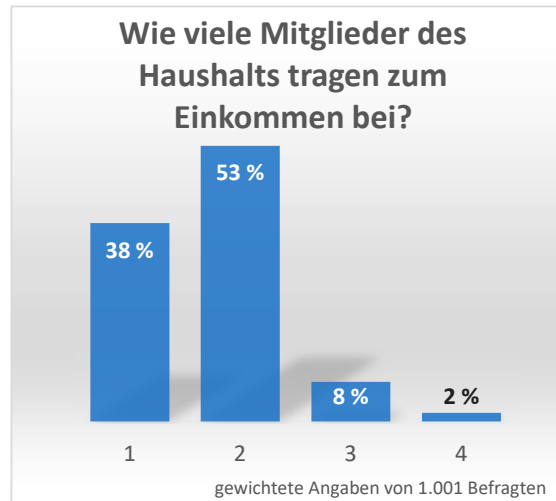


Abbildung 5: Netto-Einkommen Haushaltsmitglieder

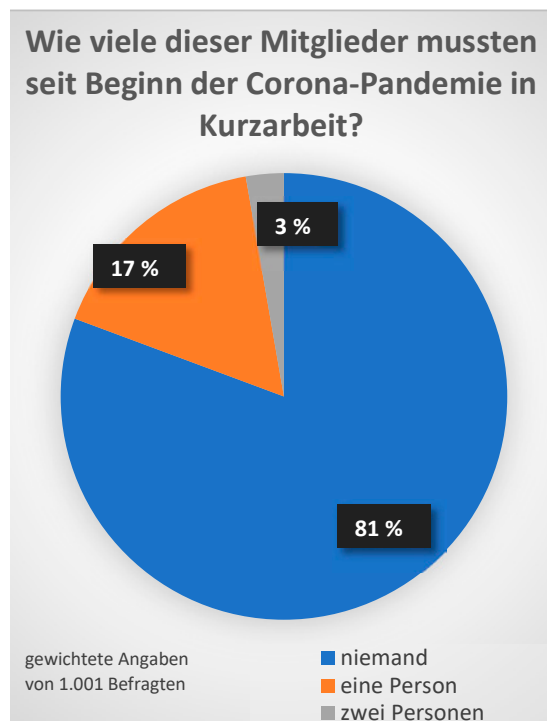


Abbildung 6: Haushaltsmitglieder Kurzarbeit

ihr. Auch wenn das größte Misstrauen den christlichen Religionsgemeinschaften gegenüber von der Gruppe der Konfessionslosen ausgeht, hält die Selbstzuordnung zur evangelischen oder katholischen Kirche unsere Befragten nicht davon ab, ebenfalls Misstrauen diesen gegenüber zu äußern. 48 Prozent derer, die sich selbst als evangelisch oder katholisch bezeichneten, misstrauen den christlichen Religionsgemeinschaften eher oder stark. Es scheint also nach wie vor eine klare

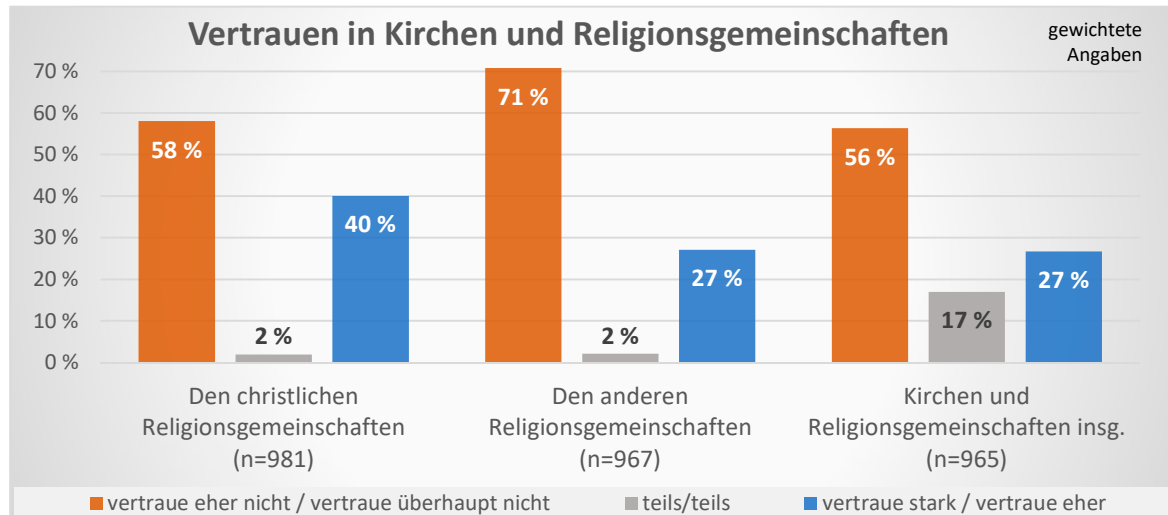


Abbildung 7: Vertrauen in Kirchen und Religionsgemeinschaften

Distinktion zwischen der persönlichen Religiosität und der Einstellung religiöser Institutionen gegenüber zu geben, was womöglich auch das geringe Engagement innerhalb ihrer Gemeinden erklärt. Die Sicht der Niedersachsen auf die Relevanz der jüdisch-christlichen Tradition für die Kultur in Deutschland ist ebenso durchwachsen, wobei immerhin 43 Prozent der Befragten sie für wichtig bis sehr wichtig halten. Die bereits im NDM 2019 geäußerte Vermutung, dass sich die wahrgenommenen religiösen Traditionen eher aus einer säkularen Perspektive kultureller Identifikation als aus tatsächlicher Frömmigkeit speisen,<sup>7</sup> scheint sich zu bestätigen.

Auch abseits der Kirchen und Glaubensgemeinschaften ist ein großer Teil unserer Befragten zivilgesellschaftlich eingebunden, dabei oft mit einem deutlich höheren Engagement. 50 Prozent von ihnen gehören einem Kultur- oder Sportverein an, 21 Prozent einer Gewerkschaft und 6 Prozent einer politischen Partei. Von den Vereinsmitgliedern bezeichnen sich 54 Prozent als aktive Mitglieder, von den (wenigen) Parteimitgliedern 47 Prozent; demgegenüber bringen sich nur 18 Prozent aktiv in ihrer Gewerkschaft ein.

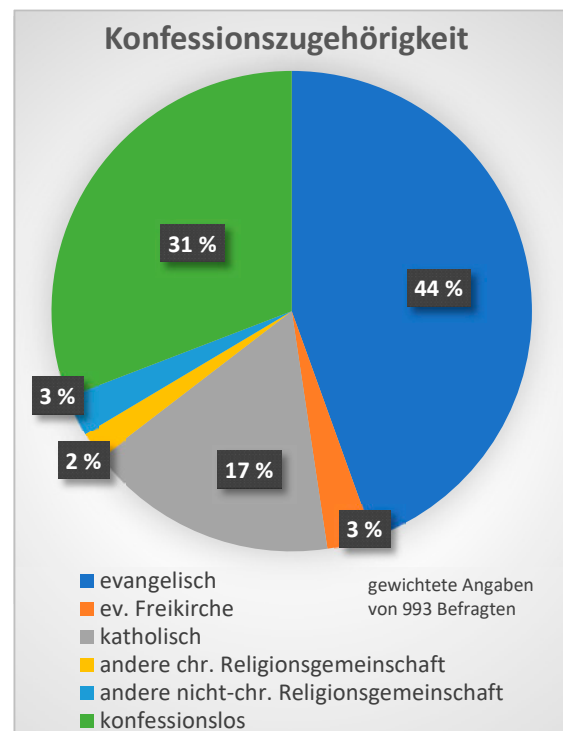


Abbildung 8: Konfessionszugehörigkeit

<sup>7</sup> Vgl. Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitzaki, Efpraxia: Niedersächsischer-Demokratie-Monitor. NDM 2019. FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 2, Göttingen 2019, S. 10.

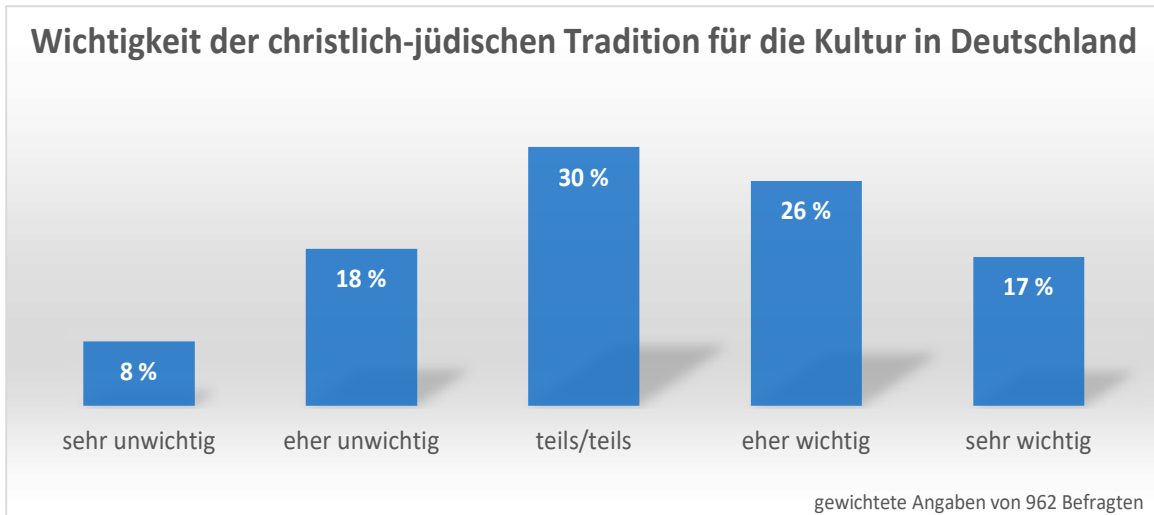


Abbildung 9: Jüdisch-christliche Tradition

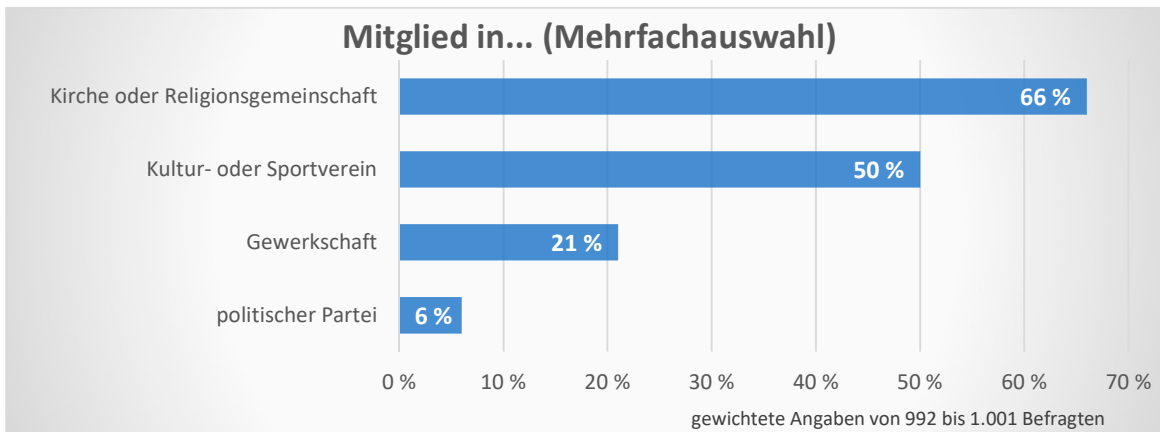


Abbildung 10: Mitgliedschaften

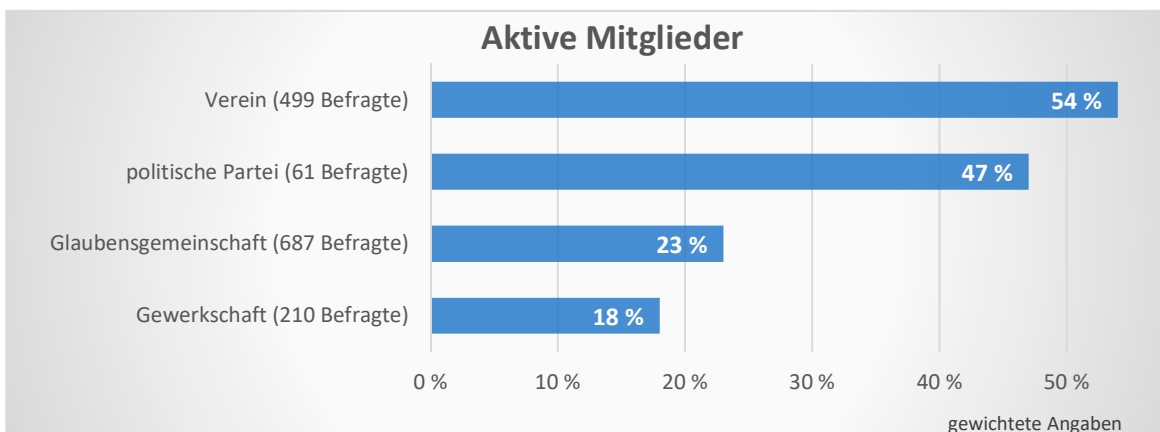


Abbildung 11: Zivilgesellschaftliches Engagement





### 3.1 Politisches Interesse, Problemwahrnehmung und Bewertung der Politik

**A**nders als im NDM 2019<sup>8</sup> bekunden nur noch 41 Prozent (vormals 48 Prozent) ein starkes und sehr starkes, weitere 41 Prozent ein mittleres Interesse an Politik – gegenüber 12 wenig und 6 Prozent überhaupt nicht Interessierten (vormals 8 und 3 Prozent). Nichtsdestotrotz spiegeln die von uns Befragten damit nahezu exakt den im historischen Verlauf zurzeit relativ hohen Durchschnittswert politisch Interessierter der ALLBUS-Zahlen für Westdeutschland wider;<sup>9</sup> zudem steht die weiterhin geringe Zahl politisch Desinteressierter in markantem Kontrast zum vergleichsweise großen Anteil in manchen ostdeutschen Ländern, etwa in Sachsen (59 Prozent Desinteressierte)<sup>10</sup> und Brandenburg (44 Prozent Desinte-

ressierte)<sup>11</sup>. Die Niedersachsen verfolgen politische Themen und Vorgänge also unverändert mit großem Interesse. Angesichts der geringen Zahl parteipolitisch organisierter Personen wird man den Grund für dieses insgesamt mehrheitlich ausgeprägte Interesse zumindest in Niedersachsen allerdings nicht primär an die Vorstellung bestimmter weltanschaulicher Bindungen an spezifische politische Fraktionen knüpfen dürfen. Vielmehr legt unsere qualitative Vertiefungsstudie von 2020 nahe, dass es in Niedersachsen vielerorts zum guten Ton gehört, als demokratische\*r Bürger\*in tagespolitisch zumindest grundlegend informiert zu sein und das (welt-)politische Geschehen mit einer gewissen

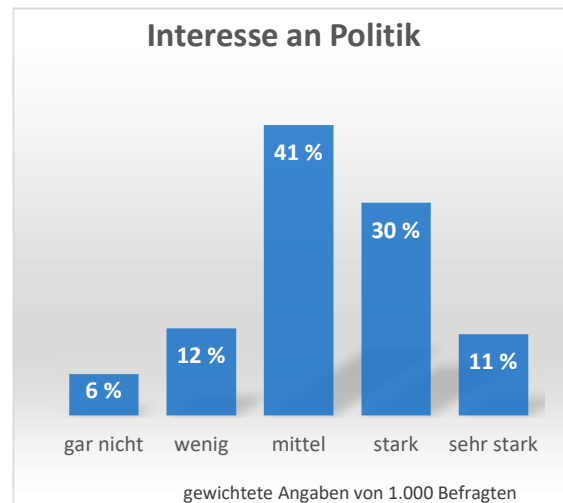


Abbildung 12: Interesse an Politik

<sup>8</sup> Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 15.

<sup>9</sup> Vgl. Weßels, Bernhard: Politisches Interesse und politische Partizipation, in: bpb.de, 10.03.21, URL: <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330210/politisches-interesse-und-politische-partizipation> [eingesehen am 20.08.2021].

<sup>10</sup> Vgl. dimap Institut für Markt- und Politikforschung: Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht, Bonn 2018, S. 27.

<sup>11</sup> Vgl. Müller-Hilmer, Rita: Brandenburg-Monitor 2020. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, 2020, Frage 14/15.

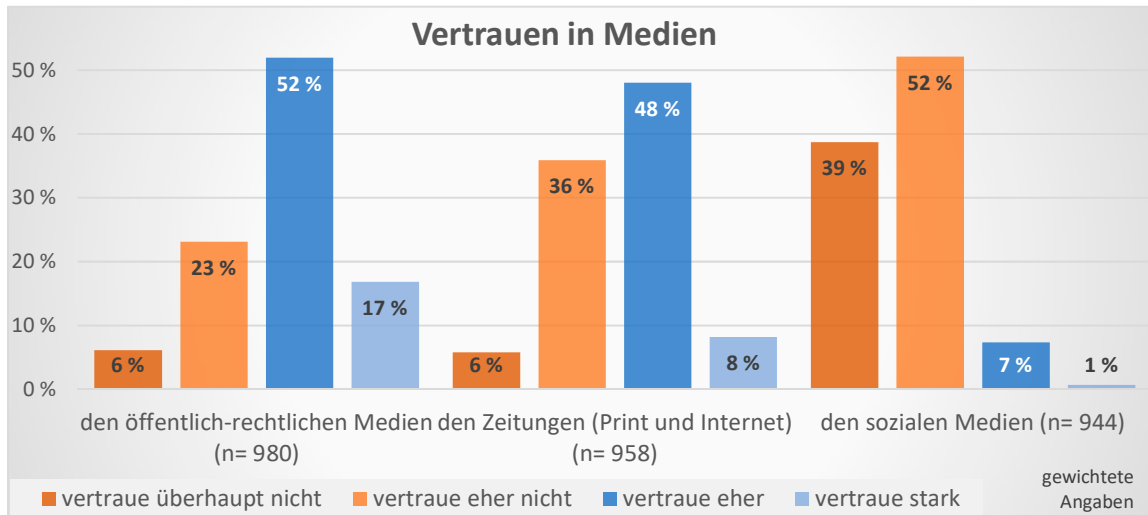


Abbildung 13: Vertrauen in Medien

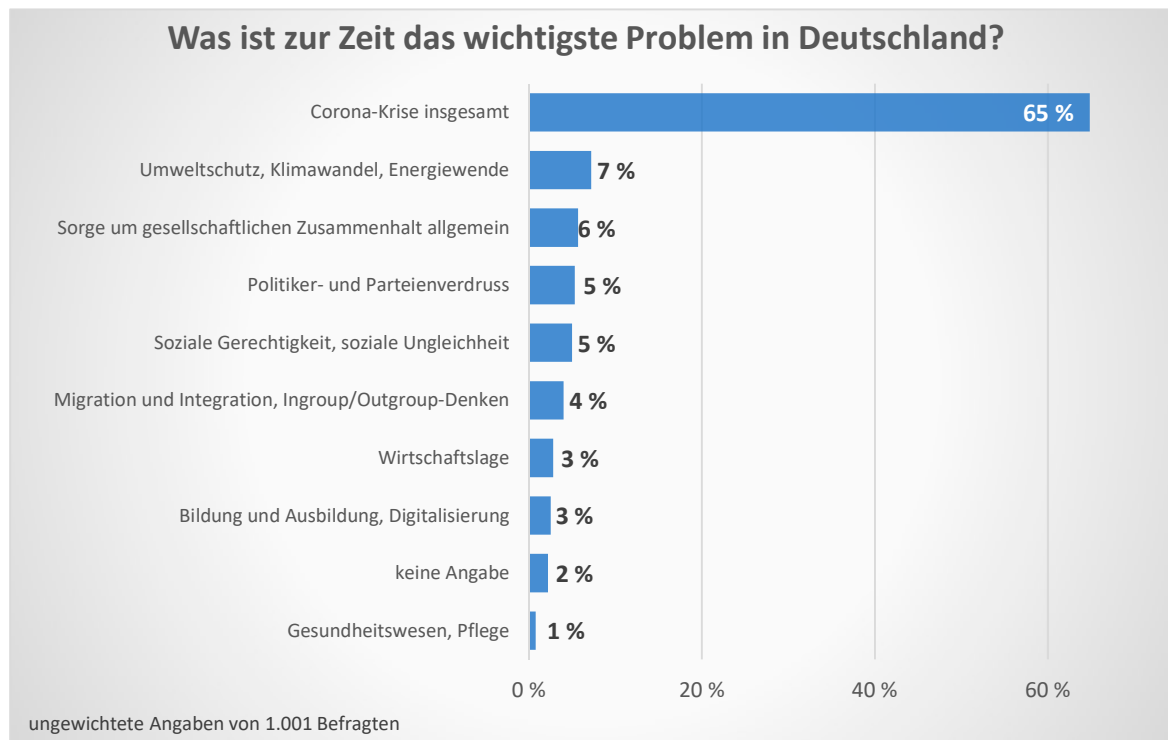


Abbildung 14: Wichtigstes Problem in Deutschland

Aufmerksamkeit zu verfolgen.<sup>12</sup> Dementsprechend wird auch in unserem aktuellen Sample von einem regen Gebrauch verschiedenster

politischer Informationskanäle Zeugnis abgelegt: 81 Prozent der Befragten geben an, regelmäßig persönliche Gespräche über politische Themen zu führen, 86 Prozent informieren sich über das Fernsehen, 75 Prozent über das Radio, 59 Prozent über Zeitungsmedien (Print und Online), 34 Prozent über die sozialen Medien. Dass mehr als ein Drittel der Befragten angeben, sich über soziale Medien zu politischen Themen in-

<sup>12</sup> Vgl. Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM). FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 5, Göttingen 2020, S. 32 f.

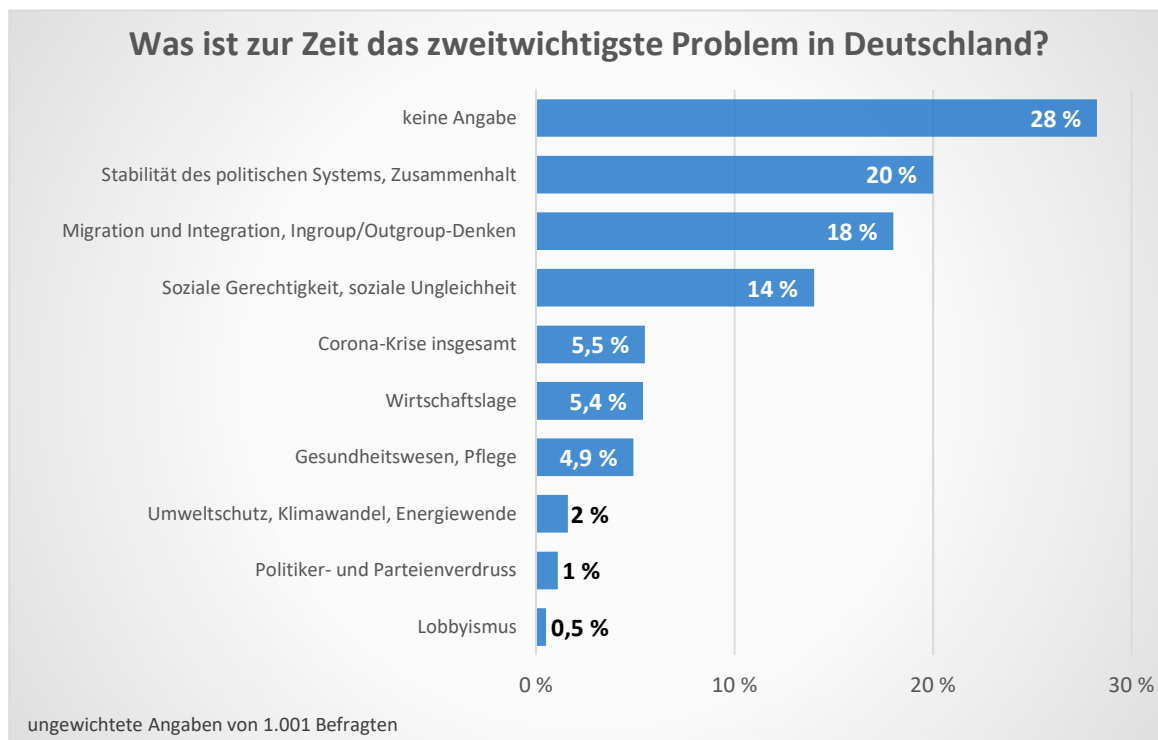


Abbildung 15: Zweitwichtigstes Problem in Deutschland

formieren, ist besonders vor dem Hintergrund interessant, dass ebendiese unangefochten an der Spitze der Misstrauensskala stehen (s. dazu auch Abbildung 21). Über die Hälfte der Befragten (52 Prozent) geben an, dass sie sozialen Medien eher misstrauen, 39 Prozent gar stark. Im Vergleich zu den anderen Institutionen, die wir im Zuge dessen abgefragt haben, ist der Abstand zu den Nächstplatzierten (andere, nicht-christliche Religionsgemeinschaften, denen 22 Prozent der Befragten stark misstrauen) mit über 17 Prozent groß. Den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen über zwei Drittel der Befragten stark und eher (im Vergleich zur Erhebung von vor zwei Jahren ein Zugewinn von 12 Prozentpunkten), Print- und Onlinezeitungen hingegen wird mit 59 Prozent der Befragten, die ihnen eher oder stark vertrauen, deutlich weniger Vertrauen entgegengebracht.

Wie in der ersten Erhebung des NDM 2019 und in der qualitativen Vertiefungsstudie von 2020 haben wir die Niedersachsen auch diesmal um eine Einschätzung der derzeit drängendsten politischen Problemlagen in Deutschland. Die Antworten des NDM 2021 weichen in ihrer Relevanzordnung erwartungsgemäß von der vergangenen Erhebung ab: Bestimmten 2019 und 2020

noch die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit (22 Prozent), der Migrationspolitik (18 Prozent) sowie die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt (9 Prozent) den Blick,<sup>13</sup> macht sich nun unverkennbar die Erfahrung der monatelangen thematischen Präsenz der Corona-Pandemie in Alltag und Medien geltend. Eine deutliche Mehrheit von 65 Prozent der Befragten sieht den größten politischen Handlungsbedarf in der Bewältigung der Corona-Krise, d. h. in der Eindämmung der Infektionen, dem Aufrechterhalten eines kontinuierlichen Impffortschritts oder in der baldigen Rückkehr zu einem restriktionsfreieren Alltagsleben. Wir werden später im Kapitel zu den Sorgen bezüglich der Corona-Pandemie sehen, dass die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts dort dominiert – was ein Hinweis darauf ist, dass sich unter der Oberfläche der Corona-Pandemie noch zum Teil die altbekannten Probleme verbergen. Die Bewältigung des Klimawandels halten nur 7 Prozent für das wichtigste Problem, 6 Prozent befürchten zuneh-

<sup>13</sup> Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 20–23 und Schenke et al.: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 34 ff.

mende gesellschaftliche Desintegrationstendenzen, 5 Prozent äußern sich angesichts der parteipolitischen Personalauswahl (insbesondere der Kanzlerkandidat\*innen) verdrossen. Demgegenüber werden die Kernthemen von 2019 explizit nur selten genannt: 5 Prozent der Befragten sehen den primären Handlungsbedarf im Feld sozialer Ungleichheit bzw. Gerechtigkeit, 4 Prozent in der Migrations- und Integrationspolitik sowie verstärktem Ingroup/Outgroup-Denken<sup>14</sup>, das Ausgrenzung und Diskriminierung von (vermeintlich) nicht-Deutschstämmigen zur Folge hat. Daraufhin nach dem zweitwichtigsten Problem in Deutschland befragt (s. Abbildung 15), zeigen sich folgende Werte: 20 Prozent fürchten um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Stabilität des politischen Systems der Bundesrepublik, 18 Prozent der Befragten sehen vor allem die Migrations- und Integrationspolitik sowie Ingroup/Outgroup-Denken als unbewältigte Herausforderung an, 14 Prozent sprechen Themen sozialer Gerechtigkeit und Ungleichheit an, 5 Prozent die Wirtschaftslage. Die Klimakrise ist hier mit 2 Prozent (gegenüber 11 Prozent beim NDM 2019) weit abgeschlagen. Anscheinend denken die Befragten größtenteils entweder direkt als erstes an die Bewältigung der Klimakrise oder sehen diese als ein nicht vordringlich zu lösendes Problem an. Interessanterweise ist 2021 der Wert derjenigen, die kein zweites Problem angeben, noch höher als 2019: damals waren es 20 Prozent der Befragten, nun sind es 28 Prozent. Plau-

<sup>14</sup> Mit den Begriffen Ingroup und Outgroup (dt.: Eigen- und Fremdgruppe) werden Gruppenzugehörigkeiten von Menschen auf verschiedenen Ebenen unterschieden. Während sich von der Outgroup (bewusst oder unbewusst) abgegrenzt wird, ist die Ingroup stets jene Gruppe, mit der sich Personen identifizieren und auf Basis verschiedenster Merkmale ein „Wir-Gefühl“ entwickeln, das die Gruppenkohäsion stärkt und zur Aufwertung des individuellen oder kollektiven Selbstwert-Gefühls durch Gruppenzugehörigkeit beiträgt. Daraus resultierende Ingroup-Bevorzugen haben jedoch schnell Stereotypisierung und Diskriminierung von Personen der Outgroup(s) zur Folge, insbesondere dann, wenn die Ingroup-Identifikation hoch ausfällt. Eine mögliche Folge davon ist Rassismus bzw. rassistische Verhaltensweisen, wenn sich Personen etwa stark mit ihrer Nationalität, Hautfarbe und/oder (vermeintlich) homogenen Landeskultur identifizieren und auf Basis dessen zugewanderte Personen ablehnen.

sibel wäre es durchaus gewesen, dass dieser Wert niedriger ausfällt, da ja die Probleme jenseits der Pandemie nicht weniger werden. Hier scheint ein umgekehrter Effekt vorzuliegen: Bei den Befragten scheint die Bewältigung der Corona-Pandemie dermaßen viel Kraft und Aufmerksamkeit zu absorbieren, dass im Telefoninterview keine weiteren Probleme einfallen.

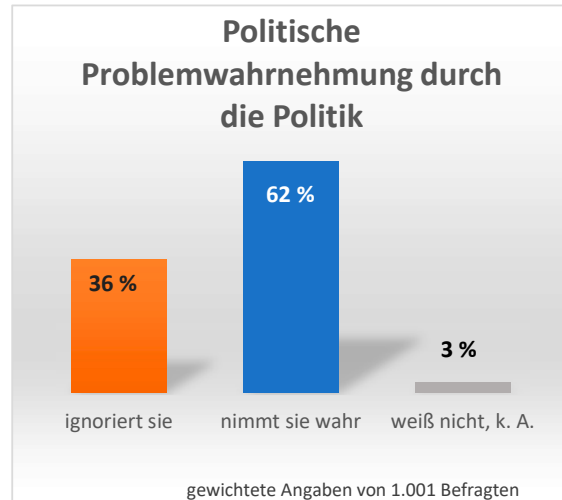


Abbildung 16: Politische Problemwahrnehmung durch Politik

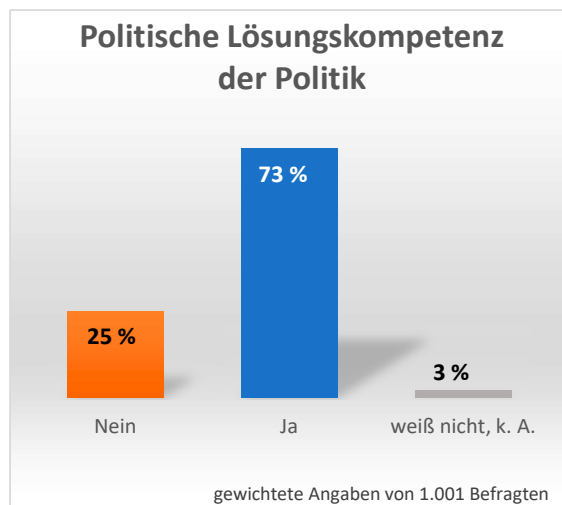


Abbildung 17: Politische Problemlösungskompetenz seitens Politik

Für die Frage nach der Sicht der Niedersachsen auf die Politik im Allgemeinen ist das von großer Relevanz. Schließlich fragten wir auch diesmal – wie im NDM 2019 – nach der Problemwahrnehmung und der Problemlösungskompetenz „dieser [zuvor genannten] Probleme“ der Politik. Wir müssen die Antworten als thematisch stark fokussiert verstehen – mindestens

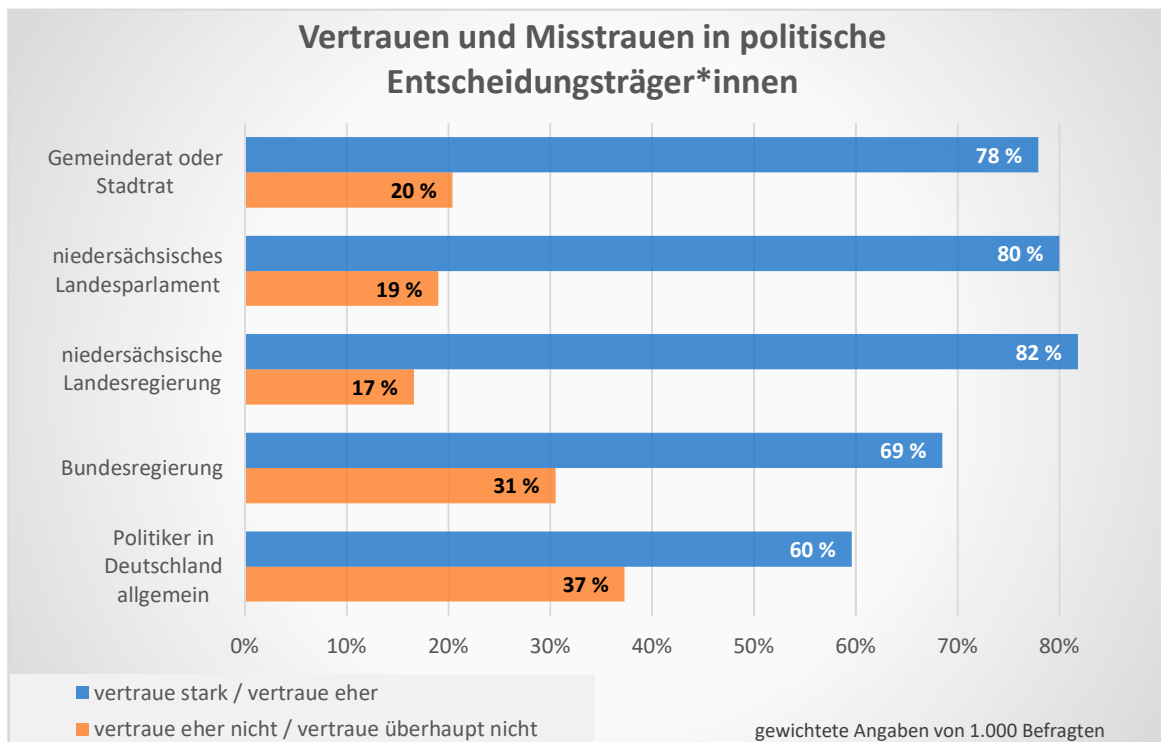


Abbildung 18: Vertrauen und Misstrauen in politische Entscheidungsträger\*innen

zwei Drittel werden bei ihren Antworten hauptsächlich über die Fähigkeit der Politik urteilen, die durch die Corona-Krise verursachten Problemlagen adäquat zu identifizieren und zu beheben. Und hier wiederum ist das Vertrauen in die politische Führung ungebrochen: Zwei Drittel (62 Prozent) der Befragten sind der Überzeugung, dass die Politik die zurzeit drängendsten Probleme wahrnimmt, und drei Viertel von ihnen (73 Prozent) trauen ihr zu, diese Probleme auch tatsächlich zu lösen. Allerdings bezweifelt mit 36 Prozent immerhin ein Drittel die Wahrnehmungs-, ein Viertel (25 Prozent) die Lösungsfähigkeit. Trotzdem: Im Vergleich zum NDM 2019 fallen die Zahlen etwas optimistischer aus. Damals zweifelten ganze 42 Prozent der Befragten an der Problemwahrnehmung durch die politischen Entscheidungsträger\*innen.<sup>15</sup>

Unterstrichen wird dieser Eindruck durch die durchweg guten Vertrauenswerte für die maßgeblichen politischen Entscheidungsgremien auf den verschiedenen Regierungsebenen: 78 Prozent vertrauen ihrem Gemeinde- oder Stadtrat (20 Prozent nicht), 80 Prozent dem nieder-

sächsischen Landesparlament (19 Prozent nicht), 82 Prozent der niedersächsischen Landesregierung (17 Prozent nicht) und, wenn auch deutlich abgeschlagen, eine Mehrheit von 69 Prozent der amtierenden Bundesregierung (31 Prozent nicht). Die niedrigen Misstrauenswerte zwischen 17 Prozent und 31 Prozent entsprechen ungefähr dem, was durchschnittlich in Deutschland diesen staatlichen Ebenen entgegengebracht wird, wobei hier auch den Kommunen eher vertraut wird als dem Bund und die niedersächsischen Werte durchgängig ein leicht höheres Vertrauensniveau aufzeigen.<sup>16</sup> Dass der Blick auf die Gruppe der Politiker\*innen insgesamt deutlich skeptischer ausfällt (60 Prozent Vertrauen, 37 Prozent Misstrauen), fällt kaum ins Gewicht – dieser Wert ist im bundesweiten Vergleich überraschend hoch. Häufig dominiert das Misstrauen gegenüber Politiker\*innen in Deutschland. Im ALLBUS 2018 tendieren 48,5 Prozent eher zum Misstrauen denn zum Vertrauen. Lediglich 21,7 Prozent der Be-

<sup>15</sup> Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 23.

<sup>16</sup> Eigene Auswertung auf Basis des ALLBUS 2018, vgl. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln 2019, <https://doi.org/10.4232/1.13250>.

fragten in Deutschland äußerten damals, dass sie den deutschen Politiker\*innen eher oder stark vertrauen.<sup>17</sup> Selbst für Niedersachsen ist der 2021-Wert bemerkenswert: Der Wert liegt verglichen mit 2019 um 29 Prozentpunkte höher. Wir gehen davon aus, dass dieser Vergleich in absoluten Zahlen mit Vorsicht zu genießen ist, weil in der aktuellen Umfrage bei dieser Frage um eine klare Verortung für eine positive oder negative Haltung gebeten wurde. Nur bei tatsächlicher Unentschlossenheit sollte die teils/teils-Kategorie gewählt werden. In der früheren Umfrage war die teils/teils-Kategorie sehr stark besetzt, was als eine Art Standardantwort erschien. Es war auch 2019 ebenfalls nur ein geringer Anteil der Befragten, der den Politiker\*innen allgemein misstraut. Und es sind 2021 5 Prozent mehr, die die höchste Vertrauenskategorie wählen. Wir können daher auf Basis unserer Befragung festhalten, dass die niedersächsische Bevölkerung im bundesdeutschen Vergleich ein hohes Vertrauen in die Politik und ihre handelnden Akteur\*innen setzt.

Dass die Niedersachsen der politischen Führung des Bundes, der Länder und der Kommunen also unter dem Strich ein gutes Zeugnis aussprechen, setzt sicherlich auch das Bedürfnis nach persönlicher politischer Beteiligung herab. Denn dass die Niedersachsen politisch interessiert sind und an vielen thematischen Nervenpunkten immensen Handlungsbedarf sehen, schließt für sie nicht notwendigerweise den Wunsch nach tatsächlicher praktischer Partizipation ein. Aus unserer qualitativen Vertiefungsstudie ging hervor, dass viele Niedersachsen zwar die Distanz der politischen Funktionsträger\*innen von ihrer privaten Lebenswelt bemängeln, die Hürden parteipolitischer Karrieren als zu hoch ansehen und aus diesem Grund über persönliche politische Ohnmacht jenseits des Wahlakts klagen, zugleich jedoch die Rolle des\*der distanzierten Kritiker\*in insgesamt favorisieren.<sup>18</sup> Gleichwohl haben viele von ihnen schon einmal außerparlamentarische Möglichkeiten der politischen Einflussnahme genutzt, insbesondere an Unterschriftensammlungen und Volksbegehren partizipiert (71 und

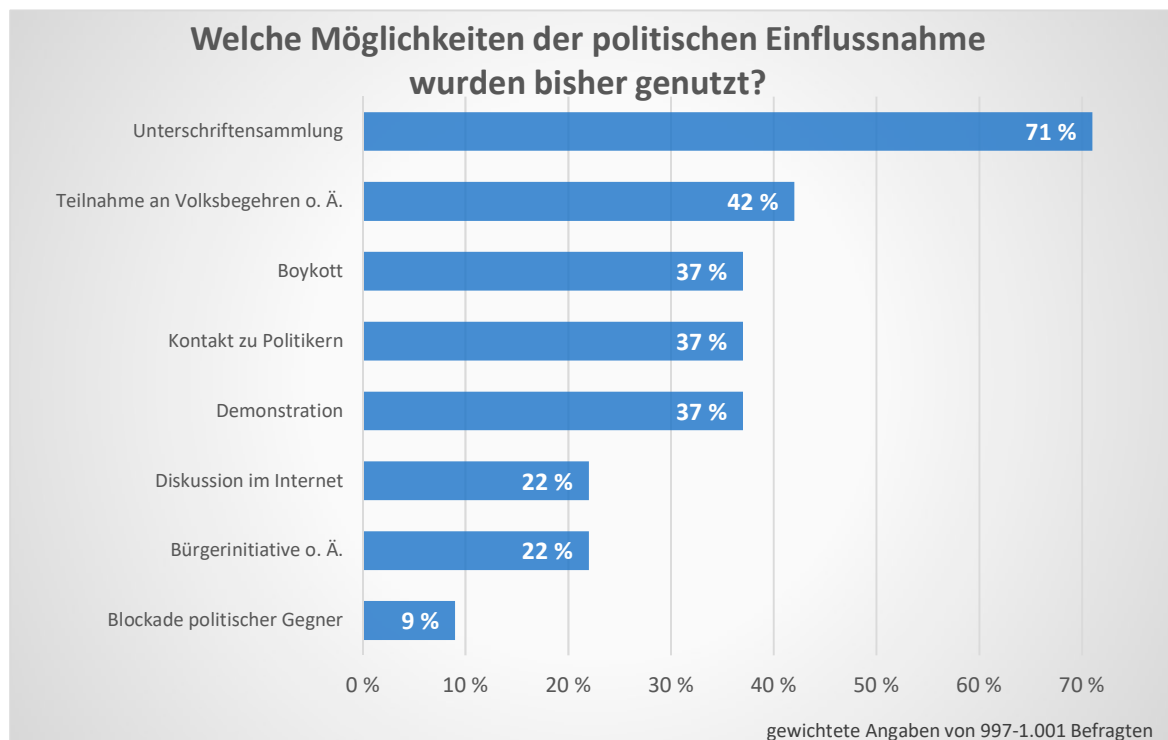


Abbildung 19: Politische Einflussnahme

<sup>17</sup> Eigene Auswertung auf Basis des ALLBUS 2018.

<sup>18</sup> Vgl. Schenke et al.: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 60–65.

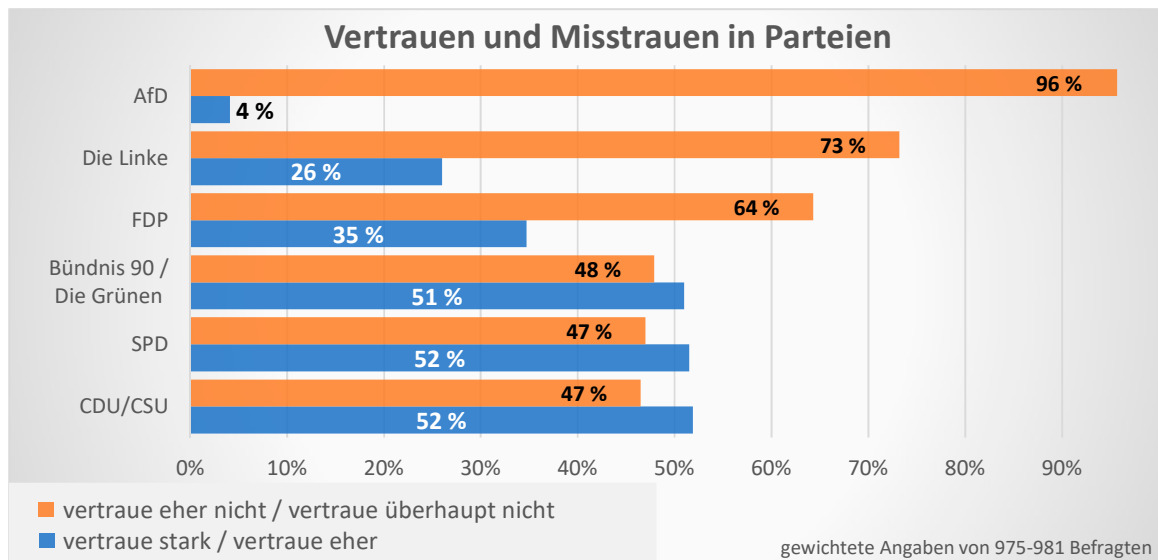


Abbildung 20: Vertrauen und Misstrauen in Parteien

47 Prozent), an Demonstrationen und Boykotten teilgenommen (jeweils 37 Prozent) oder sich an einer Bürger\*inneninitiative beteiligt (22 Prozent) – keine irregulären Werte, wie der Vergleich mit den recht ähnlichen Zahlen des NDM 2019 belegt.<sup>19</sup>

Schließlich haben wir auch wieder nach der Wahlabsicht bei der nächsten Landtagswahl gefragt. Die Befragung fand von April bis Juni 2021 statt – eine Phase, in der die Grünen ihr Stimmungshoch hatten. Dies schlägt sich auch in unserer Befragung nieder: 31 Prozent der Befragten gaben an, die Grünen wählen zu wollen, 29 Prozent die CDU, 20 Prozent die SPD, 9 Prozent die FDP, und schließlich gaben 2 Prozent der Befragten an, die AfD wählen zu wollen. Wie in den Sonntagsfragen in den Monaten vor der Bundestagswahl sind auch diese Werte mit großer Vorsicht zu genießen: Diese Werte geben lediglich Stimmungen an und prognostizieren nicht die Entscheidung bei der kommenden Landtagswahl. Zudem spielt hier auch ein hohes Maß an sozial erwünschtem Antwortverhalten mit: Es ist anzunehmen, dass sich viele Befragte mit AfD-Präferenz nicht trauen, diese bei der Telefonbefragung zu äußern, zumal diese noch anders als vor vier

Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung noch größere Schnittmengen zu rechtsextremen Positionen aufweist. Schließlich hängt die Wahlabsicht häufig von taktischen Koalitionsüberlegungen ab, die sich vor dem Wahltag noch mehrfach ändern können. In der niedersächsischen wie in der bundesdeutschen Bevölkerung gibt es viele Personen, die zwischen SPD und Grünen schwanken und im Befragungszeitraum in ihrer Wahlabsicht (noch) den Grünen zuneigten; ähnliches konnten wir zwischen FDP und CDU beobachten. Deswegen fragten wir diesmal auch nach dem generellen Vertrauen, das die Befragten den jeweiligen Parteien entgegenbringen.

Das Bild bestätigt im Wesentlichen das, was sich bei der Kommunal- und Bundestagswahl in Niedersachsen an der Wahlurne zeigte. Die AfD weist mit 4 Prozent einen sehr niedrigen Vertrauenswert auf – was immer noch ein Hinweis auf ein „Unterberichten“ der AfD-Neigung in der niedersächsischen Bevölkerung sein könnte. Allerdings kam die AfD bei der Kommunalwahl im September 2021 auch nur auf 4,6 Prozent – was fast exakt auf der Höhe unseres ermittelten Vertrauenswertes liegt.<sup>20</sup> Die von Philip Manow 2020

<sup>19</sup> Unterschriftensammlung: 77 Prozent; Volksbegehren o. Ä.: 47 Prozent; Demonstration: 41 Prozent; Boykott: 38 Prozent; Bürger\*inneninitiative o. Ä.: 18 Prozent. Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 17 f.

<sup>20</sup> Bei der Bundestagswahl waren es dann etwas mehr – nämlich an Zweitstimmen 7,4 Prozent für die AfD in Niedersachsen.



gelieferte „Momentaufnahme“<sup>21</sup> zur sinkenden Konjunktur populistischer Parteien in Europa wirkt sich also zunächst auch im hier untersuchten Bundesland aus. Dass „die Stunde der Populisten erst noch schlagen wird“<sup>22</sup>, etwa mit Blick auf die langfristigen Auswirkungen der Pandemie, ist dadurch freilich keineswegs widerlegt, doch scheint sie in Niedersachsen zumindest noch ein Stückchen weiter in die Ferne gerückt.

Anders als bei der allgemeinen Wahlabstimmungsfrage liegen die Grünen beim Vertrauen nicht vor CDU und SPD, sondern – immerhin – auf Augenhöhe. Hier weisen die alten Volksparteien quasi identische Werte auf: 52 Prozent vertrauen ihnen, 47 Prozent nicht, während die Grünen einen Prozentpunkt schwächer eingestuft werden. Das ist so wenig, dass dies statistisch nicht aussagekräftig ist. Bislang ist den Grünen in Niedersachsen wie im Bund nicht gelungen, dieses Wähler\*innenpotenzial auszuschöpfen und auch bei den Wahlergebnissen auf Augenhöhe mit SPD und Union zu sein. Umgekehrt demonstrieren die Zahlen auch, dass die phasenweise sehr niedrigen Umfragewerte für die SPD und nun die CDU auch in Niedersachsen stärker von Stimmungen als von langfristiger Überzeugung geprägt waren.

### 3.2 Institutionenvertrauen

Die Niedersachsen vertrauen ihren staatlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen nach wie vor. Bemerkenswert ist, dass hier durchgängig ein Anstieg des Vertrauens festzustellen ist. Corona hat weniger zur Erosion geführt, sondern zu einer Stabilisierung. Im Vergleich zur letzten Erhebungsrunde konnten insbesondere Institutionen wie der Verfassungsschutz (+ 10 Prozentpunkte), Gewerkschaften (+ 8 Prozentpunkte), das Bundesverfassungsgericht (+ 7 Prozentpunkte), deutsche Unternehmen (+ 7 Prozentpunkte), die Polizei (+ 5 Prozentpunkte), das EU-Parlament (+ 5 Prozent-

punkte) und die Politiker\*innen in Deutschland (+ 5 Prozentpunkte) bei der niedersächsischen Bevölkerung an Vertrauen gewinnen.

Ein solcher Vertrauensgewinn während der Corona-Pandemie wurde auch in anderen Bundesländern festgestellt, allerdings auf niedrigerem Niveau.<sup>23</sup> Ein Vertrauensverlust (- 1 Prozentpunkt) ist nur in Bezug auf Kirchen und Religionsgemeinschaften zu verzeichnen, wobei die Niedersachsen zwischen den christlichen und nicht-christlichen Religionsgemeinschaften differenzieren. Ersteren wird insgesamt ein etwas größeres Vertrauen entgegengebracht (6 Prozent) als den nicht-christlichen (3 Prozent). Tatsächlich geben 22 Prozent der Befragten an, dass sie den Kirchen und Religionsgemeinschaften generell stark misstrauen (zum Vergleich: bei der letzten Erhebungsrunde waren es noch 14 Prozent), dabei ist der Anteil derer, die nicht-christlichen Religionsgemeinschaften überhaupt kein Vertrauen entgegenbringen, mit 22 Prozent gegenüber 16 Prozent größer. Es ist zudem die Tendenz zu erkennen, dass Personen mit einem höheren Bildungsabschluss Religionsgemeinschaften eher vertrauen. Das kann mit einem prinzipiell höheren Institutionenvertrauen zusammenhängen. Insbesondere jene, die keinen Abschluss haben, misstrauen Kirchen und Religionsgemeinschaften (unabhängig davon, ob sie christlich oder nicht-christlich sind) eher bis stark und weisen auch im Vergleich mit dem Gesamt-sample höhere Misstrauenswerte auf. Besonders stark sind die Abweichungen bezüglich der Landesregierung, des Landesparlaments, der öffentlich-rechtlichen Medien, Print- und Onlinezeitungen sowie deutscher Politiker\*innen und Unternehmen. Diese Gruppe ist fast ausschließlich deutschstämmig, kaum bis gar nicht in Vereinen, Gewerkschaften und Parteien verankert, zu 60 Prozent entweder nicht oder lediglich in einem Minijob erwerbstätig und über die Hälfte hat ein Nettohaushaltseinkommen von weniger als 2000 Euro. Es kann vermutet werden, dass sich innerhalb dieser Gruppe Effekte sozialer De-

<sup>21</sup> Manow, Philip: COVID-19, Europa und der Populismus, in: Geschichte und Gesellschaft, H. 46/2020, S. 536–549, hier S. 549.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> So z. B. in Thüringen, vgl. Reiser, Marion/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020, Jena 2020.



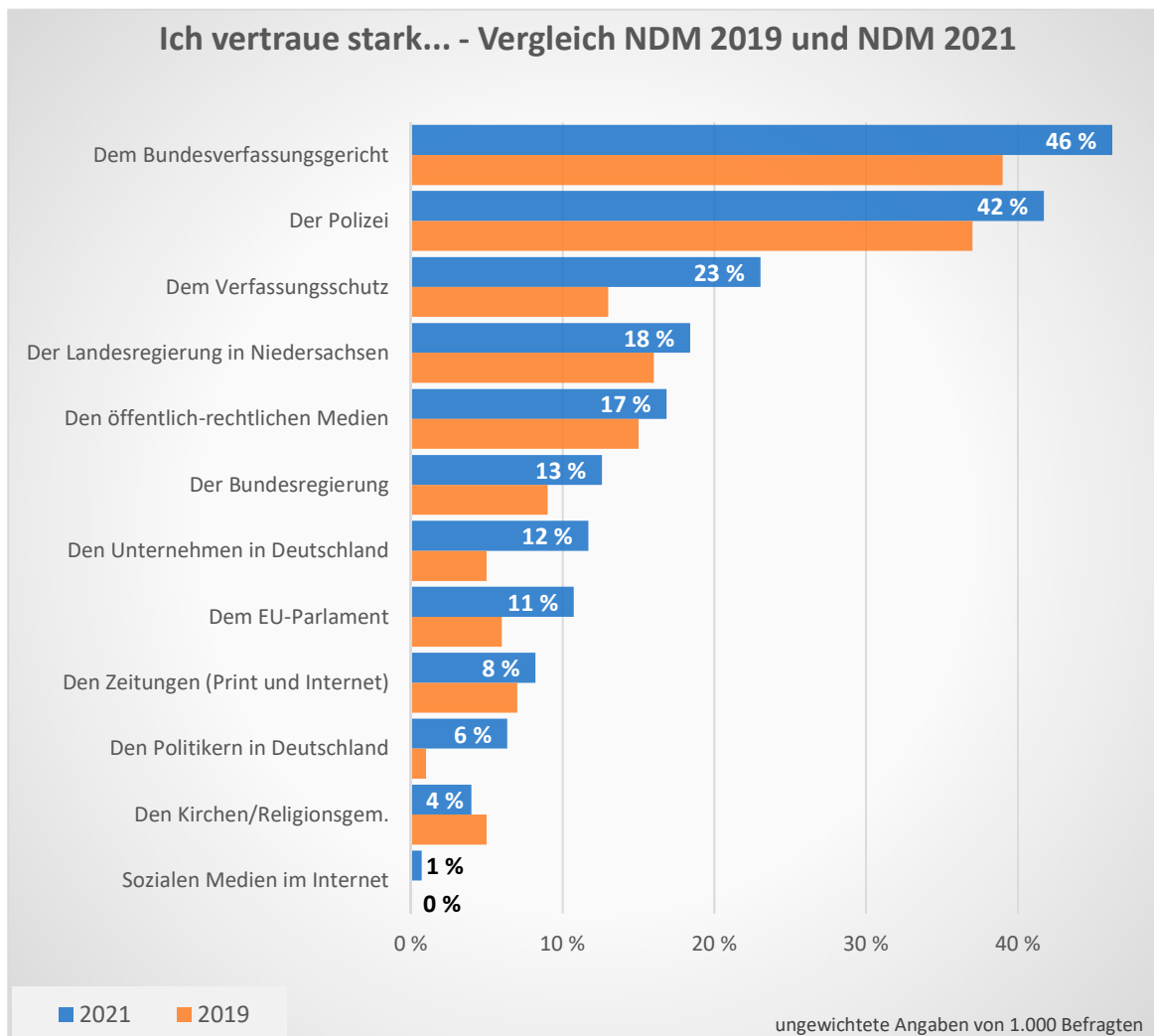


Abbildung 21: Vertrauen in Institutionen

privation bemerkbar machen, aufgrund erlebter Enttäuschungen durch deutsche Institutionen bringen sie ihnen wie auch religiösen Einrichtungen größere Skepsis entgegen als Personen, die besseren sozioökonomischen Verhältnissen zugeordnet werden können.<sup>24</sup>

Betrachtet man nur die Werte bezüglich der Institutionen, denen die Befragten stark, also voll und ganz vertrauen, stehen unverändert insbesondere das Bundesverfassungsgericht mit 46 Prozent Zustimmung sowie die Polizei, der immerhin 42 Prozent stark vertrauen, hervor. Im Gegenzug geben nur 2 respektive 1 Prozent der Befragten an, diesen beiden Institutionen stark

zu misstrauen, jeweils 8 Prozent misstrauen ihnen eher. Wie bereits in der vorangegangenen Erhebungsrunde bestätigen sich hier die Befunde,<sup>25</sup> dass vor allem das höchste deutsche Gericht, aber auch unsere Exekutive ein ungebrochen hohes Vertrauen unter der Bevölkerung genießen. Die vor allem im Jahre 2020 mit der Ermordung des Schwarzen<sup>26</sup> US-Amerikaners

<sup>24</sup> Dennoch muss auch hier betont werden, dass es sich mit 25 Personen um eine zu kleine Gruppe handelt, um mehr als nur Tendenzen unterstellen zu können.

<sup>25</sup> Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 38; Holtmann, Everhard/Jaek, Tobias/Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018, S. 45.

<sup>26</sup> „Schwarz“ wird hier auch als Adjektiv großgeschrieben, um den Konstruktionscharakter zu verdeutlichen und zu betonen, dass damit weder biologische „Rassen“ beschrieben werden, noch eine tatsächliche Farbe gemeint ist (vgl. Amnesty International

George Floyds auch in Deutschland diskutierte Problematik unangemessener Polizeigewalt sowie immer mehr ans Licht gekommene Vorwürfe rechtsextremer Tendenzen innerhalb der deutschen Polizei (seien sie nun die Mantra-artig betonten „Einzelfälle“ oder doch Symptome eines größeren, strukturellen Problems) scheinen ihrem Ansehen zumindest unter der niedersächsischen Bevölkerung nicht geschadet zu haben. Im Gegenteil: Der Vertrauenszuwachs um 5 Prozentpunkte bei der Gruppe derer, die ihr voll und ganz vertrauen, sowie gleichbleibende 48 Prozent, die ihr eher vertrauen, lassen auf das Gegenteil schließen. Auf der anderen Seite muss mit einbezogen werden, dass insbesondere die Unterstützung für die Black-Lives-Matter-Proteste in Deutschland bereits im Sommer 2020 ihren Höhepunkt erreichte, bis zum Erhebungszeitpunkt also über ein Dreivierteljahr verging.

Zwar deutlich hinter Bundesverfassungsgericht und Polizei, jedoch immerhin den dritten Platz nimmt der Verfassungsschutz ein. Der Aufstieg im Vergleich zur Erhebung 2019, als er noch den fünften Platz einnahm (mit 13 Prozent der Befragten), ist dennoch erheblich. 23 Prozent vertrauen ihm nun stark. Dieser Vertrauenszuwinn um rund 10 Prozentpunkte ist beträchtlich, keiner anderen der abgefragten deutschen Institutionen gelingt eine vergleichbare Verbesserung. Zwar sagt mit 23 Prozent fast jede\*r Vierte, dass sie\*er dem Verfassungsschutz insgesamt misstraut, doch davon geben nur 3 Prozent der Befragten an, ihm stark zu misstrauen. Zum Vergleich: 2019 waren dies noch 7 Prozent. Selbst die Personen, die angaben, bei der nächsten Landtagswahl die AfD wählen zu wollen, verteilen sich trotz Einstufung der gesamten Partei als rechts-extremistischer Verdachtsfall auf Bundesebene und der Beobachtung des offiziell aufgelösten, völkisch-nationalistischen „Flügels“ durch die niedersächsische Behörde überraschend über das gesamte Antwortspektrum. 31 Prozent äußerten sich stark bis eher misstrauend, 69 Prozent schilderten ein eher bis stark ausgeprägtes Vertrauen. Zum Vergleich: Bei der Erhebung für

(Hrsg.): Glossar für diskriminierungssensible Sprache, 28.02.2017, URL: <https://www.amnesty.de/2017/3/1/glossar-fuer-diskriminierungssensible-sprache> [eingesehen am 11.05.2021].



Abbildung 22: Vertrauen in die Polizei nach politischer Selbstverortung



Abbildung 23: Vertrauen in den Verfassungsschutz nach politischer Selbstverortung

den NDM 2019 gaben noch jeweils etwas mehr als ein Drittel der AfD-Wähler\*innen an, dem Verfassungsschutz eher oder stark zu misstrauen bzw. ihm weder zu vertrauen noch ihm zu misstrauen, nur rund 26 Prozent vertrauten der Behörde eher bis stark.<sup>27</sup> Schauen wir statt der Wahlabsicht auf das Vertrauen, klärt sich das Bild ein wenig auf:

<sup>27</sup> Allerdings kann diese Beobachtung nur sehr vorsichtig interpretiert werden, da insgesamt nur 17 Personen des NDM 2021-Samples angaben, bei der Landtagswahl 2022 die AfD wählen zu wollen oder sie bei der Landtagswahl 2017 gewählt zu haben und nur 16 davon die Frage nach dem Verfassungsschutz beantworteten; beim NDM 2019 waren es immerhin 55 Personen, die die AfD wählen wollen oder gewählt

Es gibt keine einzige befragte Person, die sowohl der AfD als auch dem Verfassungsschutz besonders stark vertraut – während umgekehrt diejenigen, die der AfD am meisten misstrauen, dem Verfassungsschutz besonders hohes Vertrauen entgegenbringen.

Ein Erklärungsversuch für diesen Vertrauenszuschuss könnte lauten, dass der Verfassungsschutz wie auch das Bundesverfassungsgericht als abseits von politischen und gesellschaftlichen Streitereien stehende, neutrale Institutionen wahrgenommen werden, die – insbesondere in krisenbelasteten Zeiten wie während einer Pandemie – für Stabilität stehen. Bereits in der Vertiefungsstudie wurde deutlich, dass die Niedersachsen dazu tendieren, Ordnung und Stabilität als Zeichen einer funktionsfähigen Demokratie aufzufassen, während sie politische Konfliktivität und energischen politischen Streit ablehnen.<sup>28</sup> Dafür, dass hier tatsächlich eine einheitsstiftende Orientierungsschablone gefunden werden konnte, spricht in den vorliegenden Zahlen nicht zuletzt, dass die ausgeprägten Vertrauenswerte für Polizei und Verfassungsschutz weitestgehend unabhängig von der politischen Selbstverortung zu sein scheinen – auch wenn immerhin ein Viertel (25 Prozent) der links Situierten dem Verfassungsschutz misstrauen (sonst 18 bis 22 Prozent). Möglicherweise ist die kritische Behandlung der AfD durch den Verfassungsschutz auch in diesem Lager für ein gesteigertes Vertrauen verantwortlich.

---

haben, 53 von ihnen beantworteten die Frage zum Verfassungsschutz.

**28** In Bezug auf die wichtigsten Elemente der Demokratie offenbaren die Niedersachsen starke Konsenslinien, Anhaltspunkte für mögliche Polarisierungen sind nicht zu finden. Als oberstes demokratisches Prinzip machen sie die Meinungs- und Pressefreiheit aus. Auch optieren sie für umfängliche politische Bildung im Sinne von Vernunft und Ordnung, während sie den leidenschaftlichen Konflikt eher als demokratischen Störfall auffassen.“ Schenke et al.: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 3.

### 3.3 Demokratiezufriedenheit

In der ersten Erhebung des NDM von 2019 wurde eine umfängliche Item-Batterie zur Zufriedenheit mit der Demokratie, zur Zuordnung von Kernelementen der Demokratie aus der Sicht der Bevölkerung („Was gehört zu einer Demokratie dazu?“) sowie zu den Vorteilen und Nachteilen dieser Regierungsform umgesetzt.<sup>29</sup> In der Gesamtschau konnte als entscheidendes Ergebnis festgehalten werden, dass die Bürger\*innen Niedersachsens teils stark divergierende Auffassungen darüber pflegen, was eine Demokratie ausmacht respektive ausmachen sollte. Die Gründe für die Variationen im Demokratieverständnis zu erforschen, nahm sich im Anschluss daran die qualitative Vertiefungsstudie von 2020 vor. Sie kam zu dem Ergebnis, dass sich im Rahmen längerer Gesprächssituationen klare Konsenslinien unterhalb der spontanen Assoziationen herauskristalisieren: Die Niedersachsen insistieren primär auf eine uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit, die durch rational und technokratisch organisierte politische Prozesse gestützt sowie durch breite politische Bildung flankiert wird. Den politischen Interessenkonflikt, gar den leidenschaftlichen Streit fassen sie demnach hingegen eher als Störfall demokratischer Harmonie auf.<sup>30</sup>

Da das im NDM 2019 zutage geförderte Assoziationsspektrum zum Demokratiebegriff mithilfe der 2020 rekonstruierten Deutungsmuster aus Sicht der Autor\*innen zufriedenstellend erhellt werden konnte, haben wir für diesmal – auch aus Kostengründen – auf eine modifizierte und verkürzte Fragenbatterie gesetzt.<sup>31</sup> Um über einen Vergleichsmaßstab zu verfügen, ermittelten wir auch diesmal die allgemeine Zufriedenheit

---

**29** Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 41–50.

**30** Schenke et al.: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 2 f. sowie S. 66–82.

**31** Den frei gewordenen Platz nutzten wir für die Einfügung des Themenschwerpunkts zur Corona-Krise. Da die Dokumentation von Längsschnitt-Tendenzen ein Ziel des NDM ist, werden detailliertere Items zum Demokratiebegriff freilich wieder Gegenstand künftiger Erhebungen sein.

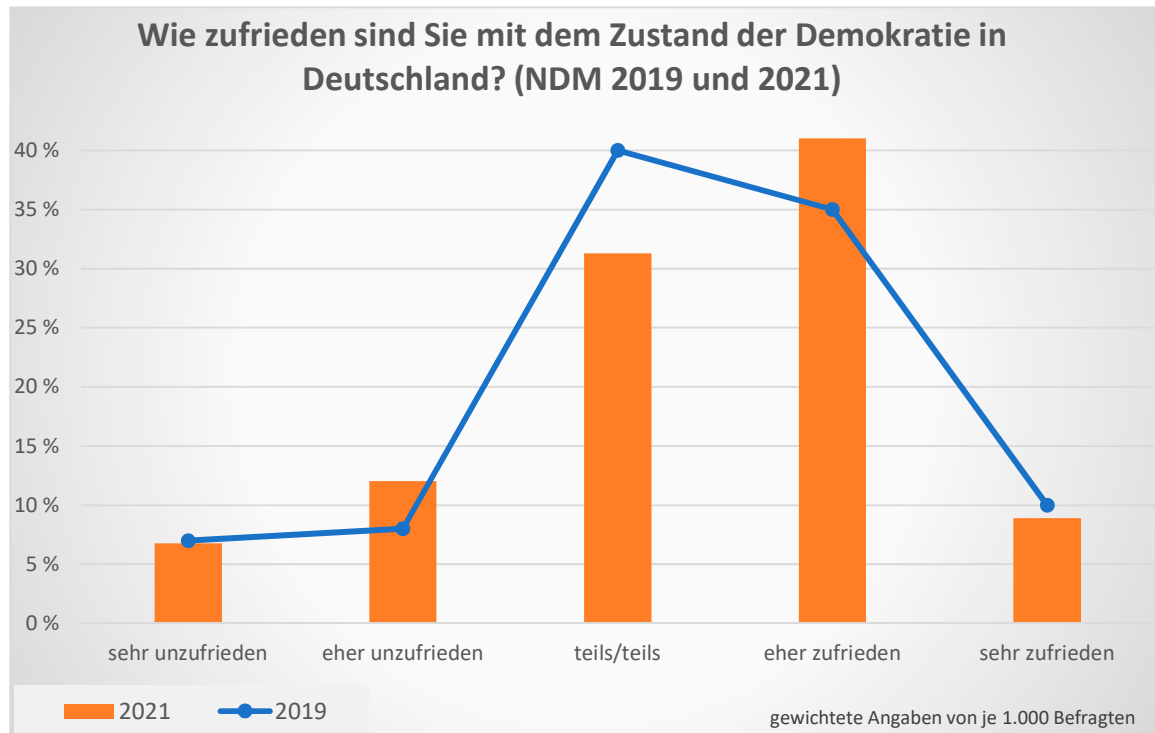


Abbildung 24: Demokratiezufriedenheit im Vergleich

mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland. Hier zeigt sich aktuell genau die Hälfte der befragten Niedersachsen zufrieden (50 Prozent): 9 Prozent sehr und 41 Prozent eher. Ihnen stehen 12 bzw. 7 Prozent gegenüber, die eher bzw. sehr unzufrieden sind. Ein knappes Drittel von 31 Prozent steht dieser naturgemäß allgemein gehaltenen Frage unentschieden gegenüber. Allerdings zeigt Abbildung 24 auch noch etwas Anderes: der Anteil der Befragten, die eher unzufrieden sind, ist auch gestiegen. Wir sehen derzeit also nicht nur mehr Zufriedene mit der Demokratie, sondern auch mehr Unzufriedene.

Verglichen mit den Resultaten der ersten Erhebung des NDM von 2019 (45 Prozent eher bis sehr zufrieden, 40 Prozent Unentschiedene, 15 Prozent Unzufriedene) bewerteten die Befragten den Zustand der Demokratie in Deutschland zwar etwas günstiger als noch vor zwei Jahren, allerdings ist die Demokratiezufriedenheit in manchen ostdeutschen Bundesländern in den letzten drei Jahren sogar noch stärker gewachsen: 2020 waren 68 Prozent der Bürger\*innen

Thüringens (2018: 55 Prozent<sup>32</sup>) und 62 Prozent der Bürger\*innen Sachsen-Anhalts (2018: 41 Prozent<sup>33</sup>) eher bis sehr zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert.<sup>34</sup> In Kapitel 3.5. werden wir uns vertieft damit beschäftigen, inwieweit auch in Niedersachsen regionale Muster bei der Unterstützung der Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie zu finden sind.

<sup>32</sup> Vgl. Reiser et al.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen, S. 79.

<sup>33</sup> Vgl. Holtmann et al.: Sachsen-Anhalt-Monitor 2018, S. 63.

<sup>34</sup> Vgl. Reiser et al.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen, S. 60 sowie Holtmann, Everhard/Jaack, Tobias/Völkl, Kerstin: Sachsen-Anhalt-Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt. 30 Jahre Deutsche Einheit, Halle-Wittenberg 2020, S. 96.

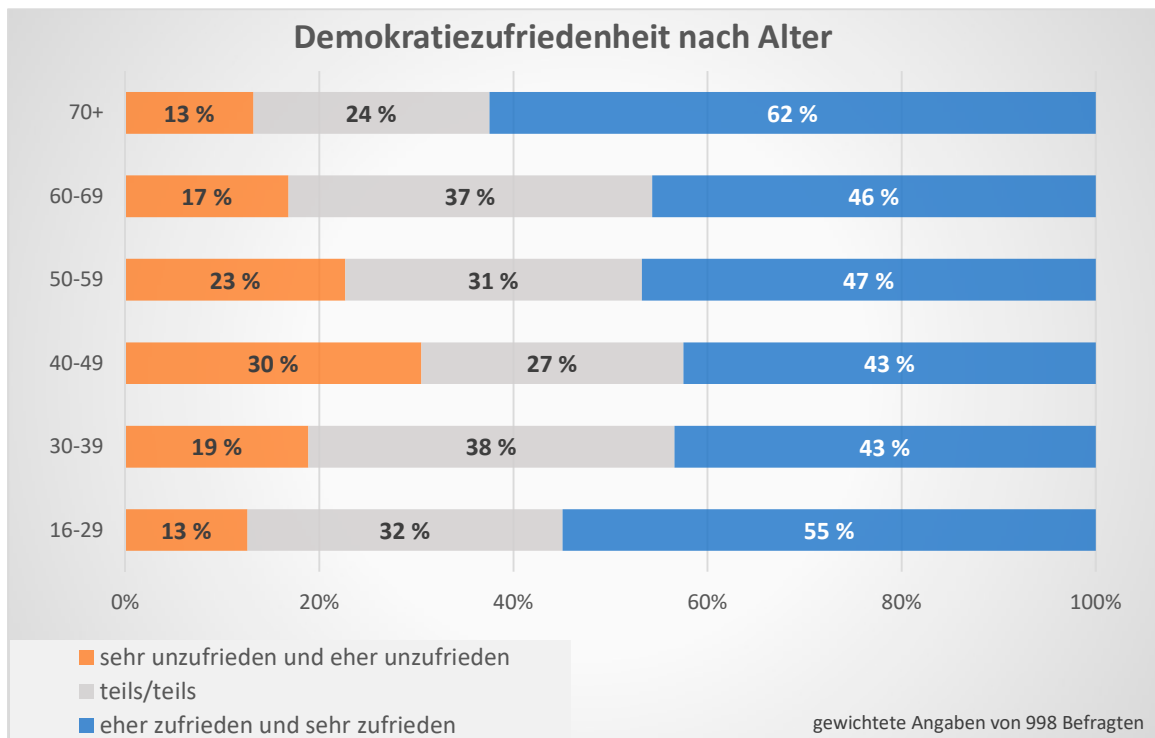


Abbildung 25: Demokratiezufriedenheit nach Alter

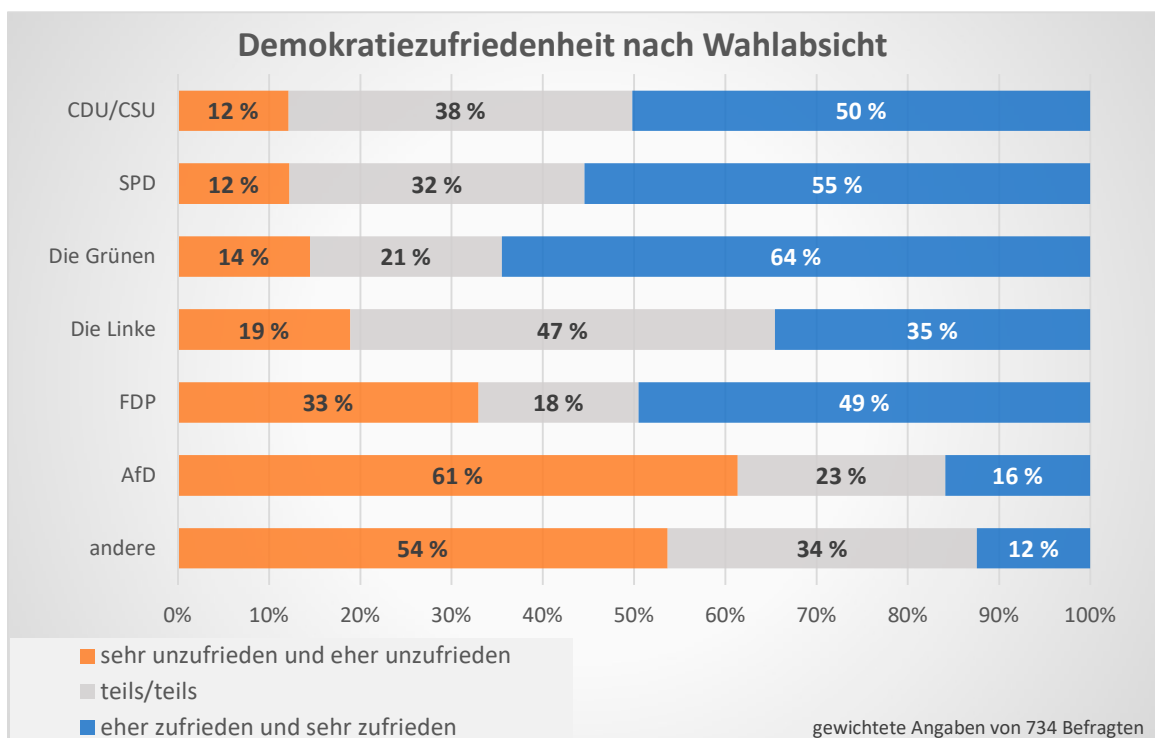


Abbildung 26: Demokratiezufriedenheit nach Wahlabsicht

### 3.4 Verschwörungsglaube

Ähnlich wie schon im NDM 2019 festgestellt, zeigt sich auch ein signifikanter Anteil der niedersächsischen Landesbevölkerung anfällig für Verschwörungsglaube. Um dies zu erheben, wurden den Interviewten drei Fragen zum Thema gestellt. Stimmen sie den Aussagen eher zu oder lehnen sie ab, dass die staatlichen Behörden alle Bürger genau überwachen; dass Ereignisse, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung zu stehen scheinen, oft das Ergebnis geheimer Aktivitäten sind; und dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben?

tivitäten vermuten lassen (28 Prozent). Jeweils 9 Prozent stimmen diesen Aussagen gar voll und ganz zu. Es sind sogar fast 40 Prozent, die befürchten, dass geheime Organisationen großen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, 15 Prozent davon äußern volle Zustimmung zu dieser Aussage.

In Bezug auf die Zustimmungswerte unterscheiden sich unsere Zahlen kaum von unserer Erhebung vor zwei Jahren.<sup>35</sup> Das heißt, der Anteil der Personen in Niedersachsen, die zu Verschwörungen neigen, ist konstant geblieben. Dieser Befund ist durchaus bedenklich, da er demonstriert, dass bisherige Aufklärungskampagnen gegen Verschwörungstheorien unzureichend waren und

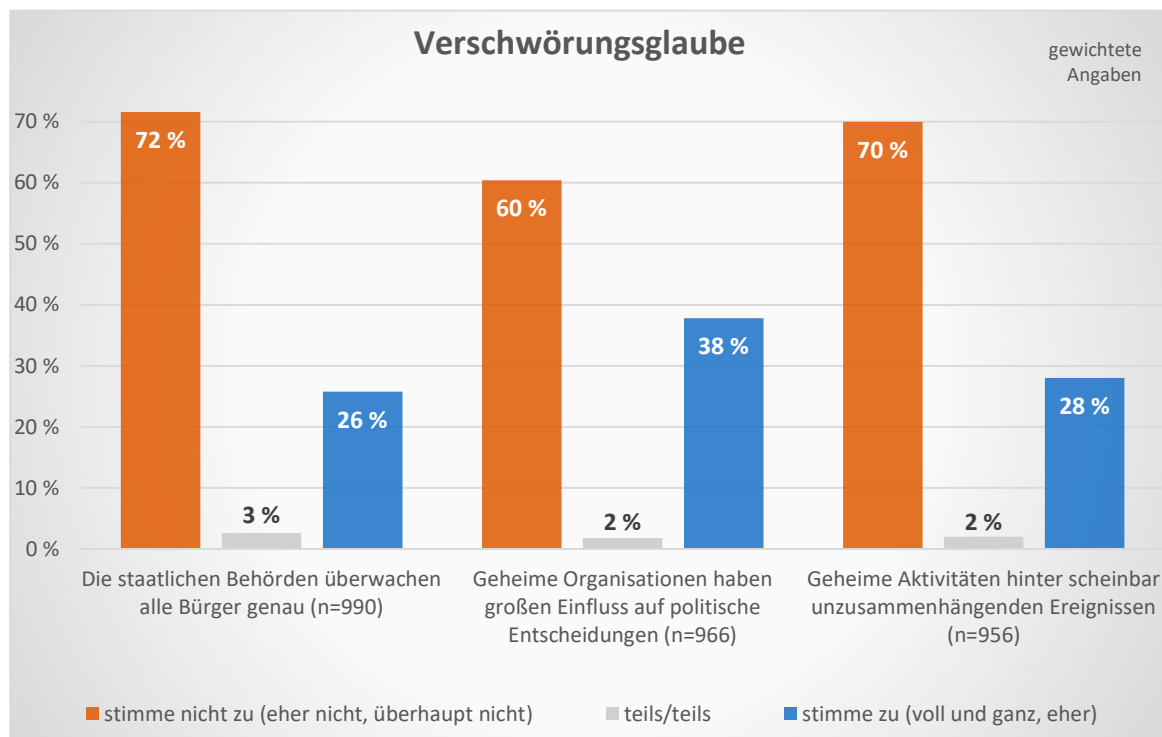


Abbildung 27: Verschwörungsglaube

Die Ablehnung bezüglich dieser Items überwiegt über das Sample hinweg insgesamt deutlich, dennoch wählten rund zwei Drittel der sich ablehnend Positionierenden nicht die „stimme überhaupt nicht zu“-Antwortkategorie, sondern die nur eine Tendenz andeutende „stimme eher nicht zu“-Antwort. Mehr als jede\*r vierte Befragte befürchtet, dass die staatlichen Behörden die Bevölkerung überwachen (26 Prozent) und auch, dass sich hinter scheinbar unzusammenhängenden Ereignissen in Wahrheit geheime Ak-

keinen wirklichen Effekt zeigten. Andererseits ist dieser Wert auch nicht gestiegen. Zudem zeigen sich bei allen drei Items sehr hohe Ablehnungswerte von 60 Prozent bis 72 Prozent. Der Großteil der niedersächsischen Bevölkerung erscheint somit schon auf abstrakter Ebene immun gegen Verschwörungstheorien.

<sup>35</sup> Vgl. Marg et al.: NDM 2019, S. 31.

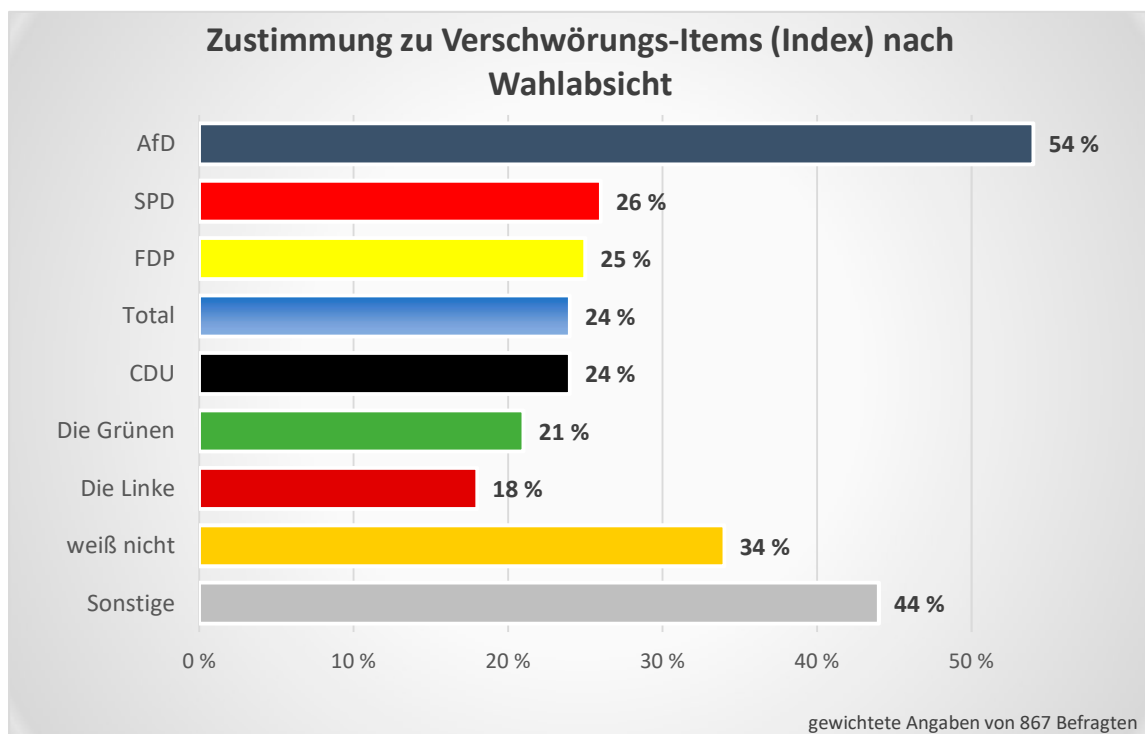


Abbildung 28: Zustimmung zu Verschwörungs-Items nach Wahlabsicht

Bezieht man die Parteineigung der Befragten mit ein, zeigt sich, dass vor allem Wähler\*innen der Linken und der Grünen eine hohe Resilienz gegenüber Verschwörungsglauben aufweisen; fasst man alle drei Fragen zu einem Index zusammen,<sup>36</sup> zeigt sich, dass 82 Prozent der Linke- und 80 Prozent der Grünen-Wähler\*innen die Items insgesamt ablehnen. Bei der Frage nach unabhängigen Ereignissen, die Ergebnis geheimer Aktivitäten seien, zeigen sich Linke-Wähler\*innen jedoch mit 54 Prozent Ablehnung und 42 Prozent Zustimmung als einzige Gruppe fast zweigeteilt. Der Trend zur Polarisierung zeigt sich übrigens über die Wähler\*innenschaft aller Parteien hinweg auch bei diesen Fragen eindeutig.

<sup>36</sup> Der Verschwörungs-Index, der aus den drei eingangs genannten Fragen gebildet wurde, besteht aus zwei Ausprägungen, zum einen „lehne eher und voll und ganz ab“ sowie zum anderen „stimme eher und voll und ganz zu“. Wie schon im NDM 2019 wurden all jene Befragten letzterer Ausprägung zugeordnet, wenn sie bei mindestens zwei von drei Fragen angegeben haben, der Aussage eher oder voll und ganz zuzustimmen. Die wenigen Befragten (zwischen 1 und 3 Prozent), die mit „teils/teils“ antworteten, wurden ausgeschlossen.

Insgesamt betrachtet zeigen sich fast alle Wähler\*innengruppen prinzipiell distanziert zu den Verschwörungs-Items, die Wähler\*innen der SPD liegen mit 74 Prozent Ablehnung nur sehr knapp hinter CDU und FDP. Auch die mit 21 Prozent des Samples verhältnismäßig große Gruppe der noch unentschlossenen Wähler\*innen zeigen sich mit 66 Prozent ablehnenden Äußerungen vergleichsweise resilient gegenüber Verschwörungstendenzen. Deutliche Distanz zu den anderen Parteien weisen hingegen die Befragten auf, die angaben, bei der Landtagswahl 2021 entweder die AfD oder keine der etablierten Parteien wählen zu wollen.<sup>37</sup> Die Zustimmung zu allen drei Aussagen ist unter den AfD-Wähler\*innen am höchsten, insbesondere bei der Frage, ob staatliche Behörden die Bevölkerung überwachen, stehen sie mit 71 Prozent Zustimmung deutlich hervor (der nächsthöhere Wert ist jener der unentschlossenen Wähler\*innen, die zu immerhin 31 Prozent diese Befürchtung teilen).

<sup>37</sup> Zu den von den 18 Befragten genannten Parteien, die unter „andere“ fallen, gehören das Bündnis C, Die PARTEI, Die Grauen Panther, Freie Wähler, MPD, Piratenpartei, Team Todenhöfer, Tierschutzpartei, eine Wählergemeinschaft, die Basis und die ÖDP.

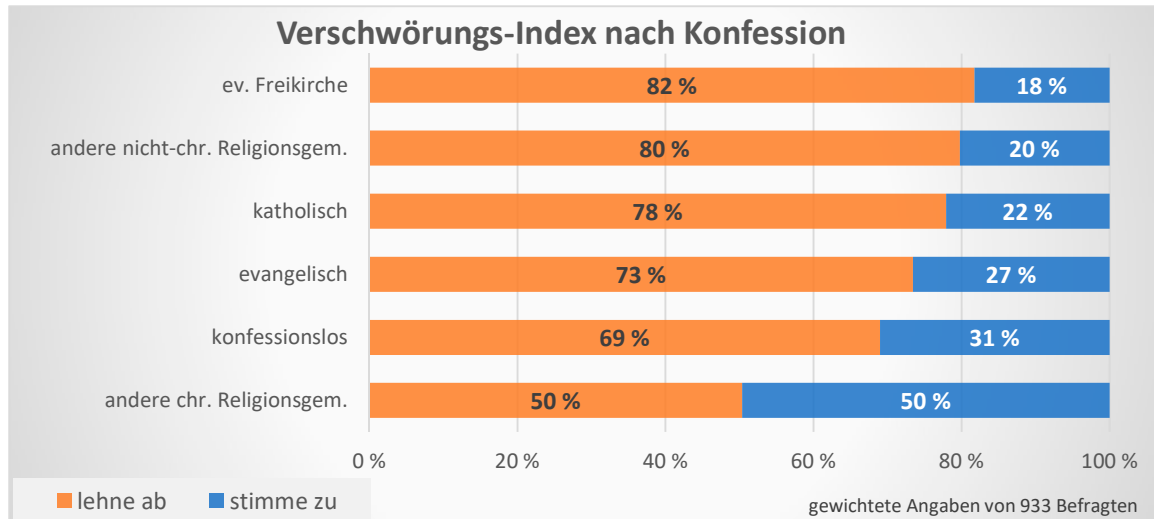


Abbildung 29: Verschwörungs-Index nach Konfession

Für eine nähere Betrachtung der Zustimmung und Ablehnung der Verschwörungs-Items bieten sich stets Konfession sowie soziodemographische Merkmale wie Alter, Bildungsstand und Geschlecht an. Bezüglich der Konfession fällt auf, dass erneut die konfessionell evangelischen oder katholischen Personen tendenziell seltener zu Verschwörungsglauben neigen. Die Konfessionslosen, die mit ihnen die drei größten Gruppen ausmachen, weisen über alle Fragen hinweg die höchste Zustimmung auf (31 Prozent stimmen den Thesen eher oder voll und ganz zu) – abgesehen von den 15 Mitgliedern anderer christlicher Religionsgemeinschaften, von denen die Hälfte den Fragen eher oder voll und ganz zustimmt. Allerdings ist dieser Wert mit Vorsicht zu genießen,

da diese Gruppe, genauso wie die der anderen, nicht-christlichen Religionsgemeinschaften (15 Personen) und jene der evangelischen Freikirchler\*innen (32 Personen), in unserem Sample zu klein ausfällt, als dass ihre Ergebnisse belastbar interpretierbar wären. Dennoch ein paar einordnende Sätze: Im Gegensatz zur Erhebung von 2019 stimmen nicht mehr 31 Prozent der Freikirchler\*innen voll und ganz der Aussage zu, dass der Staat die Bürger\*innen überwache, bei der aktuellen Erhebung waren es mit 12 Prozent deutlich weniger. Über alle drei Fragen hinweg wechseln sich Mitglieder anderer christlicher und nicht-christlicher Religionsgemeinschaften darin ab, die höchsten Zustimmungswerte aufzuweisen. Nur bei der Frage nach staatlicher Überwa-

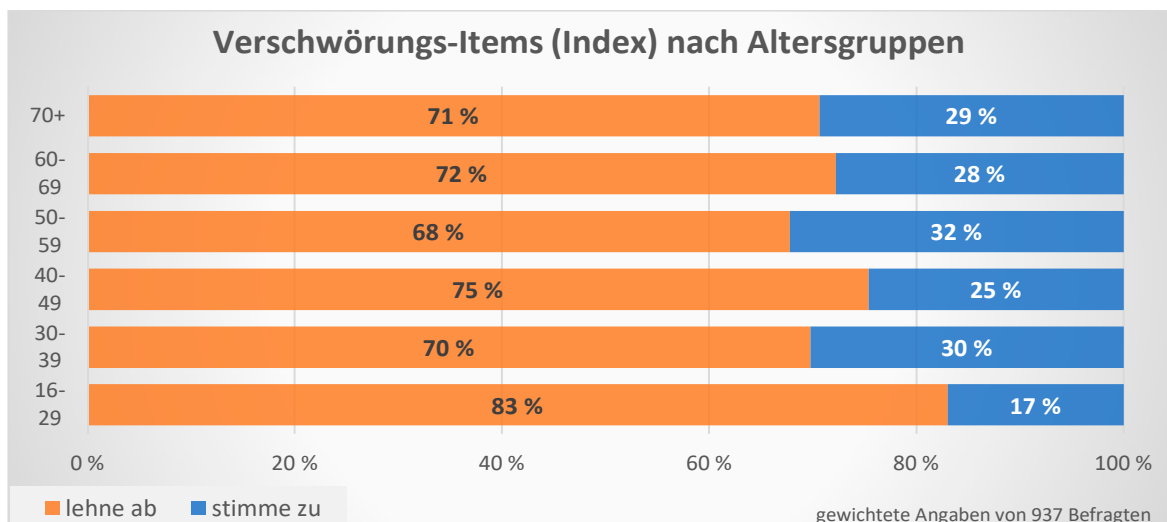


Abbildung 30: Verschwörungs-Index nach Altersgruppen



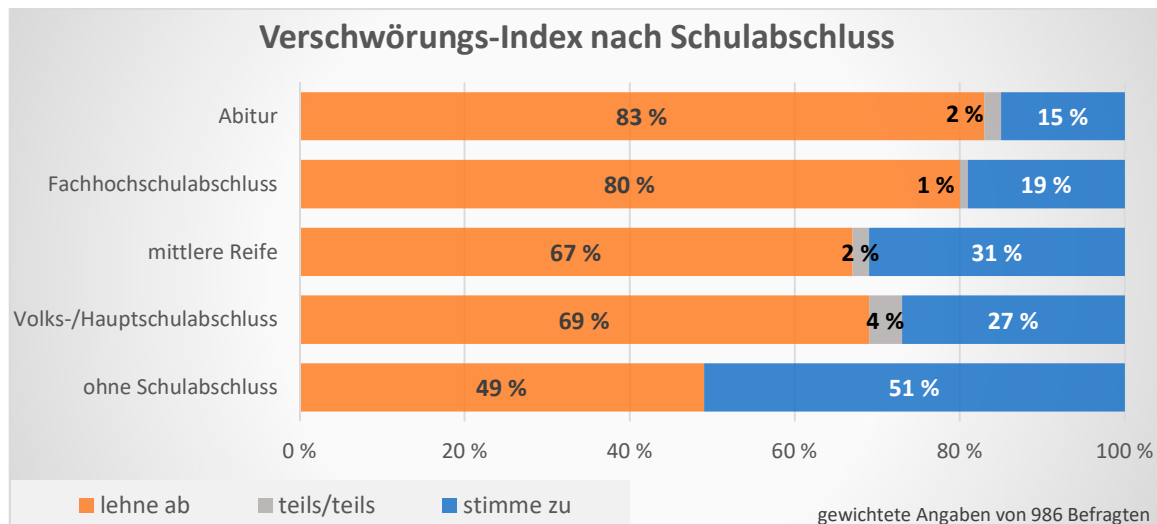


Abbildung 31: Verschwörungs-Index nach Schulabschluss

chung stimmen lediglich 2 Prozent der Mitglieder anderer nicht-christlicher Religionsgemeinschaften voll und ganz zu, mit Abstand der niedrigste Zustimmungswert (auf Platz 2 folgen die evangelischen Befragten mit 8 Prozent).

Bei den verschiedenen Altersgruppen fallen die 16 bis 29 Jahre alten Befragten mit der ausgeprägtesten Ablehnung der Verschwörungsglaube-Items auf; alle drei Fragen zusammengekommen, lehnen 83 Prozent die Thesen ab. Die größte Zustimmung findet sich in der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen.

Bezüglich des Bildungsstandes ist die Tendenz zu erkennen, dass je höher der Bildungsabschluss ist, desto geringer die Zustimmung zu den drei Fragen ausfällt. 83 Prozent der Personen mit Abitur lehnen die Verschwörungs-Items tendenziell ab, dagegen sind es in der Gruppe der Personen ohne Abschluss nur 49 Prozent. Eine Umkehr findet sich nur bei jenen mit Volks- oder Hauptschulabschluss und jenen mit mittlerer Reife bzw. Realschulabschluss: Erstere äußern häufiger Ablehnung als letztere, auch wenn beide sich über alle drei Fragen hinweg nur marginal unterscheiden. Bei feinerer Betrachtung und unter Einbezug nicht nur des Schulabschlusses, sondern auch der Berufsausbildung lassen sich grob drei Gruppen ausmachen: Jene mit (Fach-)Abitur und entweder einer abgeschlossenen Ausbildung, einem abgeschlossenen Studium oder beidem, bei denen zwischen 82 und 85 Prozent der Befragten Ablehnung äußern; eine mit zwischen 62 und 73 Prozent Ablehnung

etwas breiter gestreute Gruppe mit oder ohne Berufsausbildung und entweder mittlerer Reife oder einem Hauptschulabschluss; und schließlich jene mit (Fach-)Abitur, aber ohne Ausbildung oder Studium sowie jene ohne Abschluss, die jeweils mit lediglich 54 und 35 Prozent Ablehnung der Items das Schlusslicht bilden.<sup>38</sup>

Bezogen auf das Geschlecht sieht es – wie auch schon vor zwei Jahren zu beobachten – auf den ersten Blick so aus, als würden Männer einen tendenziell stärker ausgeprägten Verschwörungsglauben aufweisen als Frauen. Ihre vollkommene Zustimmung zu den drei Fragen fällt zwischen drei und fünf Prozentpunkte höher aus als die der befragten Frauen – ein Bild, das sich jedoch umkehrt, wenn die „stimme eher zu“- bzw. die ablehnenden Antwortkategorien betrachtet werden. Betrachtet man die Geschlechterverteilung für den o. g. Verschwörungs-Index, zeigt sich, dass Frauen insgesamt eine leicht ausgeprägtere Affinität zu den drei Thesen aufweisen. Auch hier liegt die Differenz jedoch lediglich bei 2,5 Prozentpunkten – insgesamt kann somit zwar gesagt werden, dass leichte Unterschiede feststellbar sind, beide aber tendenziell eine ähnliche Verteilung haben.

<sup>38</sup> Dazu muss jedoch gesagt werden, dass die drei Gruppen zahlenmäßig unterschiedlich stark vertreten sind: Zu ersterer gehören 450 der Befragten, zu zweiter 524 und in die dritte Gruppe nur insgesamt 22 Personen, von denen 12 keinen Abschluss haben.

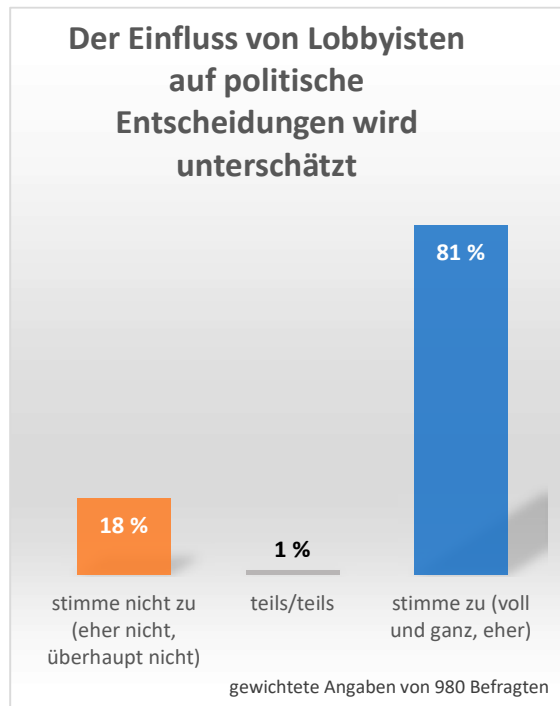


Abbildung 32: Der Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungen wird unterschätzt

Im Rahmen unserer im Wechsel mit der quantitativen Erhebung erfolgenden qualitativen Vertiefung war eine wichtige Erkenntnis, dass es ein ungebrochen starkes Institutionenvertrauen gibt (s. auch den Abschnitt zu Vertrauen in dieser Stu-

die). Die gesellschaftlichen und politischen Missstände, die unsere Fokusgruppenteilnehmer\*innen ansprachen, wurden häufig auf das Wirken mächtiger Personen zurückgeführt, die ausschließlich ihre der Gesamtgesellschaft und dem politischen System schadenden Wirtschaftsinteressen verfolgten. Um diese Wahrnehmung, auf die in der Diskussion schnell die Versicherung folgte, man glaube nicht an Verschwörungen, erfassen zu können, wurden die drei bereits behandelten Verschwörungs-Items für diese Erhebung um ein weiteres ergänzt. Denn als stark emotional diskutierte, wenn auch nur auf mehrfache Nachfrage näher definierte Stellvertreter für diese zerstörerischen Wirtschaftsinteressen wurden in der Regel „Lobbys“ benannt. Zwar folgte auf Nachfrage bei den Diskussionsteilnehmer\*innen oft der differenzierende Nachschub, dass es durchaus nicht nur negativ einzuordnende Lobbys bzw. Lobbyist\*innen gebe. Dennoch schien der erste Impuls stets eine negative Assoziation. Wir fragten bei der diesjährigen Erhebung die Interviewten also zusätzlich, wie sehr sie der Aussage zustimmen, dass der Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungen häufig unterschätzt werde. Wenig überraschend erfährt dieses Item am meisten Zustimmung; insgesamt 81 Prozent aller Befragten stimmen dieser Aus-

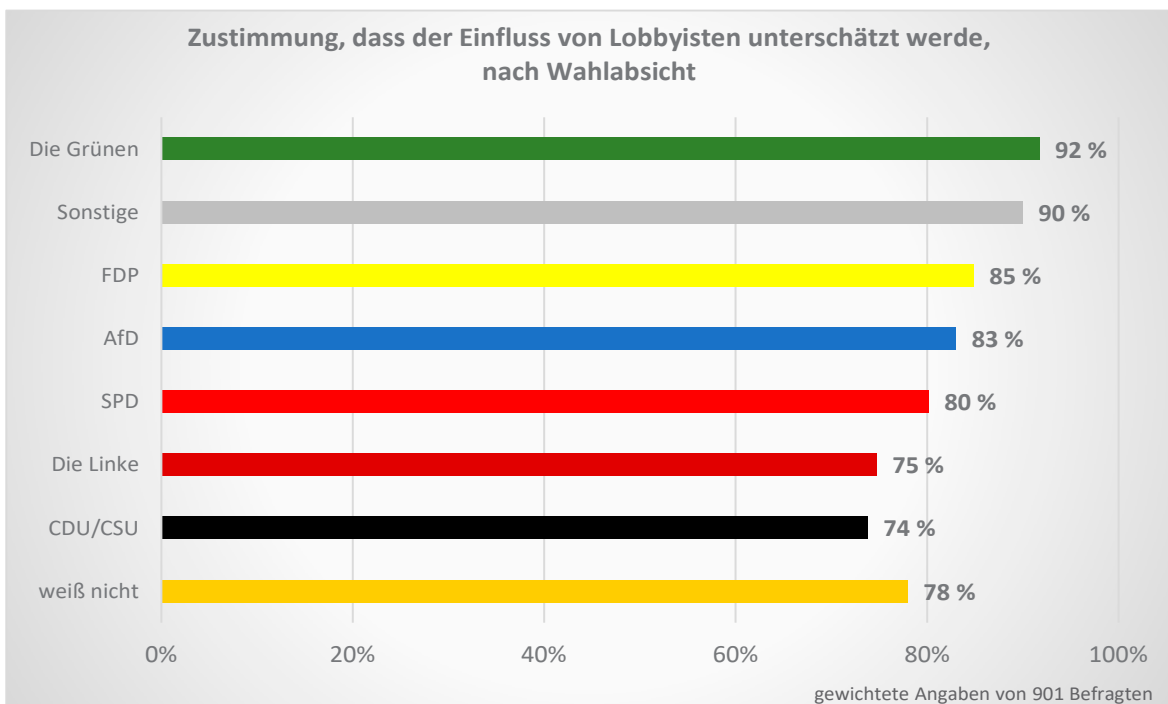


Abbildung 33: Zustimmung, dass der Einfluss von Lobbyisten unterschätzt werde, nach Wahlabsicht

sage eher oder voll und ganz zu. Besonders hoch ist die Zustimmung zu dieser These bei den Befragten mit Abitur (89 Prozent gegenüber Personen mit Fachhochschul- oder mittlerer Reife mit 80 Prozent an zweiter Stelle) sowie bei Befragten, die angaben, bei der nächsten Landtagswahl die Grünen (mit 92 Prozent über den mit 85 Prozent drittplatzierten FDP-Wähler\*innen) oder eine andere Partei (90 Prozent) wählen zu wollen.

### 3.5 Regionale Unterschiede im Demokratierückhalt

Eine Besonderheit unseres Demokratiemonitors ist, dass wir auch regionalen Unterschieden innerhalb eines Bundeslandes nachgehen. So haben wir 2020 in der qualitativen Studie gezielt verschiedene Regionen adressiert und vertieft studiert – nämlich einmal in einem maximal kontrastiven Vergleich zwischen den Großregionen Weser-Ems und Braunschweig bezüglich der Wahl der Partei AfD sowie einer zufälligen Auswahl aus Einwohner\*innen der vier Städte Oldenburg, Osnabrück, Braunschweig und Salzgitter. Die erwarteten Unterschiede fielen allerdings vergleichsweise gering aus.<sup>39</sup>

Wir haben uns dieses Jahr noch einmal regionale Unterschiede vertieft angeschaut. Von großem Interesse sind für uns Einstellungen zur repräsentativen Demokratie. Auch Personen, die in der Wahlbefragung etablierte Parteien unterstützen, stimmen nicht zwangsläufig allen Aspekten einer repräsentativen Demokratie zu. Dies offenbart dann ein politisch-kulturelles Deutungsmuster, das bei Auftreten einer Krise grundsätzlich ein Einfallstor für demokratieskeptische Einstellungen sein kann oder einen Resonanzboden für Personen und Parteien mit demokratieskeptischen Einstellungen bildet. Die Maßgaben des Datenschutzes erschweren zwar die Identifikation sehr spezifischer Regionen, nichtsdestotrotz können wir anhand einer Grobeinteilung der Postleitzahlengebiete überprüfen, ob es ganz grundsätzlich überhaupt sol-

che unterschiedlichen Deutungsmuster geben könnte. Unser Befund im Jahr 2021 ist: Es gibt solche regionalen Unterschiede.

Die hier berichteten Ergebnisse orientieren sich an einem sehr einfachen Indikator: der Summe aus der Zustimmung zur Aussage „Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig“ und der Zustimmung zur Aussage „Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar“.<sup>40</sup> Für das Funktionieren einer repräsentativen Demokratie sind beide Dinge uneingeschränkt notwendig. Wir erwarteten daher keine großen Unterschiede in den Summenwerten. Abweichungen von der „vollen“ Punktzahl sind ein hartes Indiz dafür, dass hier Deutungsmuster und persönliche Überzeugungen existieren, die im Krisenfall anfällig für demokratieskeptische Haltungen sein können.<sup>41</sup> Wir folgen dabei Überlegungen, die seit Jahrzehnten in der empirischen Demokratieforschung etabliert sind. So argumentiert Juan Linz, dass es nicht die Personen mit offenen Anti-System-Haltungen sind, die eine Demokratie gefährden, sondern die „semi-loyalen“ Personen, die im Zweifel unentschlossen zwischen Befürwortung der repräsentativen Demokratie und einer Einschränkung oder gar einer Autokratie sind.<sup>42</sup> Dieser Befund gilt nach wie vor.<sup>43</sup> Dar- aus lässt sich schlussfolgern, dass Abweichungen

<sup>39</sup> Vgl. Schenke et al.: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen.

<sup>40</sup> Wir haben auch komplexere und statistisch aufwendigere Varianten geprüft, die aber im Wesentlichen die Ergebnisse des einfachen Indikators bestätigen.

<sup>41</sup> Die „volle“ Punktzahl von 8 ergibt sich aus den Antworten „voll und ganz“ auf die Fragen, ob den folgenden Aussagen „Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig“ und „Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar“ zugestimmt würde. Hierfür wurde jeweils der Wert „4“ vergeben, so dass sich der Gesamtwert 8 ergibt. Für die Antwort „überhaupt nicht“ wurde der Wert „null“ angesetzt. Werte zwischen 0 und 8 ergeben sich aus den Teilzustimmungen.

<sup>42</sup> Vgl. Linz, Juan: *The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown and Reequilibration. An Introduction*, Baltimore 1978.

<sup>43</sup> Vgl. Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel: *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München 2018.

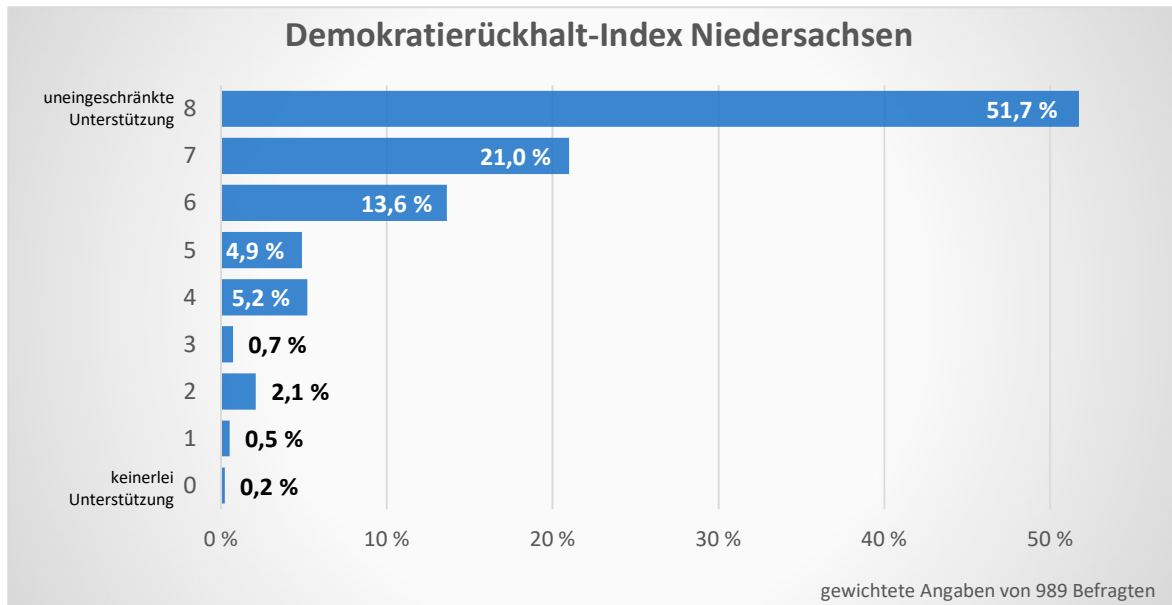


Abbildung 34: Demokratierückhalt-Index Niedersachsen (gewichtete Ergebnisse; 989 Befragte). Erläuterung der Werte in Fußnote 41.

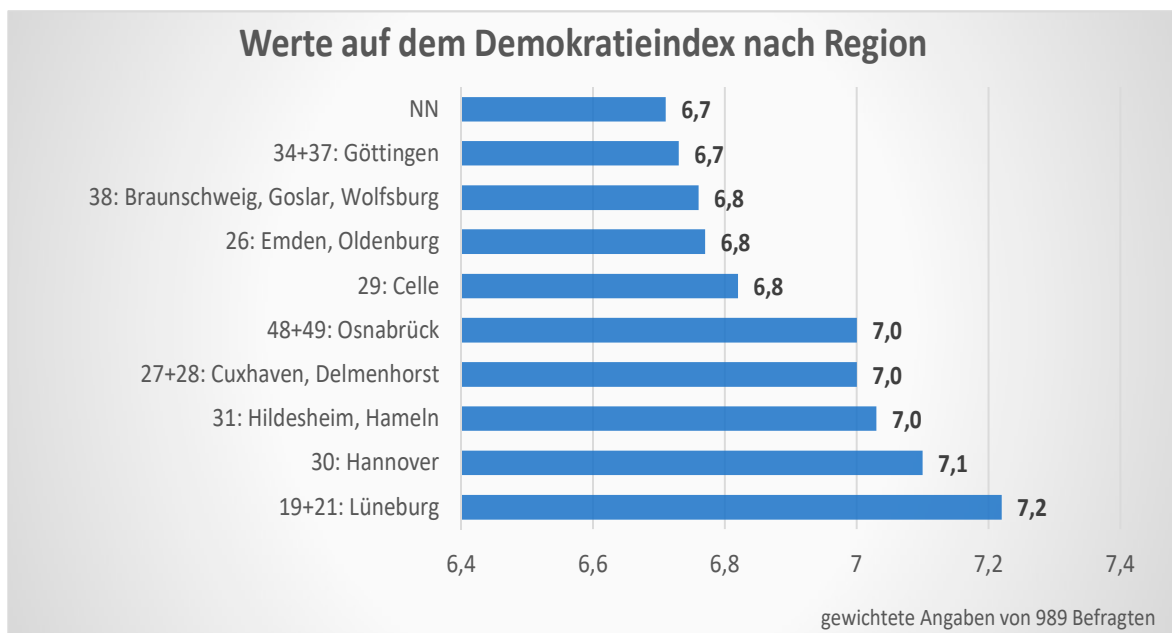


Abbildung 35: Werte auf dem Demokratieindex nach Region (gewichtete Ergebnisse; 989 Befragte)

von der vollen Punktzahl nicht direkt auf eine anti-demokratische Gesinnung hinweisen, aber ein Hinweis darauf sind, wer verbalen Angriffen auf die repräsentative Demokratie (nicht) entschieden entgegnet.

Auf den ersten Blick unterscheiden sich die Mittelwerte in den Regionen kaum. Hohe Werte über 6 Punkte bedeuten bei einer Maximalskala bis 8 einen klaren Rückhalt für die repräsentative Demokratie – und in allen Regionen Niedersach-

sens wird dieser Wert überschritten. Allerdings geht es für uns hier um die Mikroabweichung. Auf individueller Ebene sind es – gewichtet – 13,66 Prozent der Befragten, die Werte unter 6 aufweisen. Ab einem Wert von 5 oder weniger hat eine befragte Person mindestens einmal nicht positiv geantwortet auf die beiden oben skizzierten Fragen zur Wichtigkeit und Notwendigkeit von Parteien und Opposition. Diese Personengruppe weist annahmegemäß ein hohes Po-

tenzial für eine Gegnerschaft zur repräsentativen Demokratie auf. Im Umkehrschluss heißt dies aber auch, dass ca. 86 Prozent der Befragten in Niedersachsen grundsätzlich die Kernelemente der repräsentativen Demokratie befürworten.

Für die Gruppe derjenigen Befragten, die eine Antwort bezüglich des Postleitzahlenggebietes ihres Wohnortes verweigerten, sind die Werte am niedrigsten. Wir gehen davon aus, dass es sich um Befragte handelt, die aufgrund ihrer allgemeinen politischen Einstellung ein solches Misstrauen gegen das Umfrageinstitut hegen, dass sie Hinweise auf ihren Wohnort nicht preisgeben mochten. Die Postleitzahlregionen 34, 37 und 38 – alle in Südostniedersachsen beheimatet – unterscheiden sich in ihren Mittelwerten so eindeutig vom Postleitzahlengebiet 19 und 21, dass wir statistisch von einem überzufälligen Zusammenhang sprechen können. Für die Postleitzahlregion 29, für die wir auch niedrige Mittelwerte finden, sind unsere Befunde aufgrund der geringen Fallzahl nicht belastbar.<sup>44</sup>

Die Aussagen, die wir hier treffen, beruhen nicht auf einfachen Mittelwertvergleichen. Wir haben multivariate Regressionsanalysen durchgeführt. Grundsätzlich ist es so, dass Personen mit hohem Bildungsgrad und hohem Haushaltseinkommen keine Abweichungen aufweisen, Personen mit niedrigerem sozio-ökonomischem Status hingegen schon. Dies wirkt sich zum Teil auch auf die regionalen Unterschiede aus, da die Personen aus den reicheren Regionen Niedersachsens die repräsentative Demokratie mit geringen Einschränkungen unterstützen. Aber auch unter Kontrolle des Einkommens, der Bildung, der grundsätzlichen Demokratiezufriedenheit, der eigenen Verortung auf der Links-Rechts-Skala u. v. a. bleibt der regionale Unterschied zwischen der Postleitzahlregion 19+21 (Lüneburg) einerseits und den Regionen 34, 37, 38 (Göttingen, Braunschweig, Goslar, Wolfsburg)

isoliert als erklärender Faktor bestehen.<sup>45</sup> Dieser Befund heißt nicht, dass in diesen Regionen Demokratiefeind\*innen leben. Aufgrund des hohen Aggregatniveaus müssen wir mit spezifischen Schlussfolgerungen vorsichtig sein. Aber die Werte zeigen durchaus, dass es auch in Niedersachsen lokale politische Deutungsmuster gibt, die einen Resonanzboden für demokratiegefährdende Einstellungen liefern können. Und diese Deutungsmuster unterscheiden sich regional – wobei nicht immer der regionale Aspekt statistisch dominiert. Die Region 26 (Emden, Oldenburg) weist zwar keinen hohen Mittelwert auf, unter statistischer Kontrolle für Bildung und Haushaltseinkommen verliert der Wert für die Region allerdings seine Erklärungskraft. Dies gilt aber eben nicht für die Regionen 34, 37 und 38. Ins Auge fällt, dass sich vor allem die Bewertung der Frage nach der Bedeutung der Opposition stabil zwischen den Regionen unterscheidet. Dies gilt auch für die Postleitzahlregion 29 (Celle), bei der wir allerdings vergleichsweise wenige Befragte haben. Andere Regionen, wie das Gebiet 31, sind so künstlich zusammengefasst, dass hier kaum Aussagen möglich sind. Aufgrund unserer bisherigen Studien erwarteten wir vor allem Unterschiede zwischen katholischem Westniedersachsen und protestantischem Ostniedersachsen sowie zwischen Norden und Süden – und hier passt die Aufteilung einigermaßen, um sich in einer Globalbetrachtung der Frage nach regionalen Unterschieden zu widmen.

Bei der fortlaufenden Inspektion der Daten deutet sich an, dass es jenseits der „Himmelsrichtung“ ein regionales Muster gibt, das auf Kausalitäten verweisen kann. Die Werte des Demokratie-Indexes erscheinen umso niedriger, je weiter sich eine Region von den wachstumsstarken und von einem großen Dienstleistungssektor geprägten Zentren entfernt befindet. Die höheren Werte für die Region Lüneburg könnten also schlicht ein Effekt der Nähe zum wirtschaftsstarken

<sup>44</sup> Wir haben wegen unserer Befunde für 2021 die Werte des ersten quantitativen Monitors von 2019 ebenfalls auf dieses regionale Muster hin untersucht. Aufgrund der leicht abweichenden Fragen damals sind die Werte nicht vollkommen vergleichbar. Es zeigen sich die gleichen regionalen Muster, allerdings nicht auf einem nennenswerten Signifikanzniveau.

<sup>45</sup> Die konkreten Ergebnisse für die Regression können bei den Autor\*innen erfragt werden. Es wurde von einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 Prozent ausgegangen, um die signifikanten Ergebnisse zu bestimmen. Tatsächlich erfüllen die regionalen Unterschiede in den meisten Regressionen auch ein Signifikanzniveau von 5 Prozent.

ken Hamburg sein, die niedrigeren Werte in einigen anderen Regionen sich durch die Distanz zu Hamburg, Bremen und Hannover erklären. Dies könnte mit einem Gefühl des zunehmenden Abgehängtseins einhergehen. Diese Hypothese erklärt natürlich nicht vollständig die niedrigen Werte für die Region um Göttingen herum. Für den Raum Braunschweig kennen wir eine lange Tradition extremen Wählens, die sich hier möglicherweise auch in einer lokal verankerten Demokratieskepsis bis heute niederschlägt.<sup>46</sup> Wir sehen es als unseren Auftrag für den anschließenden qualitativen Monitor in 2022 an, diesen regionalen Mustern vertieft nachzuspüren.

### 3.6 Alle in der Mitte? Die ideologische Selbstverortung der niedersächsischen Bevölkerung

Wie in vielen anderen Umfragen üblich haben wir auch nach der Selbstverortung der niedersächsischen Bevölkerung auf einer Links-Rechts-Achse gefragt. Dabei ist es implizit den Befragten überlassen, wie sie die politischen Richtungsbegriffe „links“ und „rechts“ selbst auslegen. Wir wissen aus vorherigen, etablierten Forschungsbefunden, dass die Links-Rechts-Dichotomie auch dann funktioniert, wenn nicht alle das gleiche Begriffsverständnis haben.<sup>47</sup> Diese Dichotomie ist im Sinne

Luhmanns<sup>48</sup> ein generalisiertes Kommunikationsmedium, die eine allgemeine Orientierung und Verständigung über politische Weltansichten ermöglicht. Sowohl die empirische Forschung<sup>49</sup> als auch die politische Philosophie<sup>50</sup> sind sich einig, dass – auf abstrakter Ebene – mit „links“ ein Streben hin zu mehr Gleichheit bezeichnet wird, mit „rechts“ die Befürwortung von Ungleichheit. Je nach gesellschaftlichem und zeitlichem Kontext kann sich damit die Bedeutung von links und rechts in einem politischen System ändern. Zum Beispiel waren im 19. Jahrhundert die Liberalen mit ihrem Eintreten für eine freie Marktwirtschaft gegen die feudalen Strukturen Befürworter von mehr Gleichheit in gesellschaftlichen wie ökonomischen Fragen gleichermaßen, während heute im Zeitalter voll entwickelter Sozialstaaten das Eintreten für einen Ausbau der freien Marktwirtschaft ein Streben hin zu mehr Ungleichheit ist.<sup>51</sup> Zudem können sich mehrere thematische Dimensionen hinter dem Links-Rechts-Begriff verstecken, also zugleich ökonomische, gesellschaftspolitische wie außenpolitische Überlegungen.

nal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin 1989.

- 48 Luhmann, Niklas: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981.
- 49 Lipset, Seymour M. et al.: The Psychology of Voting: An Analysis of Voting Behavior, in: Gardner, Lindzey (Hrsg.): Handbook of Social Psychology 2, Reading 1954, S. 1124–1154, hier S. 1135. „By left we mean advocating social change in the direction of greater equality – political, economic, or social; by right we mean supporting a traditional, more or less hierarchical social order, and opposing change toward greater equality.“ Siehe auch Inglehart, Ronald: The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society, in: Dalton, Russel J. et al. (Hrsg.): Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton 1984, S. 25–69.
- 50 Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 2021.
- 51 Franzmann, Simon T.: Die liberale Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Berlin 2012, S. 155–184.

46 Zur regionalen Verteilung der AfD-Wahlergebnisse in Niedersachsen siehe Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas: Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, FoDEx-Studie Nr. 4, Göttingen 2020, S. 44 f.; zu den historischen Traditionslinien und kulturellen Prägefaktoren für die unterschiedlichen Regionen in Niedersachsen mit einem Fokus auf die Geschichte der radikal rechten Parteien siehe Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars: Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019, S. 37–85.

47 Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter: The Left-Right Schema, in: Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W. (Hrsg.): Continuities in Political Action: A Longitudi-

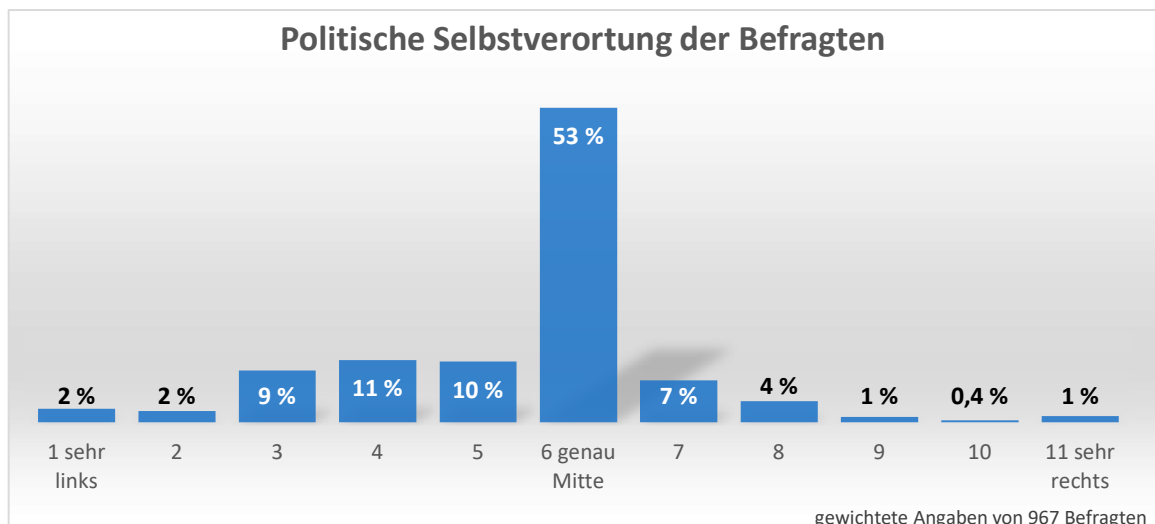


Abbildung 36: Politische Selbstverortung der Befragten

Für Niedersachsen ist in unserer Befragung auffällig, dass sich 2021 eine Mehrheit weder links noch rechts einstufen möchte, sondern sich in der Mitte verortet. Zwar zeigen die vergleichbaren Umfragen stets ein Ergebnis, in der die Mittekategorie dominiert – aber nicht so ausgeprägt wie hier. Wie ist das zu interpretieren? Befindet sich wirklich eine Mehrheit der niedersächsischen Bevölkerung exakt in der politischen Mitte? Oder gilt es in Niedersachsen als sozial erwünscht, sich zur Mitte zu bekennen? Letzteres könnte zum Teil wahr sein. Wir sehen eine klare Verschiebung zugunsten von Positionierungen links der Mitte, während sich rechts der Mitte kaum eine Person noch selbst platzieren will.

Um diesem Phänomen weiter nachzugehen, haben wir sogenannte logistische Regressionen gerechnet, um vertieft zu betrachten, wer sich in der Mitte positioniert. Die logistische Regression ist ein statistisches Verfahren, in dem das zu erklärende Phänomen als abhängige Variable mit 0 und 1 kodiert ist; in diesem Fall kodieren wir die Positionierung in der Mitte – Skalenwert 6 auf einer Links-Rechts-Skala von 1 bis 11 – mit 1, und die Nicht-Positionierung in der Mitte mit 0. Dabei ist es unerheblich, wie weit sich eine Person selbst von der Mitte wegpositioniert. Die Ergebnisse geben dann geschätzte Wahrscheinlichkeiten<sup>52</sup> an,

ob ein entsprechender Faktor dazu führt, dass sich eine Person in der Mitte verortet. Wir haben insbesondere das Vertrauen zu Parteien, die Einschätzung bei einzelnen thematischen Sachfragen, regionale Zugehörigkeit über das grobe Postleitzahlengebiet sowie Bildung und Einkommen als Faktoren berücksichtigt. Wenig überraschend ist es so, dass die Befragten, die der Partei „Die Linke“ ein hohes Vertrauen entgegenbringen, sich seltener in der Mitte positionieren und diejenigen, die der Union vertrauen, sich eher in der Mitte positionieren. Für Grüne und SPD, aber auch die AfD und die FDP, sehen wir 2021 diesen Effekt nicht. Das überrascht dann zum Teil schon, wird die AfD zum Beispiel eindeutig als rechts eingestuft, die FDP meist als Partei der Mitte und SPD und Grüne eindeutig dem Mitte-Links-Spektrum zugeordnet. Bei den allgemeinen politischen Einstellungen fällt auf, dass insbesondere Personen, die eine starke Führung befürworten und Streit als schädlich ansehen, sich eher in der Mitte positionieren. Dies scheint ein Hinweis darauf zu sein, dass die hohe Mitte-Eigeneinstufung auch von Personen betrieben wird, die aus dem Blickwinkel der Politikwissenschaft eher als leicht konservativ eingestuft werden. Bei den Einkommensgruppen sind es lediglich diejenigen mit einem besonders hohen monatlichen Haushaltseinkommen von über 5.500 Euro, die sich nicht in der Mitte positionieren. Das ist ein Hinweis auf ein Phänomen, das wir schon seit Jahrzehnten in der politischen Soziologie kennen:

<sup>52</sup> Im strengen Sinne müssten wir von logarithmierten Odds (dt. Chancen) sprechen.



	Logistische Regression	NDM 2021	NDM 2019
Einfluss Partei nimmt ab	Hohes Vertrauen in CDU		
	Hohes Vertrauen in Linke		
	Hohes Vertrauen in SPD, GB90		
	Regionen Osnabrück - Vechta (katholisches Westniedersachsen)		
Führung	Starke Führung nötig		
	Streit schadet		nicht erhoben
Themen	Anti-EU		nicht erhoben
	Klima wichtiger als Wirtschaft		nicht erhoben
	Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft		nicht erhoben
	Alter <= 25		
	HH-Einkommen <5500		

Abbildung 37: Tabelle: Ausgewählte Ergebnisse einer logistischen Regression auf Mitte-Positionierung (rot: auf 5%-Niveau signifikanter negativer Effekt; grün: auf 5%-Niveau signifikanter positiver Effekt auf die Mitte-Selbstverortung; weiß: kein Effekt)

Personen, die sich selbst der sozio-ökonomischen Mittelklasse zuordnen, stufen sich in ihrer Eigenwahrnehmung als politische Mitte ein, auch wenn sie tatsächlich konservative bis autoritäre Positionen einnehmen.<sup>53</sup> Bei den Alterskohorten ist es lediglich die jüngste bis 25, die sich – wenig überraschend – seltener in der Mitte verortet.

Interessant sind schließlich die Einflüsse der Region und der thematischen Positionierung. Bei den Regionen sind es die Befragten aus den katholischen Gebieten Südwestniedersachsens, bei denen sich die Befragten mit höherer Wahrscheinlichkeit nicht in der Mitte positionieren. Dieser Effekt erhöht sich statistisch sogar, wenn die individuelle Konfession berücksichtigt wird.

<sup>53</sup> Dieses Argument findet sich schon bei Lipset, Seymour M.: Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy, in: The American Political Science Review, Jg. 53 (1959), H. 1, S. 69–105.

Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass in den katholischen Gebieten eine lokale Diskurs- und Deutungskultur existiert, die es – anders als in den protestantisch geprägten Landesteilen – als akzeptabler ansieht, sich auch jenseits der Mitte zu positionieren. Allerdings finden wir diesen Effekt nur in 2021. In unserer Kontrollrechnung für 2019 finden wir diesen regionalen Effekt nicht. Dies liegt aber weniger an den katholischen Gebieten, sondern daran, dass sich in den protestantisch geprägten Gebieten 2019 mehr Personen abseits der Mitte selbstpositioniert haben.

Bei den Themen zeigen sich die gesellschaftspolitischen, aber nicht die ökonomischen Themen als einflussreich. Das unterstreicht noch einmal den Wandel der Links-Rechts-Dimension. Für die Bundestagswahl 2017 konnte noch stärker als für die aktuelle bereits festgestellt werden, dass lediglich die gesellschaftspolitischen, aber nicht mehr die mit Sozialstaat und Wirt-



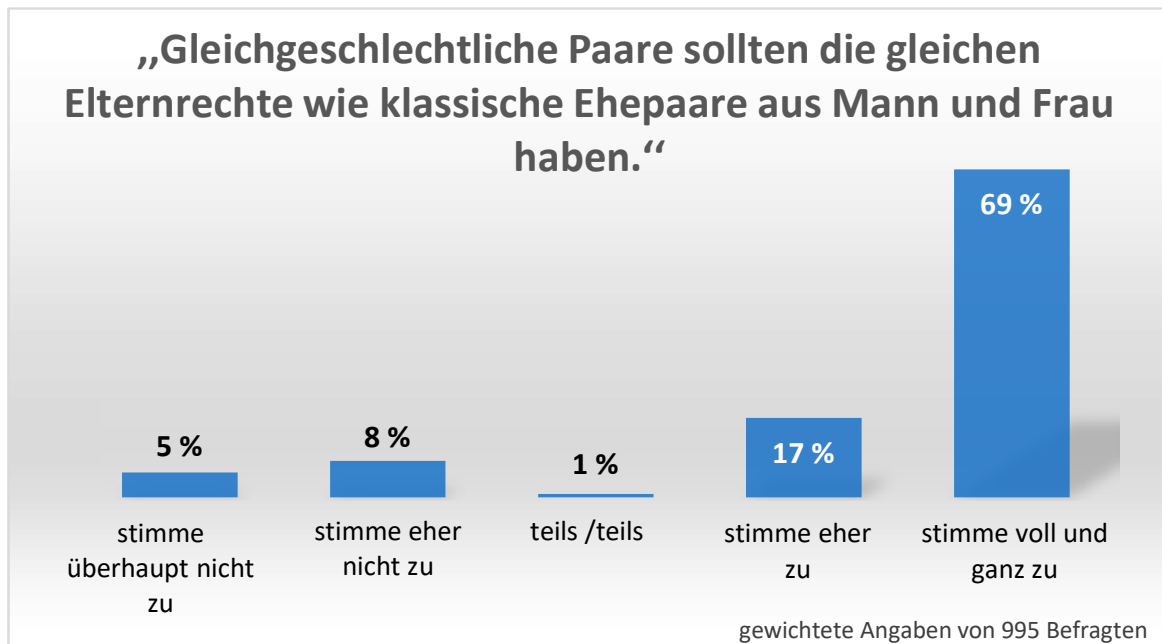


Abbildung 38: Elternrechte für gleichgeschlechtliche Paare

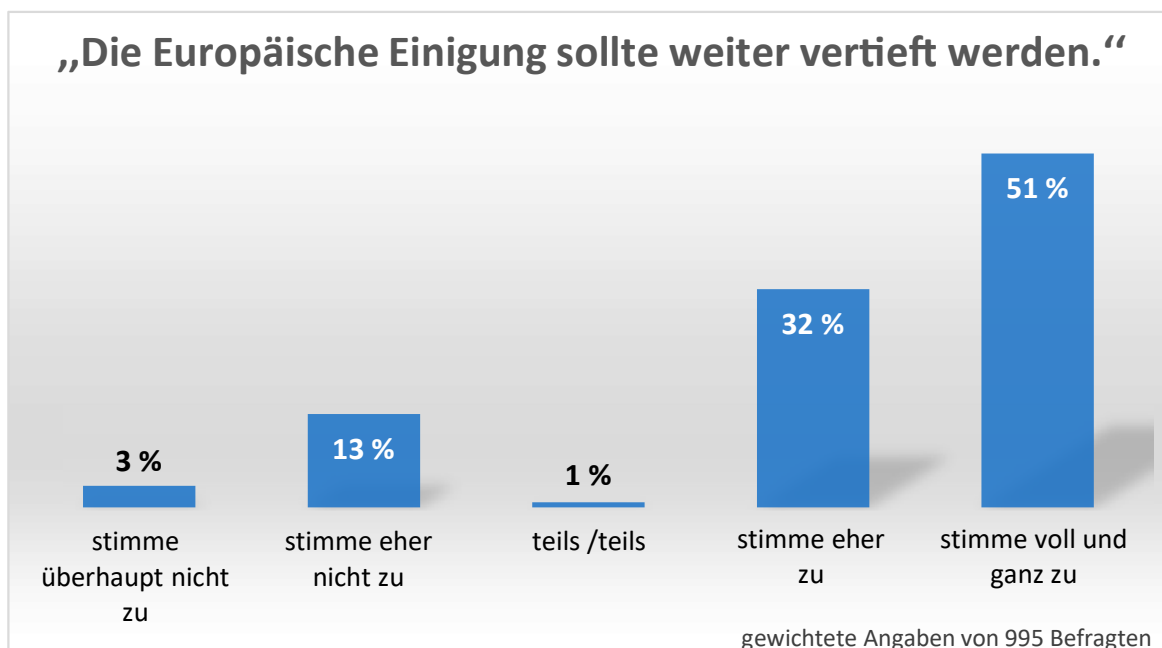


Abbildung 39: Vertiefung der Europäischen Einigung

schaft verbundenen Themen die Wähler\*innen-schaft teilten.<sup>54</sup> Es sind aber nicht wie 2017 das Flüchtlingsthema oder das Thema der gleiche-

<sup>54</sup> Franzmann, Simon T./Giebler, Heiko/Poguntke, Thomas: It's no longer the economy, stupid! Issue yield at the 2017 German federal election, in: West European Politics, Jg. 43 (2020), H. 3, S. 610–638.

schlechtlichen Ehe, die 2021 die niedersächsische Bevölkerung in ihren politischen Einstellungen in links und rechts teilen. Es sind die Themenbereiche Klima sowie Einstellung zur EU: Wer entweder gegen die EU ist oder wer die Bekämpfung des Klimawandels als besonders wichtig erachtet, der positioniert sich nicht in der Mitte. Das ergibt Sinn, ist die Klimaschutzpolitik auch diskur-

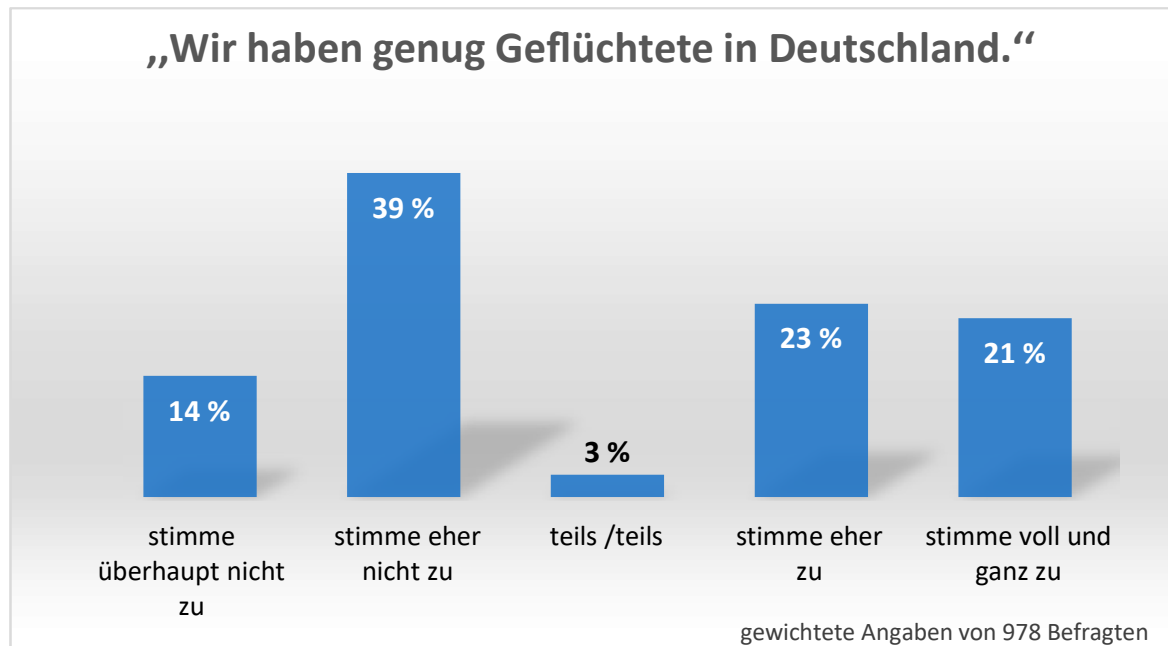


Abbildung 40: Geflüchtete in Deutschland

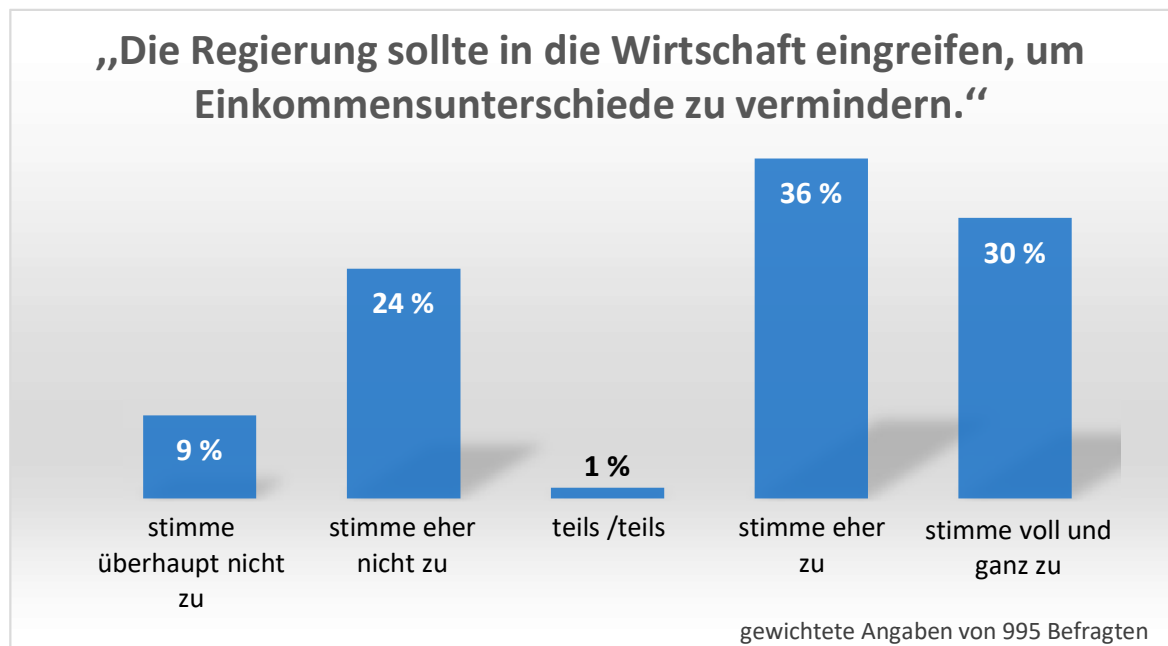


Abbildung 41: Eingreifen der Regierung in die Wirtschaft

siv gegen den Status quo gerichtet; gleiches gilt für die Opposition gegenüber der EU.

Das ist auch ein über Niedersachsen hinaus interessanter Befund. Lange wird ja schon das Ende von alten Links-Rechts-Einordnungen prognostiziert. Hier könnte es zu einem grundlegenden Wandel kommen. Das Ergebnis bedeutet nicht unbedingt, dass das einzelne Thema nicht

mehr die Wähler\*innenschaft spaltet. Es heißt lediglich, dass diese Spaltung nicht mehr mit der Links-Rechts-Dichotomie ausgedrückt wird. Die Themen Flüchtlinge/Migration sowie Eingriffe in die Wirtschaft finden gleichermaßen Befürworter wie Gegner\*innen – die sich aber auch in der Mitte der Links-Rechts-Selbsteinstufung wiederfinden. Die Themen EU und Klimabekämpfung

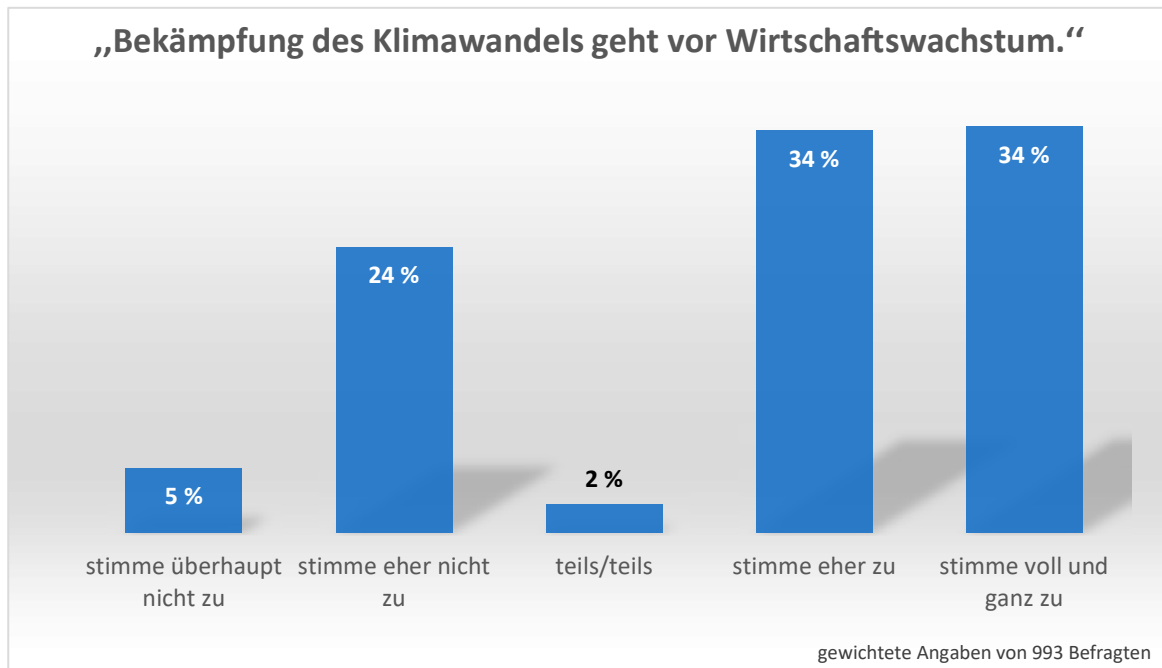


Abbildung 42: Bekämpfung des Klimawandels und Wirtschaftswachstum

fung finden eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung – tragen aber zur Eigenverortung bei. Die gleichgeschlechtliche Ehe hingegen scheint kein Thema mehr für die niedersächsische Bevölkerung zu sein in dem Sinne, dass 69 Prozent der Befragten voll und ganz zustimmen und weitere 17 Prozent eher zustimmen.

### 3.7 Corona-Krise

Die globale SARS-CoV-2-Pandemie geriet spätestens mit dem ersten bundesweiten Lockdown ab März 2020 zu einem zentralen Politikum und ist es bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Studie geblieben. Häufig wurde und wird der Zäsurcharakter dieser Gesundheitskrise für die Organisation des öffentlichen Lebens und der Arbeitswelt sowie für das Verhältnis der Bürger\*innen zu den staatlichen Institutionen herausgestrichen. In Erwartung einer Belastungsprobe für die Zuversicht in das Krisenmanagement von Bund und Ländern erwachte schnell auch ein sozialwissenschaftliches Interesse an der Akzeptanz der Eindämmungsmaßnahmen in der breiten Bevölkerung, welches sich im Zuge der Zulassung von Coro-

na-Schutzimpfungen um eine neue, teils stark emotionalisierte Debattenfacette erweiterte;<sup>55</sup> mit den so genannten „Querdenkern“ formierte sich schließlich das in unklar umrissenen Teilen der Gesellschaft offenbar generalisierte Misstrauen zu einem von Stuttgart ausgehenden organisierten Proteste von Bürger\*innen<sup>56</sup>, der vielen nicht nur als unerträglich, sondern sogar als potenzielle antidemokratische Gefahr er-

<sup>55</sup> Vgl. exemplarisch Kirsch, Peter/Kube, Hanno/Zohlnhöfer, Reimut: Gesellschaftliche Selbstermächtigung. Die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der deutschen Bevölkerung, in: Webpräsenz des Instituts für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, 17.07.2020, URL: <https://www.marsilius-kolleg.uni-heidelberg.de/fellows/Publicationfellows2020.html> [eingesehen am 30.08.2021]; als aktuelles Beispiel das COSMO COVID-19 Snapshot Monitoring, vgl. Universität Erfurt: COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring. Akzeptanz aktueller Maßnahmen, 16.07.2021, URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/politik/20-akzeptanz/> [eingesehen am 30.08.2021].

<sup>56</sup> Vgl. dazu Reichardt, Sven (Hrsg.): Die Misstrauensgemeinschaft der Querdenker. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt/New York 2021.

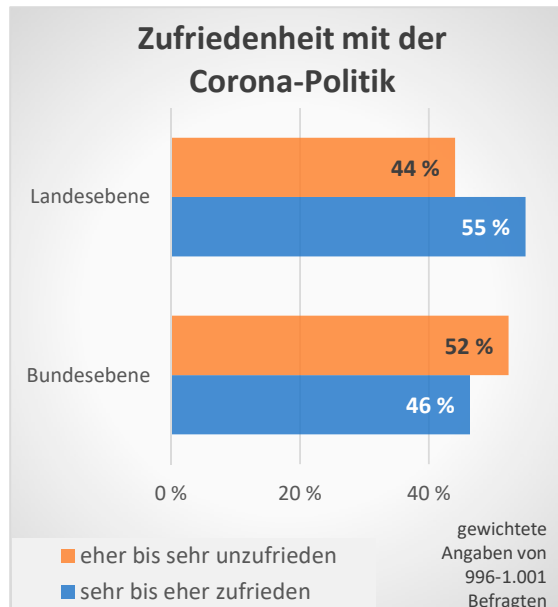


Abbildung 43: Zufriedenheit mit Corona-Politik

scheint.<sup>57</sup> Kurzum: Möglicherweise birgt der Themenkomplex ein langfristiges gesellschaftspolitisches Konfliktpotenzial. Aus diesem Grund entschieden wir uns bezüglich des NDM 2021 für die Einbindung eines entsprechenden Themenschwerpunkts, um mögliche Auswirkungen der Corona-Krise auf das Institutionen- und Demokratievertrauen im zweitgrößten Flächenland der Bundesrepublik evaluieren zu können.

Hier zeigt sich zunächst eine annähernd dualistische Verteilung: Etwa die Hälfte der Befragten ist mit der deutschen Corona-Politik grundsätzlich zufrieden, die andere Hälfte unzufrieden – wobei die niedersächsische Landespolitik größeres Lob genießt (55 Prozent Zufriedene gegenüber 44 Prozent Unzufriedenen) als die Bundespolitik (46 Prozent Zufriedene, 52 Prozent Unzufriedene). Verglichen mit der Bewertung des

Corona-Krisenmanagements der brandenburgischen Landesregierung im Brandenburg-Monitor 2020 (73 Prozent zufrieden bis sehr zufrieden, 27 Prozent weniger bis sehr unzufrieden)<sup>58</sup> scheint das auf vergleichsweise große Unzufriedenheiten hinzudeuten. Hinter diesem Global-eindruck scheinen jedoch stark unterschiedliche Motivlagen zu stecken, keine scharfe Polarisierung: Eine deutliche Mehrheit findet staatliche Vorgaben bei der Pandemiebekämpfung deziert gerechtfertigt (36 Prozent eher, 18 Prozent voll und ganz), weitere 30 Prozent befürworten gesetzlich gestützte Restriktionen zumindest zum Teil. Gegenüber diesen insgesamt 84 Prozent sind nur 16 Prozent der Befragten der Meinung, dass der Infektionsschutz eher bzw. voll und ganz der Eigenverantwortung der Bürger\*innen überlassen werden sollte.

Auch der Blick auf die Gefahrenlage, die COVID-19 für die\*den Einzelne\*n und seine bzw. ihre Angehörigen bedeuten kann, zeigt eine klare Sensibilisierung für die aktuelle Problemlage. Zwar fürchten sich nur 40 Prozent der Befragten (15 Prozent sehr, 25 Prozent ein wenig) vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus (gegenüber 32 Prozent, die eher keine Angst haben, und 26 Prozent, die gar keine haben); zugleich aber sieht eine ausgeprägte Mehrheit von 69 Prozent große Gefahren bei der Infektion Angehöriger (40 Prozent sehr, 29 Prozent ein wenig). Ferner äußern nur 5 Prozent der Befragten Vorbehalte gegenüber der Schutzimpfung, während 86 Prozent zu Protokoll geben, die Schutzimpfung wahrnehmen zu wollen. Im Kontext der häufig wenig faktenbasierten Kampagne gegen den Impfstoff seitens der Querdenken-Bewegung überprüften wir auch, ob ein Zusammenhang zwischen der Impfabsticht und der Zustimmung zu den Verschwörungs-Items besteht. Die rund 50 Personen in unserem Sample, die angeben, sich nicht impfen lassen zu wollen, verteilen sich in ihrer Zustimmung und Ablehnung jedoch fast gleichmäßig auf die im Index zusammengekommenen drei Items zum Themenkomplex Verschwörungsglaube.

<sup>57</sup> Vgl. zur öffentlichen Resonanz exemplarisch ZDF: „Querdenken greift die Demokratie an“. Antisemitismusbeauftragter Blume im Interview, in: zdfheute, 03.12.2020, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/querdenken-antisemitismusbeauftragter-blume-verfassungsschutz-100.html> [eingesehen am 30.08.2021]; als wissenschaftlichen Bestimmungsversuch bspw. Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine: Politische Soziologie der Corona-Protteste, Basel 2020, URL: <https://doi.org/10.31235/osf.io/zyp3f> [eingesehen am 30.08.2021].

<sup>58</sup> Vgl. Müller-Hilmer: Brandenburg-Monitor 2020, S. 5.

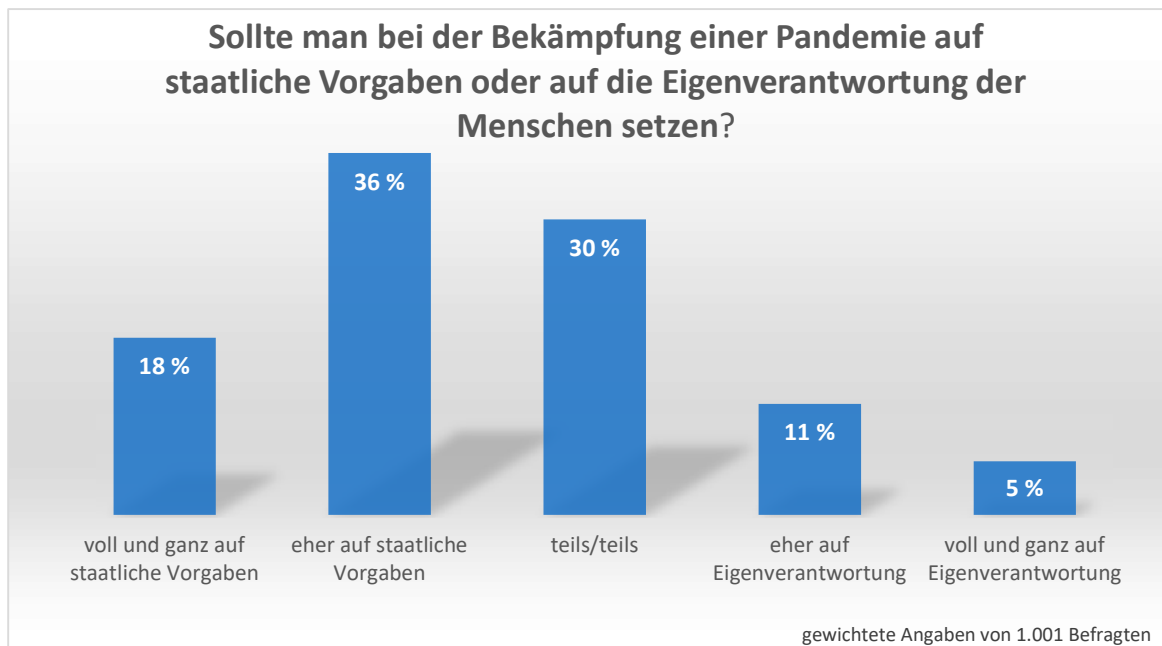


Abbildung 44: Staat vs. Eigenverantwortung Pandemiebekämpfung

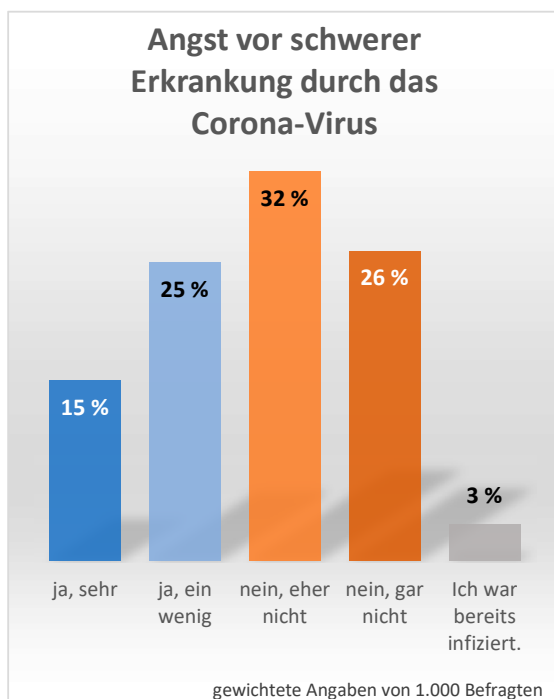


Abbildung 45: Persönliches Risiko COVID-19

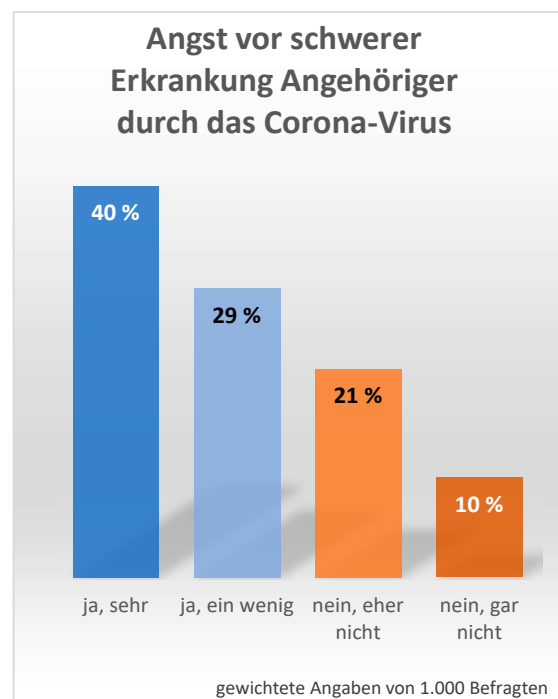


Abbildung 46: Angehörigenrisiko COVID-19

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass der größte Teil der niedersächsischen Bevölkerung in der Corona-Pandemie ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko sieht; in besonderem Maße direkt betroffen sind 26 Prozent, da sie an einer chronischen Erkrankung leiden; 17 Prozent arbeiten im Gesundheitssektor. Gepaart mit dem ver-

breiteten Gefühl, gut informiert zu sein – 81 Prozent der Befragten stimmen dem mit Blick auf die Risiken der Pandemie eher bis voll und ganz zu, 71 Prozent hinsichtlich der Eindämmungsmaßnahmen –, spricht dieses Stimmungsbild insgesamt für eine hohe Akzeptanz des diesbezüglichen politischen Kurses in der niedersächsi-

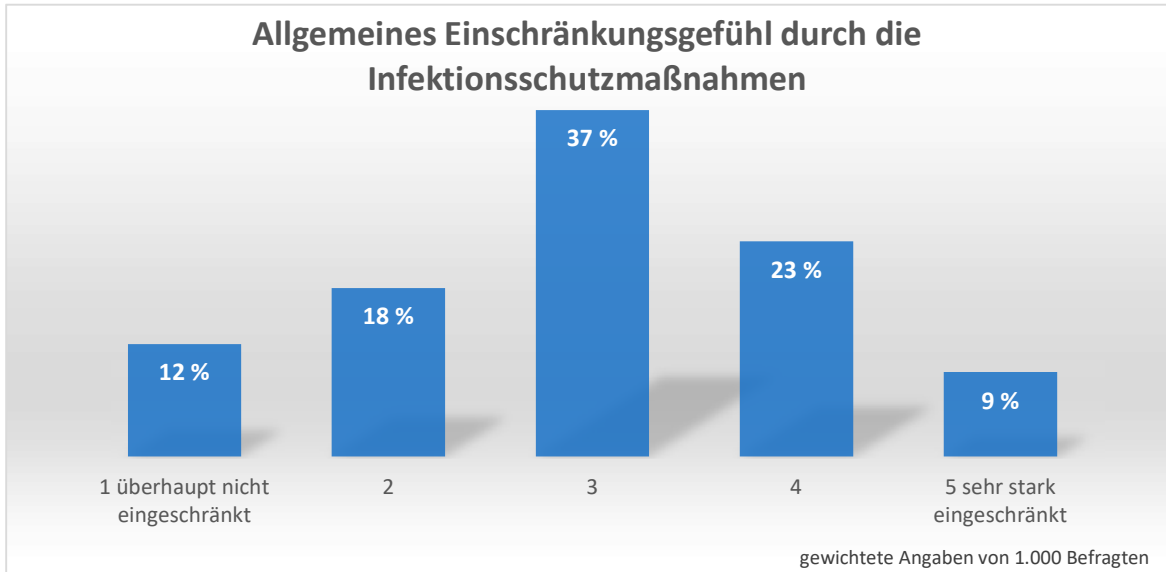


Abbildung 47: Allgemeines Einschränkungsgefühl durch Infektionsschutzmaßnahmen

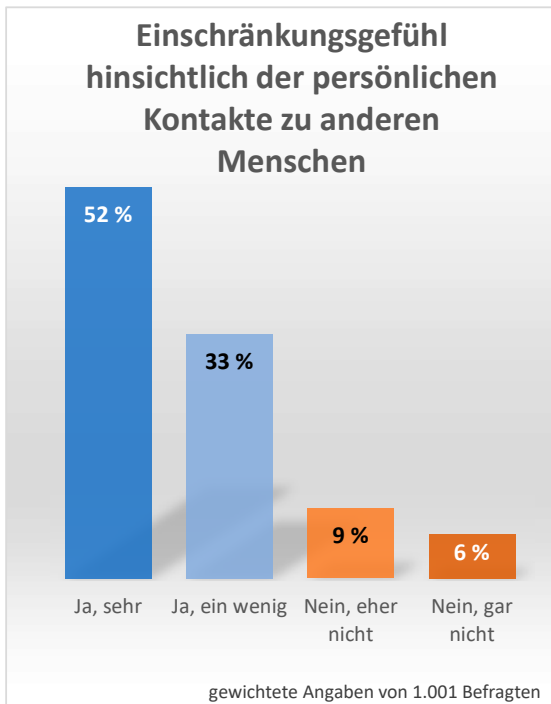


Abbildung 48: Einschränkungsgefühl durch Kontaktbeschränkungen

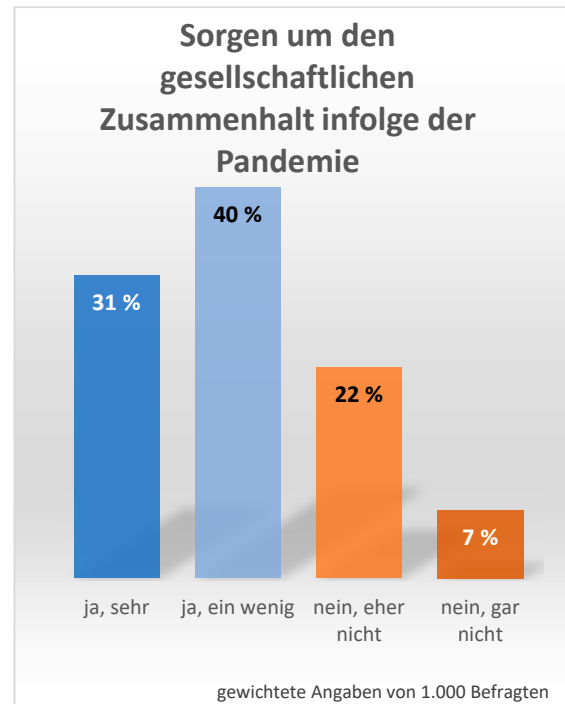


Abbildung 49: Sorgen um gesellschaftlichen Zusammenhalt infolge der Pandemie

schen Bevölkerung. Auch die bewusst provokant gehaltene Frage, welche Grundrechte der Staat nicht einmal zum Zweck der Pandemiebekämpfung anrühren dürfe, fördert keine grundsätzlich kritische Haltung zur aktuellen Infektionsschutzpolitik zutage: 22 Prozent der Befragten halten den Infektionsschutz grundsätzlich für vorrangig und nennen daher kein nicht einzuschränkendes

Grundrecht, weitere 21 Prozent verweigerten eine Antwort, 18 Prozent pochen auf den Schutz der Privatsphäre und die Unverletzlichkeit der Wohnung. Unzufriedenheit ist hier wohl in erster Linie jenen 17 Prozent anzumerken, die die Immunität persönlicher Bewegungsfreiheit betonen, aber auch den 7 Prozent, die sämtliche Grundrechte

für prinzipiell unantastbar erklären.<sup>59</sup> Diese Zahlen bilden einen auffälligen Kontrast zum annähernd<sup>60</sup> bundesweiten Durchschnitt des COSMO – COVID-19 Snapshot Monitorings im Juli 2021: Insgesamt misstraut demnach die Hälfte der Bundesbürger\*innen dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung, nur 32 Prozent vertrauen explizit.<sup>61</sup>

Diese grundsätzliche Befürwortung der Corona-Politik fällt umso stärker ins Gewicht, als die Bürger\*innen Niedersachsens spürbar unter dem Druck der Kontaktbeschränkungen ächzen. Während das allgemeine Einschränkungsempfinden stark variiert, leiden die Menschen erkennbar unter den reduzierten menschlichen Kontakten: 52 Prozent fühlen sich in dieser Hinsicht sehr stark eingeschränkt, 33 Prozent ein wenig. Danach befragt, von welchen Maßnahmen sie sich am stärksten eingeschränkt fühlen, klagen 70 Prozent der Befragten über den Verlust individueller Bewegungsfreiheiten im Alltag. Demgegenüber wiegt etwa der Verzicht auf Urlaubsreisen (9 Prozent) und Kulturangebote (6 Prozent)

deutlich weniger schwer. Wie gesagt: All dies führt dennoch kaum zu substanziellen Zweifeln an der mehrheitlich befürworteten Eindämmungspolitik. Vielmehr scheinen die Niedersachsen in den potenziellen negativen Folgen, die die Pandemie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt bedeuten könnte – denkbar wären hier anwachsende soziale Ungleichheiten, politische Polarisierungen und ein raueres Diskussionsklima –, weitaus größere Problemlagen zu erblicken als etwa im vorübergehenden Verlust von Lebensqualität. 40 Prozent machen sich hier moderate, 31 Prozent sehr große Sorgen (22 Prozent eher keine, 7 Prozent gar keine). Vor dem Hintergrund der qualitativen Vertiefungsstudie von 2020 schließt sich hier gewissermaßen der Kreis zu den Relevanzhierarchien politischer Problemlagen vor der Pandemie: Die Befürchtung, dass anwachsende gesellschaftliche Desintegrationstendenzen die politische, soziale und kulturelle Eintracht in Niedersachsen und der Bundesrepublik nachhaltig schädigen könnten, beherrschte die dort ausgewerteten Gruppendiskussionen.<sup>62</sup>

Verbinden wir nun die Zahlen des Themenschwerpunkts zur Corona-Krise mit den weiter oben vorgestellten Werten zum Institutionen- und Politikvertrauen, dürfen wir eine von uns im vergangenen Jahr vorsichtig aufgestellte Vermutung als bestätigt ansehen: Das durch die Corona-Krise hervorgerufene Konfliktpotenzial fällt *auf den ersten Blick* in Niedersachsen insgesamt gering aus; der Nordwesten Deutschlands bleibt „ein Bundesland mit ausgeprägter Loyalität zu seinen Institutionen und seinem politischen Establishment“<sup>63</sup>; einer Loyalität, die in unseren Zahlen eng mit der allgemeinen Demokratiezufriedenheit korreliert und aller Voraussicht nach auch durch die aktuelle Gesundheitskrise nicht erschüttert wird.

Allerdings zeigt sich *auf den zweiten Blick*, dass auch in Niedersachsen ein nicht unerheblicher Anteil nach wie vor unzufrieden mit der

59 Bei diesen Zahlen ist allerdings besondere Vorsicht geboten. Nach Abschluss der Befragung wurde deutlich, dass die Formulierung im Wortlaut („Welche Grundrechte darf der Staat nicht einmal zur Pandemiebekämpfung anrühren?“) bei einigen Befragten die Konfusion der doppelten Verneinung evoziert haben könnte. Aus diesem Grund ist die Sprecher\*innenintention bei einigen Antworten nicht mehr mit letztgültiger Klarheit zu bestimmen: Denkbar ist zwar, dass jede\*r, der\*die auf diese Frage schlicht mit „alle“ antwortete, tatsächlich hatte sagen wollen, dass *alle* Grundrechte vor Zugriff zu schützen seien – ausschließen können wir jedoch auch die gegenteilige Absicht nicht, dass im Sinne umgangssprachlicher Konversationsgewohnheiten gemeint sein könnte, es dürften grundsätzlich alle Grundrechte angetastet werden.

60 Berücksichtigt werden hier nur Personen mit Internetzugang, effektiv Personen bis zum Alter von 74, vgl. Universität Erfurt: COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring. Methode, o. D., URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/method/> [eingesehen am 30.08.2021].

61 Vgl. Universität Erfurt: COSMO COVID-19 Snapshot Monitoring. Zusammenfassung und Empfehlungen Welle 47, 16.07.2021, URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/47/> [eingesehen am 30.08.2021].

62 Vgl. Schenke et al.: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen, S. 34.

63 Ebd., S. 91.

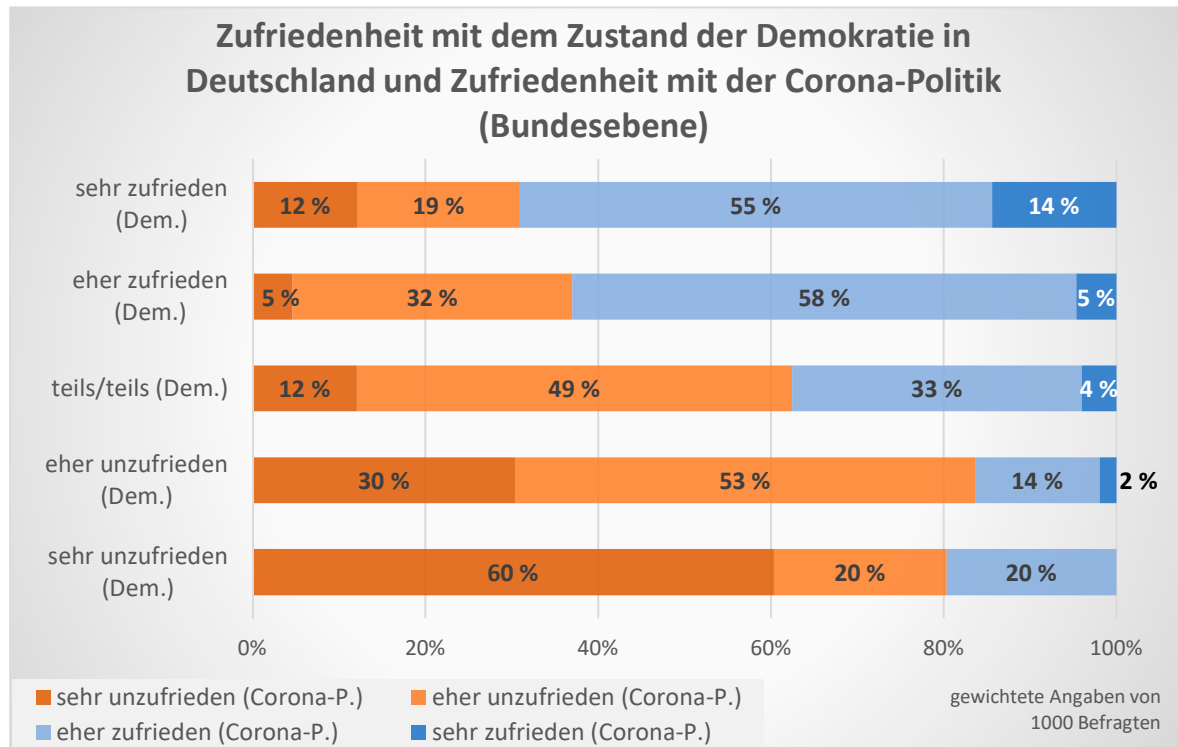


Abbildung 50: Demokratiezufriedenheit und Zufriedenheit Corona-Politik

Politik und Demokratie im Allgemeinen und der Corona-Politik im Besonderen ist. Abbildung 50 zeigt, dass wer besonders unzufrieden mit der Corona-Politik ist, auch besonders unzufrieden mit der Demokratie im Allgemeinen ist. Allerdings sind selbst bei den mit der Demokratie sehr zufriedenen Befragten 12 Prozent sehr unzufrieden mit der Corona-Politik. Die niedersächsische Bevölkerung ist in weiten Teilen zufrieden und staatstragend – auch in der Corona-Pandemie. Eine durchaus nennenswerte Minderheit von bis zu 20 Prozent teilt diese Zufriedenheit jedoch nicht, wie wir in den unterschiedlichen Auswertungen zuvor gesehen haben.



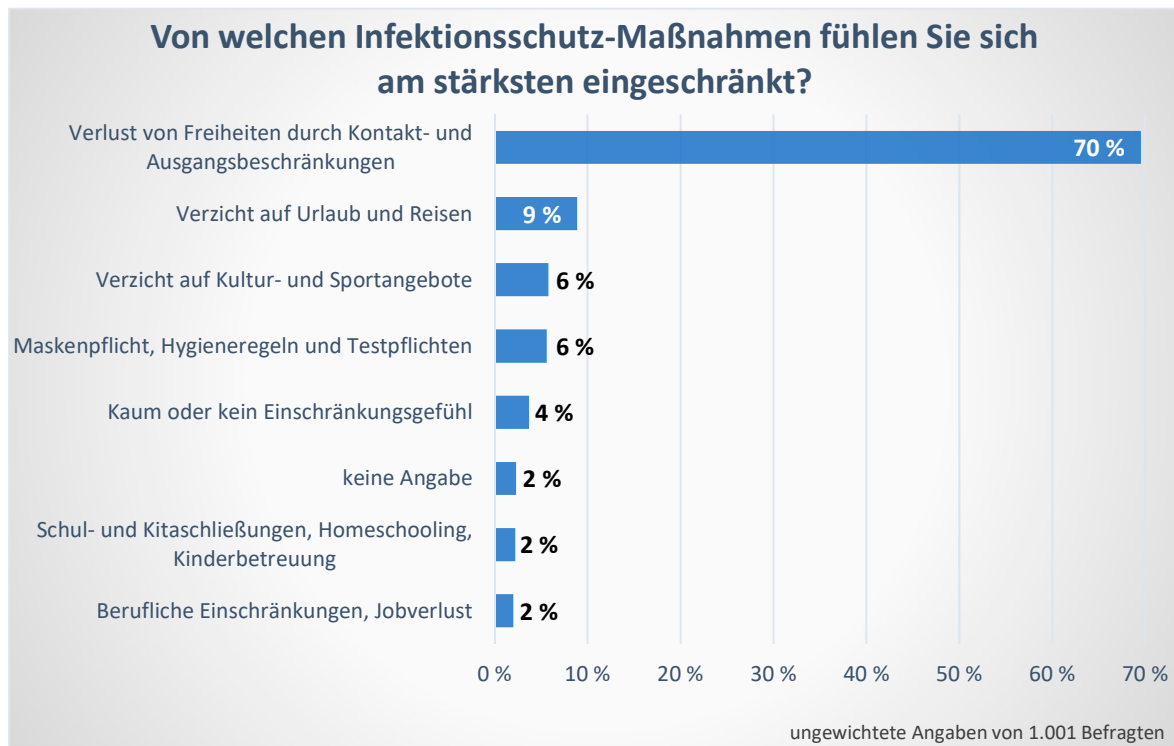


Abbildung 51: Welche Infektionsschutz-Maßnahmen schränken am stärksten ein

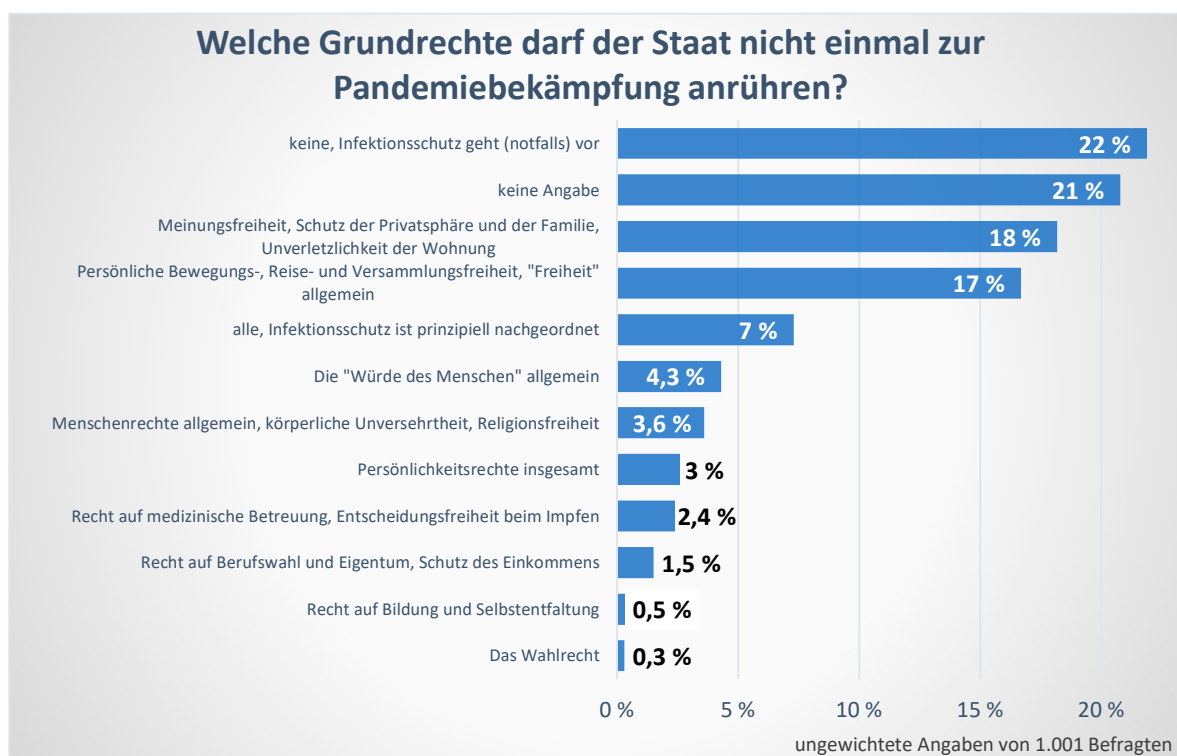


Abbildung 52: Welche Grundrechte darf der Staat nicht zur Pandemiebekämpfung anrühren. Nicht abgebildet sind die Ausprägungen „keine, Infektionsschutz geht (notfalls) vor“ (22%) und „keine Angabe“ (21%)



# 4

## Fazit und Ausblick: Polarisierende Zufriedenheit?

**D**er aktuelle Befund für Niedersachsen mutet etwas paradox an: Einerseits sind die Demokratie-zufriedenheit und das Vertrauen in die politischen Institutionen im Mittel während der Corona-Pandemie gestiegen; andererseits gibt es aber auch etwas mehr Unzufriedene mit der Demokratie sowie eine berichtete Radikalisierung der Querdenkerszene<sup>64</sup>. Wie passt das zusammen?

Wir schlagen hier den Begriff der „polarisierenden Zufriedenheit“ vor. Statistische Mittelwerte ignorieren zu einem gewissen Grad die Einstellung von marginalisierten Gruppen. Unsere Hypothese ist, dass – gerade *weil* es mehr Zufriedene gibt – sich umgekehrt die ohnehin schon tendenziell Unzufriedenen radikalisieren, weil sie sich immer mehr in der Defensive sehen. In Abbildung 24 ist gut zu sehen, wie sich im Vergleich zur Umfrage von 2019 die Balken sowohl bei den eher Zufriedenen als auch den eher Unzufriedenen erhöht haben. Die Unzufriedenen sind nicht wenige, aber angesichts der zum Teil stark angestiegenen Vertrauenswerte in der Mehrheitsge-

sellschaft sind sie mit ihrer Skepsis und Unzufriedenheit zunehmend weniger anschlussfähig.

Bei einer zusammenführenden Betrachtung der Ergebnisse ist diese Zufriedenheit der Mehrheitsgesellschaft auch nicht widerspruchsfrei. Dies mag zur Polarisierung beitragen. Wie wir aus unseren vorherigen Studien wissen, schätzt die niedersächsische Bevölkerung insbesondere die Freiheitsrechte an der Demokratie. Genau diese Freiheitsrechte sehen viele Menschen angesichts der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung als bedroht an. Warum sollten Sie dann zufriedener sein? Um diesen Widerspruch für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu klären, werden wir in den kommenden Monaten vertiefende Studien durchführen. Denkbar sind voneinander abweichende, parallellaufende Erklärungsmuster. Zum Ersten finden wir immer wieder, dass die Mehrheit der niedersächsischen Bevölkerung sich einen starken, handlungsfähigen Staat wünscht. Die Einrichtung von Impfbetrieben und die Einschränkung zur Pandemiebekämpfung könnten bei dieser Bevölkerungsgruppe das Institutionenvertrauen und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt gestärkt haben. Zum Zweiten könnte bei einer anderen Personengruppe einfach der Vergleich mit dem Pandemieverlauf in anderen Staaten dazu führen, dass die Einschränkungen in Deutschland als nicht so umfangreich angesehen werden wie in anderen Staaten. Diese Personen vertrauen darauf, dass die bisherigen Maßnahmen tatsächlich nur das absolut Notwendige an Freiheitsein-

<sup>64</sup> Z. B.: Reuters: Bundesländer warnen vor steigender Gewaltbereitschaft unter Corona-Leugnern, in: WirtschaftsWoche, URL: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/querdenker-bundeslaender-warnen-vor-steigender-gewaltbereitschaft-unter-corona-leugnern/27648668.html> [eingesehen am 08.11.2021].

schränken für die Pandemiebekämpfung mit sich brachte. Zum Dritten könnte auch der über weite Strecken vergleichsweise gute Erfolg in der Pandemiebekämpfung zu dieser Zufriedenheit und dem Vertrauensgewinn führen. Wie sich dann im Winter 2021/22 angesichts der im Vergleich zu Ländern wie Portugal und Spanien durchwachsenden Impfquote und dem – Redaktionsschluss November – Anstieg der Inzidenzen die Zufriedenheit dieser Bevölkerungsgruppe entwickelt, bleibt abzuwarten. Zum Vierten scheint es eine Gruppe zu geben, die für sich selbst keine großen Freiheitseinschränkungen und auch keine wirtschaftlichen Folgen fürchtet und daher möglicherweise eine hohe Zufriedenheit aufweist.

Dazu passt der Befund, dass einerseits die niedersächsische Bevölkerung für sich selbst im Mittel eher gute Zukunftsaussichten prognostiziert – auch wenn es 23 Prozent unserer Befragten sind, die im Vergleich zu heute die Zukunftsaussichten schlechter beurteilen, was keine geringe Zahl ist. Andererseits werden die Aussichten künftiger Generation mehrheitlich – von 64 Prozent – als schlechter eingeschätzt und nur von 14 Prozent als besser. Mit der eigenen Perspektive ist die niedersächsische Bevölkerung zufrieden, vermutet aber, dass es in der Gesamtheit eher schlechter wird. Dieser Gegensatz zwischen

individueller und kollektiver Zukunftsaussicht mag zur Polarisierung beitragen.

Dieser Gegensatz gilt auch für Regionen. Wir finden als klares Muster, dass in den ökonomisch prosperierenden Regionen die Unterstützung für die Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie am höchsten sind. Je weiter wir uns von den florierenden Dienstleistungszentren entfernen und je ländlicher die Region wird, desto eher finden wir eine leichte Skepsis. Diesen regionalen Mustern, die sich im Wahlverhalten in einem Stadt-Land-Gegensatz schon länger abbilden, werden wir in den Vertiefungsstudien ebenfalls nachgehen.

Die in Niedersachsen vergleichsweise ruhige politische Lage und die im Mittel gestiegenen Vertrauens- und Zufriedenheitswerte sind also kein Grund sich zurückzulehnen. Es gibt einen hohen Bevölkerungsanteil, der nicht nur mit der Pandemiebekämpfung unzufrieden ist, sondern auch mit dem Zustand der Demokratie an sich. Zugleich werden von einer sehr großen Mehrheit die Zukunftsaussichten künftiger Generationen skeptisch beurteilt. Für die Politik (nicht nur) in Niedersachsen wird es eine große Herausforderung sein, diese Bevölkerungsgruppen zu erreichen und Zukunftsperspektiven für künftige Generationen aufzuzeigen.

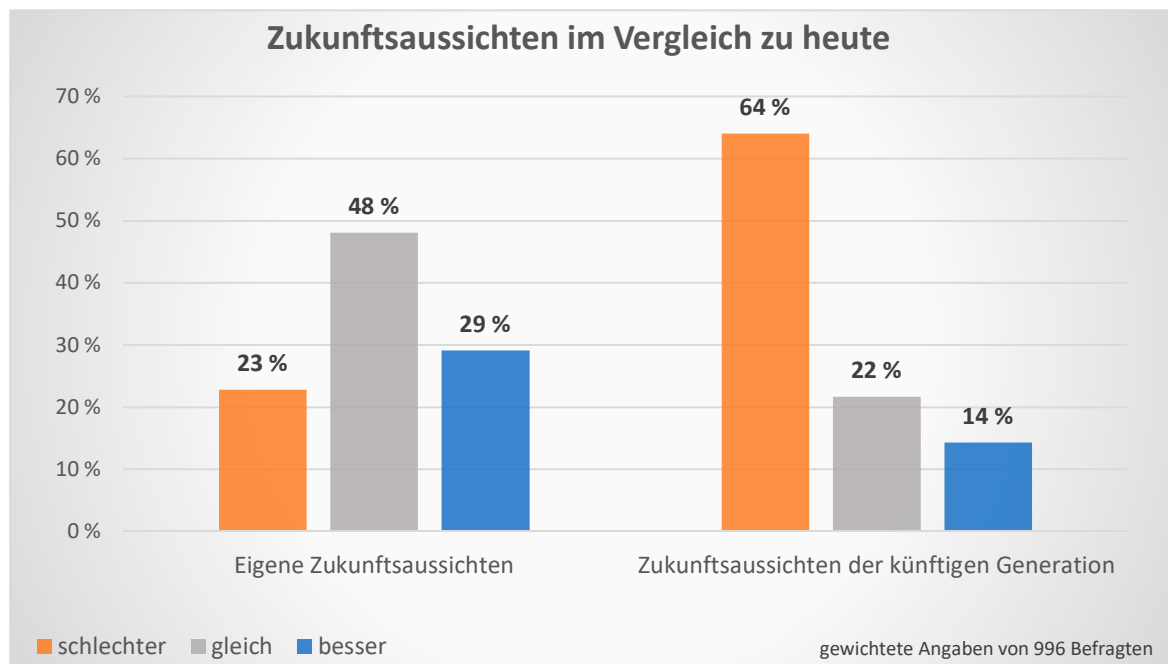


Abbildung 53: Zukunftsaussichten im Vergleich zu heute

# Quellen und Literatur

- Amnesty International (Hrsg.):** Glossar für diskriminierungssensible Sprache, 28.02.2017, URL: <https://www.amnesty.de/2017/3/1/glossar-fuer-diskriminierungssensible-sprache> [eingesehen am 11.05.2021].
- Bobbio, Noberto:** Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 2021.
- dimap Institut für Markt- und Politikforschung:** Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht, Bonn 2018.
- Finkbeiner, Florian/Schröder, Niklas:** Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen. Eine Fallanalyse zum Sozialprofil der Wählerschaft und ihrer politischen Einstellungen am Beispiel von Niedersachsen, FoDEX-Studie Nr. 4, Göttingen 2020.
- Finkbeiner, Florian/Trittel, Katharina/Geiges, Lars:** Rechtsradikalismus in Niedersachsen. Akteure, Entwicklungen und lokaler Umgang, Bielefeld 2019.
- Franzmann, Simon T.:** Die liberale Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Berlin 2012, S. 155–184.
- Franzmann, Simon T./Giebler, Heiko/Poguntke, Thomas:** It's no longer the economy, stupid! Issue yield at the 2017 German federal election, in: West European Politics, Jg. 43 (2020), H. 3, S. 610–638.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften:** Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018. GESIS Datenarchiv, Köln 2019, <https://doi.org/10.4232/1.13250>.
- Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Völkl, Kerstin:** Sachsen-Anhalt-Monitor 2018. Polarisierung und Zusammenhalt, Halle 2018.
- Holtmann, Everhard/Jaeck, Tobias/Völkl, Kerstin:** Sachsen-Anhalt-Monitor 2020. 30 Jahre Bundesland Sachsen-Anhalt. 30 Jahre Deutsche Einheit, Halle-Wittenberg 2020.
- Inglehart, Ronald:** The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society, in: Dalton, Russel J. et al. (Hrsg.): Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton 1984, S. 25–69.
- Kirsch, Peter/Kube, Hanno/Zohlhöfer, Reimut:** Gesellschaftliche Selbstermächtigung. Die Akzeptanz der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der deutschen Bevölkerung, in: Webpräsenz des Instituts für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg, 17.07.2020, URL: <https://www.marsilius-kolleg.uni-heidelberg.de/fellows/Publikationfellows2020.html> [eingesehen am 30.08.2021].
- Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel:** Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können, München 2018.
- Linz, Juan:** The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown and Reequilibration. An Introduction, Baltimore 1978.
- Lipset, Seymour M. et al.:** The Psychology of Voting: An Analysis of Voting Behavior, in: Gardner, Lindzey (Hrsg.): Handbook of Social Psychology 2, Reading 1954, S. 1124–1155.
- Lipset, Seymour M.:** Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy, in: The American Political Science Review, Jg. 53 (1959), H. 1, S. 69–105.
- Luhmann, Niklas:** Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981.
- Manow, Philip:** COVID-19, Europa und der Populismus, in: Geschichte und Gesellschaft, H. 46/2020, S. 536–549.

- Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/ Dermitzaki, Efpraxia:** Niedersächsischer-Demokratie-Monitor. NDM 2019. FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 2, Göttingen 2019.
- Müller-Hilmer, Rita:** Brandenburg-Monitor 2020. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, 2020.
- Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine:** Politische Soziologie der Corona-Proteste, Basel 2020, URL: <https://doi.org/10.31235/osf.io/zy3f> [eingesehen am 30.08.2021].
- Reichhardt, Sven (Hrsg.):** Die Misstrauensgemeinschaft der Querdenker. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt/New York 2021.
- Reiser, Marion/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/ Vogel, Lars:** Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020, Jena 2020.
- Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie:** Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM). FoDEX-Studie Politische Kultur Nr. 5, Göttingen 2020.
- Statistisches Bundesamt:** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2019. Fachserie 1, Reihe 3, 2020.
- Universität Erfurt:** COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring. Methode, o. D., URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/method/> [eingesehen am 30.08.2021].
- Universität Erfurt:** COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring. Akzeptanz aktueller Maßnahmen, 16.07.2021, URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/politik/20-akzeptanz/> [eingesehen am 30.08.2021].
- Universität Erfurt:** COSMO – COVID-19 Snapshot Monitoring. Zusammenfassung und Empfehlungen Welle 47, 16.07.2021, URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/summary/47/> [eingesehen am 30.08.2021].
- Weßels, Bernhard:** Politisches Interesse und politische Partizipation, in: bpb.de, 10.03.21, URL: <https://www.bpb.de/nachschlagen/daten-report-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330210/politisches-interesse-und-politische-partizipation> [eingesehen am 20.08.2021]
- ZDF:** „Querdenken greift die Demokratie an“. Antisemitismusbeauftragter Blume im Interview, in: zdfheute, 03.12.2020, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/querdenken-antisemitismusbeauftragter-blume-verfassungsschutz-100.html> [eingesehen am 30.08.2021]

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Höchster erreichter Schulabschluss	9
Abbildung 2: Alter der Befragten	9
Abbildung 3: Berufsausbildung	10
Abbildung 4: Netto-Haushaltseinkommen der Befragten	10
Abbildung 5: Netto-Einkommen Haushaltsmitglieder	11
Abbildung 6: Haushaltsmitglieder Kurzarbeit	11
Abbildung 7: Vertrauen in Kirchen und Religionsgemeinschaften	12
Abbildung 8: Konfessionszugehörigkeit	12
Abbildung 9: Jüdisch-christliche Tradition	13
Abbildung 10: Mitgliedschaften	13
Abbildung 11: Zivilgesellschaftliches Engagement	13
Abbildung 12: Interesse an Politik	15
Abbildung 13: Vertrauen in Medien	16
Abbildung 14: Wichtigstes Problem in Deutschland	16
Abbildung 15: Zweitwichtigstes Problem in Deutschland	17
Abbildung 16: Politische Problemwahrnehmung durch Politik	18
Abbildung 17: Politische Problemlösungskompetenz seitens Politik	18
Abbildung 18: Vertrauen und Misstrauen in politische Entscheidungsträger*innen	19
Abbildung 19: Politische Einflussnahme	20
Abbildung 20: Vertrauen und Misstrauen in Parteien	21
Abbildung 21: Vertrauen in Institutionen	23
Abbildung 22: Vertrauen in die Polizei nach politischer Selbstverortung	24
Abbildung 23: Vertrauen in den Verfassungsschutz nach politischer Selbstverortung	24
Abbildung 24: Demokratiezufriedenheit im Vergleich	26
Abbildung 25: Demokratiezufriedenheit nach Alter	27
Abbildung 26: Demokratiezufriedenheit nach Wahlabsicht	27
Abbildung 27: Verschwörungsglaube	28
Abbildung 28: Zustimmung zu Verschwörungs-Items nach Wahlabsicht	29
Abbildung 29: Verschwörungs-Index nach Konfession	30
Abbildung 30: Verschwörungs-Index nach Altersgruppen	30
Abbildung 31: Verschwörungs-Index nach Schulabschluss	31
Abbildung 32: Der Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungen wird unterschätzt	32
Abbildung 33: Zustimmung, dass der Einfluss von Lobbyisten unterschätzt werde, nach Wahlabsicht	32
Abbildung 34: Demokratierückhalt-Index Niedersachsen	34
Abbildung 35: Werte auf dem Demokratieindex nach Region	34
Abbildung 36: Politische Selbstverortung der Befragten	37

Abbildung 37: Tabelle: Ausgewählte Ergebnisse einer logistischen Regression auf Mitte- Positionierung	38
Abbildung 38: Elternrechte für gleichgeschlechtliche Paare	39
Abbildung 39: Vertiefung der Europäischen Einigung	39
Abbildung 40: Geflüchtete in Deutschland	40
Abbildung 41: Eingreifen der Regierung in die Wirtschaft	40
Abbildung 42: Bekämpfung des Klimawandels und Wirtschaftswachstum	41
Abbildung 43: Zufriedenheit mit Corona-Politik	41
Abbildung 44: Staat vs. Eigenverantwortung Pandemiebekämpfung	42
Abbildung 45: Persönliches Risiko COVID-19	42
Abbildung 46: Angehörigenrisiko COVID-19	42
Abbildung 47: Allgemeines Einschränkungsegefühl durch Infektionsschutzmaßnahmen	44
Abbildung 48: Einschränkungsegefühl durch Kontaktbeschränkungen	44
Abbildung 49: Sorgen um gesellschaftlichen Zusammenhalt infolge der Pandemie	44
Abbildung 50: Demokratiezufriedenheit und Zufriedenheit Corona-Politik	46
Abbildung 51: Welche Infektionsschutz-Maßnahmen schränken am stärksten ein	47
Abbildung 52: Welche Grundrechte darf der Staat nicht zur Pandemiebekämpfung anrühren	47
Abbildung 53: Zukunftsaussichten im Vergleich zu heute	50



# Anhang: Fragebogen

Frage 1.	In welchem Bundesland leben Sie?
Frage 2.	Was ist aus Ihrer Perspektive zurzeit das wichtigste Problem in Deutschland? <input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____ <input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **
Frage 3.	Gibt es noch ein weiteres politisches Problem, das Ihnen wichtig ist? <input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____ <input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **
Frage 4.	Nimmt die Politik diese Probleme wahr oder ignoriert sie sie? <input type="checkbox"/> Nimmt sie wahr <input type="checkbox"/> Ignoriert sie <input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **
Frage 5.	Und was meinen Sie: Kann die Politik diese Probleme lösen? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **
Frage 6.	Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Interessieren Sie sich: <input type="checkbox"/> Sehr stark <input type="checkbox"/> Stark <input type="checkbox"/> Mittelmäßig <input type="checkbox"/> Wenig <input type="checkbox"/> Gar nicht <input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **

<p>Frage 7.</p>	<p>Es gibt neben dem Wählen weitere Möglichkeiten, politischen Einfluss zu nehmen. Ich lese Ihnen jetzt eine Liste mit den verschiedenen Möglichkeiten vor. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diese Möglichkeit schon genutzt haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Bei einer Unterschriftensammlung unterschreiben</li> <li><input type="checkbox"/> Im Internet seine politische Meinung kundtun</li> <li><input type="checkbox"/> An einem Volksentscheid teilnehmen</li> <li><input type="checkbox"/> An einer Demonstration teilnehmen</li> <li><input type="checkbox"/> Sich direkt an einen Politiker oder eine Politikerin wenden</li> <li><input type="checkbox"/> In einer Bürgerinitiative oder einem politisch tätigen Verein mitarbeiten</li> <li><input type="checkbox"/> Bei einem Boykott mitmachen, also bestimmte Waren oder Geschäfte aus politischen Gründen meiden</li> <li><input type="checkbox"/> Eine Demonstration politischer Gegner blockieren</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul> <p>(Den Befragten wurden die Antwortmöglichkeiten "ja" oder "nein" gegeben, auch ein "Weiß nicht" oder "Keine Antwort" seitens der Befragten wurden notiert.)</p>
<p>Frage 8.</p>	<p>Glauben Sie, dass der einzelne Bürger durch seine oder ihre Aktivitäten Einfluss auf die Politik nehmen kann?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Nein, der einzelne Bürger hat keinen Einfluss auf die Politik</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, auch der einzelne Bürger hat einen Einfluss auf die Politik</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, aber das gilt nur, wenn andere Gleichgesinnte mitmachen</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
<p>Frage 9.</p>	<p>Haben Sie schon einmal in Internetforen oder sozialen Medien über Politik diskutiert?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja</li> <li><input type="checkbox"/> Nein</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
<p>Frage 10.</p>	<p>Haben Sie schon einmal einen politischen Beitrag im Internet kommentiert, z. B. über die Kommentarfunktion?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja</li> <li><input type="checkbox"/> Nein</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>

Frage 11.	<p>Haben Sie sich schon einmal im Internet über Politiker beschwert?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 12.	<p>Jetzt würde ich gerne wissen, ob Sie sich Situationen vorstellen können, in denen Gewalt in politischen Auseinandersetzungen gerechtfertigt ist.</p> <p><input type="checkbox"/> Gewalt ist gerechtfertigt zur Erreichung der eigenen politischen Ziele</p> <p><input type="checkbox"/> Gewalt ist gerechtfertigt als Reaktion auf Gewalt der Gegenseite</p> <p><input type="checkbox"/> Gewalt ist nie gerechtfertigt</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 13.	<p>Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala von 1 bis 11 einstufen? 1 bedeutet sehr „links“, 6 ist genau die Mitte und 11 bedeutet sehr „rechts“.</p> <p><input type="checkbox"/> 1 sehr links</p> <p><input type="checkbox"/> 2</p> <p><input type="checkbox"/> 3</p> <p><input type="checkbox"/> 4</p> <p><input type="checkbox"/> 5</p> <p><input type="checkbox"/> 6</p> <p><input type="checkbox"/> 7</p> <p><input type="checkbox"/> 8</p> <p><input type="checkbox"/> 9</p> <p><input type="checkbox"/> 10</p> <p><input type="checkbox"/> 11 sehr rechts</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 14.	<p>Haben Sie an der letzten Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober 2017 teilgenommen?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> Nein, ich war nicht wahlberechtigt</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>

<p>Frage 15.</p>	<p>Welche Partei haben Sie damals gewählt? (Zweitstimme)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> CDU</li> <li><input type="checkbox"/> SPD</li> <li><input type="checkbox"/> FDP</li> <li><input type="checkbox"/> Bündnis 90/Die Grünen</li> <li><input type="checkbox"/> Die Linke</li> <li><input type="checkbox"/> AfD</li> <li><input type="checkbox"/> Andere Partei (offene Angabe:) _____</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
<p>Frage 16.</p>	<p>Wenn am nächsten Sonntag in Niedersachsen Landtagswahl wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> CDU</li> <li><input type="checkbox"/> SPD</li> <li><input type="checkbox"/> FDP</li> <li><input type="checkbox"/> Bündnis 90/Die Grünen</li> <li><input type="checkbox"/> Die Linke</li> <li><input type="checkbox"/> AfD</li> <li><input type="checkbox"/> Andere Partei (offene Angabe:) _____</li> <li><input type="checkbox"/> Ich gehe nicht wählen.</li> <li><input type="checkbox"/> Ich bin nicht wahlberechtigt.</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
<p>Frage 17.</p>	<p>Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Sehr zufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Eher zufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Teils/teils</li> <li><input type="checkbox"/> Eher unzufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Sehr unzufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>

Frage 18.	<p>Wo informieren Sie sich über Politik?</p> <ul style="list-style-type: none"><li><input type="checkbox"/> Informiere mich über das politische Geschehen in Tageszeitungen (gedruckt oder als ePaper)</li><li><input type="checkbox"/> Informiere mich über das politische Geschehen in Zeitschriften oder Magazinen (gedruckt oder als ePaper), wie z. B. Spiegel, Focus o. Ä.</li><li><input type="checkbox"/> Informiere mich über das politische Geschehen im Internet auf Seiten von Zeitungen und Zeitschriften</li><li><input type="checkbox"/> Informiere mich über das politische Geschehen im Radio</li><li><input type="checkbox"/> Informiere mich über das politische Geschehen im Fernsehen</li><li><input type="checkbox"/> Informiere mich über das politische Geschehen durch persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten oder Kollegen</li><li><input type="checkbox"/> Informiere mich über das politische Geschehen in sozialen Medien im Internet, z. B. Facebook o. Ä.</li><li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li></ul> <p>(Den Befragten wurden die Antwortmöglichkeiten "ja" oder "nein" gegeben, auch ein "Weiß nicht" oder "Keine Antwort" seitens der Befragten wurden notiert.)</p>
-----------	---

Frage 19.	<p>Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Aussage voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Deutschland braucht eine starke Führung, an deren Vorgaben sich alle halten müssen.</li> <li><input type="checkbox"/> Experten machen bessere Politik als Berufspolitiker.</li> <li><input type="checkbox"/> Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.</li> <li><input type="checkbox"/> Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen.</li> <li><input type="checkbox"/> Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig.</li> <li><input type="checkbox"/> Streitigkeiten zwischen den Parteien schaden nur dem Allgemeinwohl.</li> <li><input type="checkbox"/> Die Politiker handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.</li> <li><input type="checkbox"/> Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.</li> <li><input type="checkbox"/> Deutschland braucht einen Wechsel des politischen Führungspersonals.</li> <li><input type="checkbox"/> Im Grunde sind sich die Deutschen einig, was politisch passieren muss.</li> <li><input type="checkbox"/> Eine funktionierende Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.</li> <li><input type="checkbox"/> Die Welt ist so unübersichtlich geworden, dass man gar nicht weiß, wie es weitergehen soll.</li> <li><input type="checkbox"/> Die Europäische Einigung sollte weiter vertieft werden.</li> <li><input type="checkbox"/> Gesetze haben Vorrang vor religiösen Vorschriften.</li> <li><input type="checkbox"/> Gleichgeschlechtliche Paare sollten die gleichen Elternrechte wie klassische Ehepaare aus Mann und Frau haben.</li> <li><input type="checkbox"/> Wir haben genug Geflüchtete in Deutschland.</li> <li><input type="checkbox"/> Die Regierung sollte in die Wirtschaft eingreifen, um Einkommensunterschiede zu vermindern.</li> <li><input type="checkbox"/> Bekämpfung des Klimawandels geht vor Wirtschaftswachstum.</li> <li><input type="checkbox"/> Das Wirtschaftssystem in Deutschland ist im Großen und Ganzen gerecht.</li> <li><input type="checkbox"/> Die staatlichen Behörden überwachen alle Bürger genau.</li> <li><input type="checkbox"/> Häufig versuchen Radio, Fernsehen und Zeitungen mehr die öffentliche Meinung zu beeinflussen als neutral zu informieren.</li> <li><input type="checkbox"/> Die sozialen Medien sind nur dazu da, die öffentliche Meinung zu beeinflussen.</li> <li><input type="checkbox"/> Ereignisse, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung zu stehen scheinen, sind oft das Ergebnis geheimer Aktivitäten.</li> <li><input type="checkbox"/> Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.</li> <li><input type="checkbox"/> Der Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungen wird häufig unterschätzt.</li> <li><input type="checkbox"/> Man kann einen Menschen als gut oder böse einschätzen, wenn man seine politische Haltung kennt.</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
-----------	---

Frage 20.	<p>Im Folgenden geht es darum, wie sehr Sie unterschiedlichen Gruppen und Einrichtungen vertrauen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Einrichtung oder Gruppe stark vertrauen, eher vertrauen, eher misstrauen oder stark misstrauen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Den Politikern in Deutschland</li> <li><input type="checkbox"/> Der CDU</li> <li><input type="checkbox"/> Der SPD</li> <li><input type="checkbox"/> Den Grünen</li> <li><input type="checkbox"/> Der FDP</li> <li><input type="checkbox"/> Der Linken</li> <li><input type="checkbox"/> Der AfD</li> <li><input type="checkbox"/> Der gegenwärtigen Bundesregierung</li> <li><input type="checkbox"/> Der Landesregierung in Niedersachsen</li> <li><input type="checkbox"/> Dem niedersächsischen Landesparlament</li> <li><input type="checkbox"/> Ihrem Gemeinderat oder Stadtrat</li> <li><input type="checkbox"/> Dem Bundesverfassungsgericht</li> <li><input type="checkbox"/> Der Polizei</li> <li><input type="checkbox"/> Dem Verfassungsschutz</li> <li><input type="checkbox"/> Dem EU-Parlament</li> <li><input type="checkbox"/> Den öffentlich-rechtlichen Medien im Fernsehen und Radio</li> <li><input type="checkbox"/> Den Tageszeitungen und der Presse – egal ob gedruckt oder im Internet</li> <li><input type="checkbox"/> Den sozialen Medien im Internet, wie Facebook, Instagram oder TikTok</li> <li><input type="checkbox"/> Den Unternehmen in Deutschland</li> <li><input type="checkbox"/> Den Gewerkschaften</li> <li><input type="checkbox"/> Den christlichen Religionsgemeinschaften</li> <li><input type="checkbox"/> Den anderen Religionsgemeinschaften</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 21.	<p>Wenn Sie an Ihre eigene Situation denken: Wie sehen Sie Ihre eigene Zukunft im Vergleich zu heute?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Schlechter</li> <li><input type="checkbox"/> Gleich</li> <li><input type="checkbox"/> Besser</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>

Frage 22.	<p>Wie sehen Sie die Zukunft der künftigen Generation ganz allgemein?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Schlechter</li> <li><input type="checkbox"/> Gleich</li> <li><input type="checkbox"/> Besser</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 23.	<p>In Deutschland geht es alles in allem gerecht zu. Stimmen Sie voll und ganz, eher, eher nicht oder überhaupt nicht zu?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Stimme voll und ganz zu</li> <li><input type="checkbox"/> Stimme eher zu</li> <li><input type="checkbox"/> Teils/teils</li> <li><input type="checkbox"/> Stimme eher nicht zu</li> <li><input type="checkbox"/> Stimme überhaupt nicht zu</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 24.	<p>Nun kommen wir kurz zum Thema Corona. Wie zufrieden sind Sie mit der Corona-Politik der Bundesregierung?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Sehr zufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Eher zufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Teils/teils</li> <li><input type="checkbox"/> Eher unzufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Sehr unzufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 25.	<p>Wie zufrieden sind Sie mit der Corona-Politik der Landesregierung in Niedersachsen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Sehr zufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Eher zufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Teils/teils</li> <li><input type="checkbox"/> Eher unzufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> Sehr unzufrieden</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>



Frage 26.	<p>Sollte man bei der Bekämpfung einer Pandemie auf staatliche Vorgaben oder auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> voll und ganz auf staatliche Vorgaben</li> <li><input type="checkbox"/> eher auf staatliche Vorgaben</li> <li><input type="checkbox"/> teils/teils</li> <li><input type="checkbox"/> eher auf Eigenverantwortung</li> <li><input type="checkbox"/> voll und ganz auf Eigenverantwortung</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 27.	<p>Haben Sie Angst davor, durch eine Ansteckung mit dem Corona-Virus schwer krank zu werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja, sehr</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, ein wenig</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, eher nicht</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, gar nicht</li> <li><input type="checkbox"/> Ich war bereits infiziert</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 28.	<p>Haben Sie Angst davor, dass eine/r Ihrer Angehörigen durch eine Ansteckung mit dem Corona-Virus schwer erkrankt?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja, sehr</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, ein wenig</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, eher nicht</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, gar nicht</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 29.	<p>Haben Sie die Absicht, sich gegen das Corona-Virus impfen zu lassen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja</li> <li><input type="checkbox"/> Nein</li> <li><input type="checkbox"/> Ich möchte erst einmal noch abwarten</li> <li><input type="checkbox"/> Ich bin bereits geimpft</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>

Frage 30.	<p>(Falls nein:) Welche Vorbehalte haben Sie gegenüber einer Impfung?</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 31.	<p>Ich habe das Gefühl, durch die Pandemie anderen Menschen gegenüber misstrauischer geworden zu sein.</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme voll und ganz zu</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme eher zu</p> <p><input type="checkbox"/> Teils/teils</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme eher nicht zu</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme überhaupt nicht zu</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 32.	<p>Ich fühle mich in Bezug auf die Risiken der Coronavirus-Pandemie gut informiert.</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme voll und ganz zu</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme eher zu</p> <p><input type="checkbox"/> Teils/teils</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme eher nicht zu</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme überhaupt nicht zu</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 33.	<p>Ich fühle mich in Bezug auf die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie gut informiert.</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme voll und ganz zu</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme eher zu</p> <p><input type="checkbox"/> Teils/teils</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme eher nicht zu</p> <p><input type="checkbox"/> Stimme überhaupt nicht zu</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>

Frage 34.	<p>Wie stark eingeschränkt fühlen Sie sich durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie? (1 bedeutet "nicht eingeschränkt", 5 bedeutet "sehr stark eingeschränkt")</p> <p><input type="checkbox"/> 1 nicht eingeschränkt</p> <p><input type="checkbox"/> 2</p> <p><input type="checkbox"/> 3</p> <p><input type="checkbox"/> 4</p> <p><input type="checkbox"/> 5 sehr stark eingeschränkt</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 35.	<p>Fühlen Sie sich hinsichtlich ihrer persönlichen Kontakte zu anderen Menschen deutlich eingeschränkter als vor der Pandemie?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, sehr</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, ein wenig</p> <p><input type="checkbox"/> Nein, eher nicht</p> <p><input type="checkbox"/> Nein, gar nicht</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 36.	<p>Von welchen Maßnahmen fühlen Sie sich persönlich am stärksten eingeschränkt?</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 37.	<p>Was meinen Sie, welche Grundrechte darf der Staat auch zur Bekämpfung einer Pandemie nicht anrühren?</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 38.	<p>Verfolgen Sie Nachrichten seit Beginn der Pandemie häufiger oder seltener als früher?</p> <p><input type="checkbox"/> Viel häufiger</p> <p><input type="checkbox"/> Etwas häufiger</p> <p><input type="checkbox"/> Genauso oft</p> <p><input type="checkbox"/> Etwas seltener</p> <p><input type="checkbox"/> Viel seltener</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>

Frage 39.	<p>Machen Sie sich infolge der Pandemie Sorgen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, sehr</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, ein wenig</p> <p><input type="checkbox"/> Nein, eher nicht</p> <p><input type="checkbox"/> Nein, gar nicht</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 40.	<p>Nun folgen noch ein paar Fragen zur Statistik. Sie sind...?</p> <p><input type="checkbox"/> Männlich</p> <p><input type="checkbox"/> Weiblich</p> <p><input type="checkbox"/> Divers</p> <p><input type="checkbox"/> ** Keine Antwort **</p>
Frage 41.	<p>In welchem Jahr sind Sie geboren?</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</p> <p><input type="checkbox"/> ** Keine Antwort **</p>
Frage 42.	<p>Wie viele Personen leben insgesamt in Ihrem Haushalt? Bitte zählen Sie sich selbst dazu.</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</p> <p><input type="checkbox"/> ** Keine Antwort **</p>
Frage 43.	<p>Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, die mindestens 14 Jahre alt sind? Bitte rechnen Sie sich selbst mit ein.</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>

Frage 44.	<p>Bitte nennen Sie Ihren höchsten Schulabschluss!</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ohne Haupt-/Volksschulabschluss</li> <li><input type="checkbox"/> Volks- / Hauptschulabschluss</li> <li><input type="checkbox"/> Mittlere Reife, Realschulabschluss,</li> <li><input type="checkbox"/> Fachschulreife</li> <li><input type="checkbox"/> Abschluss der Polytechnischen Oberschule (8./10. Klasse)</li> <li><input type="checkbox"/> Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule</li> <li><input type="checkbox"/> Abitur, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife</li> <li><input type="checkbox"/> Anderer Schulabschluss, und zwar</li> <li><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 45.	<p>Haben Sie eine Berufsausbildung oder ein Studium abgeschlossen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> ja: Berufsausbildung</li> <li><input type="checkbox"/> ja: Studium</li> <li><input type="checkbox"/> nein</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 46.	<p>Sind Sie zurzeit erwerbstätig?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja, voll erwerbstätig</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, teilzeitbeschäftigt</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, in Altersteilzeit</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, geringfügig erwerbstätig, in einem Mini-Job</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, in einem „Ein-Euro-Job“ (bei Bezug von Arbeitslosengeld 2)</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, gelegentlich oder unregelmäßig beschäftigt</li> <li><input type="checkbox"/> In einer beruflichen Ausbildung/Lehre</li> <li><input type="checkbox"/> In Umschulung</li> <li><input type="checkbox"/> In Wehrdienst/Zivildienst/Bundesfreiwilligendienst /Freiwilliges Soziales Jahr</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, nicht erwerbstätig</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>

<p>Frage 47.</p>	<p>(Falls erwerbstätig:) Welche berufliche Stellung trifft derzeit auf Sie zu?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Landwirt(in) bzw. Genossenschafts-bauer</li> <li><input type="checkbox"/> Freiberufler(in)</li> <li><input type="checkbox"/> Selbständig (Handel, Handwerk, Industrie, Dienstleistung)</li> <li><input type="checkbox"/> Beamter, Beamtin, Richter(in), Berufssoldat(in)</li> <li><input type="checkbox"/> Angestellte(r)</li> <li><input type="checkbox"/> Arbeiter(in)</li> <li><input type="checkbox"/> Mithelfender Familienangehörige(r)</li> <li><input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar</li> <li><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
<p>Frage 48.</p>	<p>Sind Sie im Gesundheitssektor tätig?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja</li> <li><input type="checkbox"/> Nein</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
<p>Frage 49.</p>	<p>Haben sie aufgrund der die Corona-Pandemie häufiger im Home-Office gearbeitet?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja, viel häufiger</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, etwas häufiger</li> <li><input type="checkbox"/> Etwa gleich viel</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, weniger</li> <li><input type="checkbox"/> Ich habe noch nie im Home-Office gearbeitet.</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
<p>Frage 50.</p>	<p>Wer hat das Home Office vorgeschlagen?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Hat mein Arbeitgeber vorgeschlagen</li> <li><input type="checkbox"/> Habe ich selbst vorgeschlagen</li> <li><input type="checkbox"/> Haben beide vorgeschlagen</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>

Frage 51.	<p>(Falls nicht erwerbstätig:) Sagen Sie mir bitte, zu welcher der folgenden Gruppen Sie gehören, trifft keine dieser Gruppen auf Sie zu, sagen Sie es mir bitte auch.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Schüler(in) an einer allgemein-bildenden Schule</li> <li><input type="checkbox"/> Student(in)</li> <li><input type="checkbox"/> Rentner(in), Pensionär(in), im Vorruhestand</li> <li><input type="checkbox"/> Arbeitslos</li> <li><input type="checkbox"/> Hausfrau, Hausmann</li> <li><input type="checkbox"/> In Mutterschafts-, Erziehungsurlaub, Elternzeit oder sonstiger Beurlaubung</li> <li><input type="checkbox"/> Aus anderen Gründen nicht erwerbstätig</li> <li><input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar</li> <li><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 52.	<p>Machen Sie sich infolge der Pandemie Sorgen um ihre berufliche Zukunft?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja, sehr</li> <li><input type="checkbox"/> Ja, ein wenig</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, eher nicht</li> <li><input type="checkbox"/> Nein, gar nicht</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 53.	<p>Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Der evangelischen Kirche</li> <li><input type="checkbox"/> Einer evangelischen Freikirche</li> <li><input type="checkbox"/> Der römisch-katholischen Kirche</li> <li><input type="checkbox"/> Einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft</li> <li><input type="checkbox"/> Einer anderen, nicht-christlichen Religionsgemeinschaft</li> <li><input type="checkbox"/> Keiner Religionsgemeinschaft</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>
Frage 54.	<p>Engagieren Sie sich regelmäßig in Ihrer Glaubensgemeinschaft?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Ja</li> <li><input type="checkbox"/> Nein</li> <li><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</li> </ul>

Frage 55.	<p>Hierzulande wird oft von der christlich-jüdischen Tradition gesprochen, die für Deutschland kennzeichnend sei. Was glauben Sie? Ist die christlich-jüdische Tradition für die Kultur in Deutschland:</p> <p><input type="checkbox"/> Sehr wichtig</p> <p><input type="checkbox"/> Eher wichtig</p> <p><input type="checkbox"/> Teils/teils</p> <p><input type="checkbox"/> Eher unwichtig</p> <p><input type="checkbox"/> Sehr unwichtig</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 56.	<p>Sind Sie:</p> <p><input type="checkbox"/> Ledig</p> <p><input type="checkbox"/> Verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft und zusammenlebend</p> <p><input type="checkbox"/> Verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft, aber in Trennung oder getrennt lebend</p> <p><input type="checkbox"/> Geschieden</p> <p><input type="checkbox"/> Verwitwet</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 57.	<p>Haben Sie zur Zeit einen festen Partner oder eine feste Partnerin?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 58.	<p>Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt?</p> <p>Ich meine damit die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:) _____</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>



Frage 59.	<p>Ist Ihr Haushaltseinkommen im Zuge der Corona-Pandemie gesunken?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 60.	<p>Wie viele Mitglieder Ihres Haushalts tragen zum Einkommen bei?</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:)_-----</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 61.	<p>Wie viele dieser Mitglieder mussten seit Beginn der Corona-Pandemie in Kurzarbeit gehen?</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:)_-----</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 62.	<p>Welche Staatsangehörigkeiten haben Sie?</p> <p><input type="checkbox"/> (Länderliste)</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 63.	<p>Sind Sie in Deutschland geboren?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 64.	<p>(Falls nein:) Seit welchem Jahr leben Sie in Deutschland?</p> <p><input type="checkbox"/> (Offene Angabe:)_-----</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 65.	<p>Sind Ihre Eltern oder ein Elternteil in Deutschland geboren?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, ein Elternteil</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, beide</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>

Frage 66.	<p>Haben Ihre Eltern oder ein Elternteil eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, ein Elternteil</p> <p><input type="checkbox"/> Ja, beide</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 67.	<p>Leiden Sie an einer chronischen Erkrankung?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 68.	<p>Sind Sie Mitglied in kulturellen oder sportlichen Vereinen?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 69.	<p>Sind sie Mitglied in einer Gewerkschaft oder beruflichen Interessenvertretung?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 70.	<p>Sind Sie Mitglied einer politischen Partei?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>
Frage 71.	<p>Und arbeiten Sie in einer dieser Organisationen auch aktiv mit?</p> <p><input type="checkbox"/> Ja</p> <p><input type="checkbox"/> Nein</p> <p><input type="checkbox"/> ** Weiß nicht ** Keine Antwort **</p>



# Autor\*innen



**Dr. Julian Schenke**, geb. 1988, ist Bibliotheksreferendar an der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Braunschweig. Bis September 2021 war er stellvertretender Projektkoordinator von FoDEX und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Inhaltlich war er verantwortlich für die Erhebungen des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) und unterstützte darüber hinaus die Forschung im Fachbereich Linksradikalismus. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen qualitativer politischer Kulturforschung und Protestforschung.



**Annemieke Munderloh (B. A.)**, geb. 1994, studiert an der Georg-August-Universität Göttingen Soziologie mit Schwerpunkt auf Methoden der interpretativen Sozialforschung und einem inhaltlichen Fokus auf die Untersuchung von Ungleichheit sowie des Einflusses von Migration, Kultur und Religion auf Gesellschaften. Seit März 2017 ist sie studentische Hilfskraft bei FoDEX im Fachbereich „Radikaler Islam“ und erforscht dort qualitativ Themen des politischen Islam und seiner regionalen Akteur\*innen, seit Januar 2021 arbeitet sie zudem am Niedersächsischen Demokratie-Monitor (NDM) mit.



**Prof. Dr. Simon T. Franzmann**, geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEx. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.



**Prof. Dr. Steffen Kühnel**, geb. 1956, ist emeritierter Professor für Quantitative Methoden der Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen und war dort Direktor des Methodenzentrums Sozialwissenschaften (MZS).



Wie ticken die Niedersachsen? Warum nehmen sie gesellschaftliche Ungerechtigkeiten wahr und hegen dennoch starkes Vertrauen in die staatlichen Institutionen? Warum neigen sie zu verschwörungstheoretischen Motiven? Wie sind die Unterschiede im Demokratieverständnis zu erklären? Und deutet all das auf ein anwachsendes Konfliktpotenzial in diesem traditionell volksparteilich geprägten Bundesland hin?

Die Kurzstudie klärt diese offenen Fragen des 1. repräsentativen Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) von 2019. Indem sie qualitativ vertiefend die mehrheitskulturellen politi-

schen Orientierungen in den Großregionen Weser-Ems und Raum Braunschweig herausarbeitet, vervollständigt sie das empirische Bild der politischen Kultur Niedersachsens am Ende der 2010er Jahre.

Reihe: FoDEX-Studie

Sprache: Deutsch

100 Seiten, 6 Abbildungen

ISSN 2628-3751 (Online)

ISSN 2628 - 3743 (Print)

## Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und  
religiöser Extremismen in Niedersachsen

am Institut für Demokratieforschung  
Georg-August-Universität Göttingen  
Weender Landstraße 14  
37073 Göttingen

Tel: +49 551 39 1701 00

Fax: +49 551 39 1701 01

E-Mail: [kontakt@fodex-online.de](mailto:kontakt@fodex-online.de)

## Ansprechpartner

Studie:

Prof. Dr. Simon T. Franzmann

[simon.franzmann@uni-goettingen.de](mailto:simon.franzmann@uni-goettingen.de)

## Gestaltung

Katja Töpfer (Layout und Bildbearbeitung)

Niklas Foitzik, (Grafiken)

Philipp Heimann (Lektorat)

## Rechte

Dieses Werk ist lizenziert unter einer  
Creative Commons Namensnennung –  
Weitergabe unter gleichen Bedingungen  
4.0 International Lizenz.



© 2021 Universitätsverlag Göttingen

<http://univerlag.uni-goettingen.de>

# Impressum

**FoDEx**  
Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser  
Extremismen in Niedersachsen

**If|Dem**  
Institut für Demokratieforschung Göttingen

## Nachweise

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL  
Open Font License v1.10 [[http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item\\_id=OFL\\_web](http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web)]

ISSN 2628-3743 **FoDEx-Studie (Print)**

ISSN 2628-3751 **FoDEx-Studie (Online)**

ISBN 978-3-86395-521-2

doi: <https://doi.org/10.17875/gup2021-1817>

Göttingen, November 2021

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online) 2628-3751

ISBN 978-3-86395-521-2

doi: <https://doi.org/10.17875/gup2021-1817>

# FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser  
Extremismen in Niedersachsen

[www.fodex-online.de](http://www.fodex-online.de)

# If|Dem

Institut für | Demokratieforschung Göttingen

[www.demokratie-goettingen.de](http://www.demokratie-goettingen.de)